



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1962

Montag, den 24. September 1962

Nr. 38

INHALT:

	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident		
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 8. bis 12. 9. 1962	1265	
Der Hessische Minister des Innern		
Verwaltungsvorschriften zu § 72 des Hessischen Beamtengesetzes	1266	
Technische Baubestimmungen; hier: DIN 1101 — Holzwolle-Leichtbauplatten	1266	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Elmshausen im Landkreis Biedenkopf	1266	
Entschädigung für die Mitglieder der Wahlvorstände für die Vorauswahl	1266	
Kurse zum Bundesbaugesetz	1266	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Umlegung nach dem BBauG; hier: Vorwegnahme der Entscheidung nach § 76 BBauG	1267	
Verteidigungslasten; hier: Gewährung von Bundesdarlehen im Zusammenhang mit der Abgeltung von Schäden an Straßen, Wegen und Brücken, die durch die Stationierungstreitkräfte verursacht worden sind	1268	
Der Hessische Minister der Justiz		
Einstellung von Rechtspflegeranwärtern	1271	
Übertragung von Befugnissen gemäß		
a) § 169 Abs. 2 HBG	1271	
b) § 136 Abs. 4 HBG.	1271	
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		
Bewertungsergebnisse über die 278. Bewertungssitzung am 25., 26. und 27. April 1962	1272	
Bewertungsergebnisse über die 279. Bewertungssitzung am 2. und 3. Mai 1962	1273	
Bewertungsergebnisse über die XCIII. Hauptausschußsitzung am 10., 11. und 12. Mai 1962	1274	
Bewertungsergebnisse über die 280. Bewertungssitzung am 17., 18. und 19. Mai 1962	1275	
Bewertungsergebnisse über die 281. Bewertungssitzung am 22., 23. und 24. Mai 1962	1276	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		
Zweite Änderung der Mustersatzungen A und B für kommunale Sparkassen	1278	
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen		
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	1278	
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Anrechnung berufsmäßig oder freiwillig geleisteter Dienstzeiten in der Bundeswehr, in der früheren deutschen Wehrmacht und beim Reichsarbeitsdienst auf die Dienstzeit der Waldarbeiter des Landes (§ 41 HSFT)	1281	
Personalnachrichten		
C) im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1281	
D) im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	1283	
F) im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung	1285	
H) im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	1291	
I) im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten	1291	
Der Regierungspräsident		
WIESBADEN		
Anordnung zum Schutze der Trinkwasserversorgungsanlage der Gemeinde Niedertiefenbach, Oberlahnkreis	1292	
Anordnung zum Schutze der Trinkwasserversorgungsanlage der Gemeinde Wirbelau/Oberlahnkreis	1293	
Buchbesprechungen	1294	
Öffentlicher Anzeiger	1297	

1044

Der Hessische Ministerpräsident

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 8. bis 12. 9. 1962

	Preis DM
Beiträge zur Statistik Hessens	
Nr. 137 — Das Gesundheitswesen in Hessen —	2,50
Statistische Berichte	
B I 6 — j 60/61	
Lehrernachwuchs für das Lehramt an Gymnasien Winterhalbjahr 1960/61 und 1961/62	1,—
C III 2 — m 7/62	
Die Schlachtungen in Hessen im Juli 1962	—,50
C III 3 — m 7/62	
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Juli 1962	—,50
E II 1 vj 2/62	
Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 1962	—,50
F I 1 — m 7/62	
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juli 1962	—,50
F II 1 — m 7/62	
Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Monat Juli 1962 (mit Kreisergebnissen für das 2. Vierteljahr 1962)	—,50

GO/HGZ 1960-1	
Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960 in Hessen	1,—
G I 1 — m 7/62	
Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Hessen im Juli 1962 — Umsatzmeßzahlen —	—,50
H I 1 — m 6/62	
Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juni 1962	—,50
H II 1 — m 7/62	
Die Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 1962	1,—
L I u. L II/S — vj 2/62	
Landes-, Bundes- und Gemeindesteuern in Hessen im 2. Vierteljahr 1962	—,50
LI3 — j/61	
Die Realsteuerhebesätze in den Gemeinden Hessens 1961	1,—
Wiesbaden, 12. 9. 1962	

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 2 c 1 Az.: 77a 241/62
StAnz. 38/1962 S. 1265

1045**Verwaltungsvorschriften zu § 72 des Hessischen Beamtengesetzes — StAnz. 1962 S. 979 —**

In obiger Veröffentlichung muß es in der Anlage in der Überschrift richtig heißen:

Niederschrift über den Diensteid nach § 72 HBG

Wiesbaden, 10. 9. 1962 **Der Hessische Minister des Innern**
— I c — 8 b 02 —

StAnz. 38/1962 S. 1266

1046

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

Technische Baubestimmungen

hier: DIN 1101 — Holzvolle-Leichtbauplatten, Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung (Ausgabe Januar 1952*).

Bezug: Meine Erlasse vom 30. 7. 1952 Vb/3 — 61f14/11 (7) — Tgb.-Nr. 1451/52 (StAnz. S. 998) und vom 4. 10. 1961 — Vb — 64b16/45 — 1/61 — (StAnz. S. 1253) sowie vom 19. 1. 1962 — Vb — 64a16/45 — 1/62 — (StAnz. S. 249).

Nachstehend gebe ich ein neues Verzeichnis (Stand 31. 7. 1962) der Herstellerwerke von Holzvolle-Leichtbauplatten bekannt, für deren Erzeugnisse die Normgüte gemäß Ziffer 2 meines Erlasses vom 30. 7. 1952 festgestellt wurde.

Das mit Erlaß vom 4. 10. 1961 und Ergänzungserlaß vom 19. 1. 1962 übersandte Verzeichnis der Herstellerwerke von Holzvolle-Leichtbauplatten nach DIN 1101 wird hiermit als ungültig erklärt.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 15. 8. 1962 **Der Hessische Minister des Innern**
Vb — 64 b 16/45 — 1/62
StAnz. 38/1962 S. 1266

Anlage zum Erlaß vom 15. Aug. 1962
Vb — 64b16/45 — 1/62

Verzeichnis

Ldf. Nr.	Name des Herstellers	Ort	Plattendicke in mm
1	AEROLITH-Werk Reis, Gensler KG	Gelnhausen/Hessen	15, 25, 35, 50
2	Frisalit-Werke Friz & Co.	Neumorschen, Krs. Melsungen	15, 25, 35, 50
3	Baubedarf GmbH	Wetzlar	— 25, — —

1047**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Elmshausen im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden.**

Der Gemeinde Elmshausen im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung: „In Gold drei schwarze Schrägbalken, von denen der mittlere mit drei silbernen Sternen belegt ist.“

Wiesbaden, 10. 9. 1962 **Der Hessische Minister des Innern**
IV b 2 — 3 k 06 — 19/62
StAnz. 38/1962 S. 1266

1048**Entschädigung für die Mitglieder der Wahlvorstände für die Vorauswahl**

Auf Grund des § 24 Abs. 2 der Landeswahlordnung (LWO) vom 22. August 1962 (GVBl. I S. 365)) werden im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen für die Mitglieder der Wahl-

vorstände, soweit sie nicht hauptamtliche Gemeindebedienstete sind, folgende Entschädigungen festgesetzt:

1. Die Mitglieder der Wahlvorstände erhalten eine Vergütung von DM 5,— pro Tag. Dies setzt voraus, daß das Mitglied an einem Tage während der festgesetzten Wahlzeit (§ 41 Abs. 2 LWO) anwesend ist; kürzere Unterbrechungen bleiben außer Betracht.

2. Entsteht ein Verdienstausschlag, so beträgt die Entschädigung für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit wenigstens DM 2,— und höchstens DM 4,—. Dabei ist auch die Zeit zu berücksichtigen, in der das Mitglied des Wahlvorstandes seine gewöhnliche Beschäftigung nicht wieder aufnehmen kann. Die letzte bereits begonnene Stunde wird voll gerechnet. Die Entschädigung richtet sich nach dem regelmäßigen Bruttoverdienst. Der entstandene Verdienstausschlag ist durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers nachzuweisen. Soweit ein Verdienstausschlag nicht nachweisbar ist, wird eine Entschädigung nach dem geringsten Satz gewährt. Die Entschädigung wird für höchstens 10 Stunden je Tag gewährt.

3. Die Entschädigungen sind von den Gemeinden nach beiliegendem Muster zu berechnen und vorschußweise an die Empfangsberechtigten auszuzahlen. Hierbei sind die Bestimmungen der GemHVO (§ 27 in Verb. mit Muster 10) zu beachten. Die Originalzahlungsbelege sind an die Kreiswahlleiter zu übersenden und von dort für den Wahlkreis in einer Zusammenstellung (2-fach), in der die Gemeinden in alphabetischer Reihenfolge mit der jeweiligen Endsumme zusammenzufassen sind, mir mit den Zahlungsbelegen bis spätestens 1. Dezember 1962 zur Erstattung vorzulegen.

Der Hessische Minister des Innern

Ile 1 — 3e 26/15 — 5 62 — 1 —
StAnz. 38/1962 S. 1266

Muster

Nachweisung

über die zu zahlende Entschädigung an Mitglieder der Wahlvorstände für die Vorauswahl (§ 24 Abs. 2 LWO)

Lfd. Nr.	Name Vorname	Teilnahme am Wahlvorstand Tag(e) Datum	Betrag DM	Verdienstausfall a) lt. Anlage b) nicht nachweisbar DM	Gesamtentschädigung DM	Quittung

Sachlich richtig
und festgestellt!:

.....
(Amtsbezeichnung)

1049**Kurse zum Bundesbaugesetz**

Das Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung Berlin hat in seinem Herbstprogramm folgende Kurse vorgesehen:

1. Kurs in Berlin vom 5. bis 9. 11. 1962,
Thema: „Die Bauleitplanung nach dem Bundesbaugesetz“ (für Dozenten an Ingenieurschulen für das Bauwesen).
2. Kurs in Berlin vom 26. bis 30. 11. 1962,
Thema: „Regionalplanung“.
3. Kurs in Essen vom 17. bis 21. 12. 1962,
Thema: „Die Bauleitplanung nach dem Bundesbaugesetz“.
Nähere Auskunft erteilt das Institut für Städtebau in Berlin-Charlottenburg 2, Jebenstraße 1.

Wiesbaden, 5. 9. 62

Der Hessische Minister des Innern

VII — 61a 02/07 — 4/62
StAnz. 38/1962 S. 1266

Der Hessische Minister der Finanzen

1050

Umlegungen nach dem BBauG;

Hier: Vorwegnahme der Entscheidung nach § 76 BBauG

Nach § 76 des Bundesbaugesetzes (BBauG) können die Eigentumsverhältnisse einzelner Grundstücke im Einverständnis mit den Beteiligten durch Beschluß der Umlegungsstelle bereits geregelt werden, bevor der Umlegungsplan aufgestellt ist (z. B. durch Geldabfindung, die Zuteilung eines Umlegungsgrundstückes und dgl.). Auch in diesem Falle bedürfen die Urkunden des Beschlusses der Bescheinigung des Katasteramtes, daß sie nach Form und Inhalt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster geeignet sind (§ 74 Abs. 2 BBauG). Diese Bescheinigung setzt im Falle der Zuteilung eines Umlegungsgrundstückes voraus, daß das zugeweilte Grundstück abgemarkt sowie vermessen ist und die erforderlichen Vermessungsschriften vorliegen (§ 2 Abs. 1 des Katastergesetzes (KatGes.), § 1 des Abmarkungsgesetzes (AbmGes.) bzw. mein RdErl. vom 7. 6. 1960 — K 4360 A — 5 — VI/2/3 — nicht veröffentlicht).

Hierzu bestimme ich auf Grund der §§ 4 und 27 KatGes.:

Das zugeweilte Grundstück wird in der Regel mit dem eingeworfenen nicht identisch sein, sondern nur einen Teil dieses, dazu aber Teile der eingeworfenen Nachbargrundstücke umfassen. Um Unklarheiten in den öffentlichen Büchern (z. B. Doppelbuchungen) auszuschließen, sind daher die im alten Grundstücksbestand entstehenden Teilflurstücke zu sondern (Anlage 1). Das zugeweilte Grundstück erhält dabei die im Zuteilungsplan (Nr. 10 RUBAU) eingetragene neue Flurstücksnummer; die durch die Sonderung entstehenden Reststücke der eingeworfenen Flurstücke sind in der üblichen Weise zu numerieren. Die endgültige Fläche für das zugeweilte Grundstück ergibt sich aus der Vermessung (Abs. 1 letzter Satz); die Flächen der übrigen neu entstandenen Flurstücke sind auf einfachste Weise zu ermitteln und auf die Fläche abzugleichen, die sich ergibt, wenn von der Flächensumme der durch die Zuteilung betroffenen eingeworfenen Flurstücke die Fläche des zugeweilten Grundstücks abgezogen wird.

Ob die Restfläche des eingeworfenen Flurstücks, für das die Vorwegzuteilung erfolgt ist, bei dem abgefundenen Beteiligten weiterhin nachzuweisen oder vorübergehend einem anderen Beteiligten (z. B. der Gemeinde) zuzuweisen ist, entscheidet die Umlegungsstelle. Diese bestimmt auch, wie nach dem Surrogationsprinzip die Sollansprüche, Rechte usw. der Beteiligten zu behandeln sind. Da für die im Verfahren verbleibenden neuen Flurstücke gemäß § 54 BBauG im Grundbuch der Umlegungsvermerk eingetragen wird, kann über diese ohne Genehmigung der Umlegungsstelle ohnehin nicht verfügt werden (§ 51 BBauG).

Dem Beschluß nach § 76 BBauG sind beizufügen eine Karte (Auszug aus dem Zuteilungsplan — Muster Anlage 1) und ein Verzeichnis (Grundstücksverzeichnis — Muster Anlage 2, das an Hand des Zuteilungsverzeichnisses aufzustellen ist). Für ihre Aufstellung gilt Nr. 18 RUBAU entsprechend; die für das Katasteramt bestimmte Ausfertigung des rechtskräftigen Beschlusses gilt als Veränderungsnachweis (Anlage 2). Die Berichtigung der Katasterkarten und -bücher sollte im allgemeinen bis zum Abschluß des Umlegungsverfahrens zurückgestellt werden, da der geprüfte Veränderungsnachweis Bestandteil des Liegenschaftskatasters ist und durch entsprechende Hinweise in den Katasterdokumenten Unklarheiten ausgeschlossen bleiben (Nrn. 28 und 33 FortfErl.).

Für die Fortführung der Umlegungsunterlagen, insbesondere des Zuteilungsplanes und des Zuteilungsverzeichnisses, gilt Nr. 11 RUBAU entsprechend.

Wiesbaden, 12. 7. 1962

Der Hessische Minister der Finanzen K 4420 A — 13 — VI/2/3

St.Anz. 38/1962 S. 1267

Anlage 1

Gemeinde (Umlegungsstelle) Seeberg Umlegung

Katasteramt } Neuenhagen Grundbuchamt } zu C 218/60

nach dem Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) Gemarkung Seeberg Flur 12 Umlegungsgebiet Am Friedhof

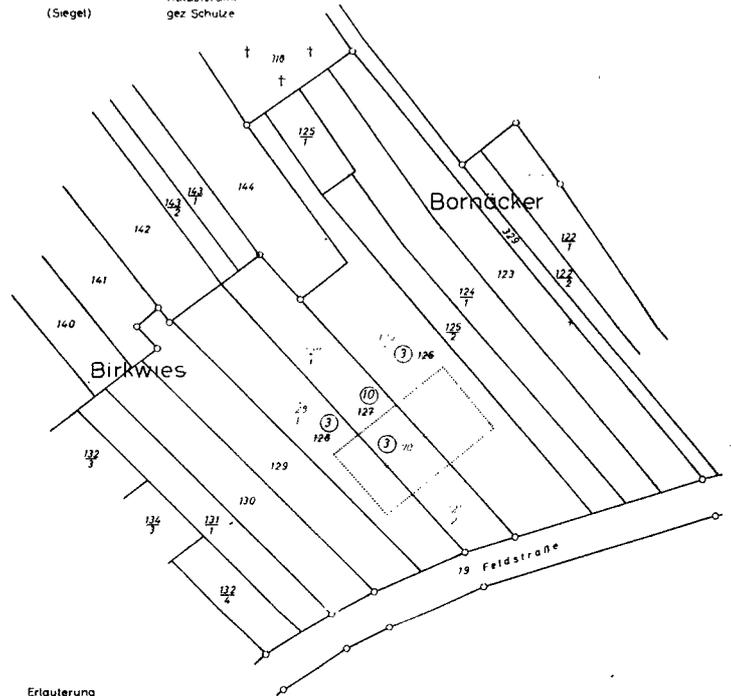
Vorwegnahmebeschluß gemäß § 76 BBauG Auszug aus dem Zuteilungsplan Maßstab 1:1000

Der Vorwegnahmebeschluß ist mit Einverständnis der Beteiligten am 17. 1. 1961 gefaßt worden

Seeberg, den 18. 1. 1961 (Siegel) Gemeinde (Umlegungsstelle) gez. Lehmann

Der Beschluß ist nach Form und Inhalt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster geeignet

Neuenhagen, den 19. 1. 1961 (Siegel) Katasteramt gez. Schulze



Erläuterung: Ordnungnummer, unter der das Flurstück mit dem Namen des Eigentümers, der Lage, Größe und Nutzung im Bestandsverzeichnis nachgewiesen ist

Anmerkung zum Muster: Punktierte Eintragungen sind rot darzustellen

Anlage 2

Gemeinde (Umlegungsstelle) Seeberg Katasteramt } Neuenhagen Grundbuchamt }

Umlegung

nach dem Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) Gemarkung Seeberg Flur 12 Umlegungsgebiet Am Friedhof

Vorwegnahmebeschluß gemäß § 76 Bundesbaugesetz Grundstücksverzeichnis

Der Beschluß besteht aus 1 Blatt. Dieser Beschluß ist nach Erörterung mit den Beteiligten am 17. 1. 1961 gefaßt worden.

Seeberg, den 18. 1. 1961

(Siegel) Gemeinde (Umlegungsstelle) gez. Lehmann

Der Beschluß ist nach Form und Inhalt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster geeignet.

Neuenhagen, den 19. 1. 1961

(Siegel) Katasteramt gez. Schulze

Der Beschluß ist am 1. 3. 1961 unanfechtbar geworden. Dies wurde ortsüblich bekannt gemacht am 2. 3. 1961.

(Siegel) Gemeinde (Umlegungsstelle) gez. Lehmann

Anmerkung zum Muster: Punktierte Eintragungen sind rot darzustellen

Ordnungsnummer				Name, Vorname, Beruf									
Abt. lfd. Nr.	Grundbuch Bd., Bl.	Lfd. Nr. der Grundstücke im Bestandsverzeichnis	Alter Bestand		Lage und Nutzungsart	Fläche			Grundbuch Bd., Bl.	Liegenschaftsbuch Nr.	Flurkarte		
			Liegenschaftsbuch Nr.	Flurkarte		ha	a	qm			Flur	Flurstück Nr.	
				Flur									Flurstück Nr.
1	2	3	4	5	6	7	8						
1	3		Müller, Hans, Land- und Gastwirt, Hauptstraße 2										
	1, 19	4	43	12	126	Birkwies	Wiese	18	73	1, 19	43	12	70
		5			128	dto.	Acker	11	09				126
													1
In das Verfahren sind eingeworfen 5061 qm Der sich daraus ergebende Sollanspruch vermindert sich um die endgültig zugeteilte Fläche von 650 qm													
2	10		Keller, Max, Arbeiter und Ehefrau Christine geb. Gross, Kirchgasse 5										
	2, 30	3	53	12	127	Birkwies	Wiese	10	50	2, 30	53	12	127
													1
													127
													2
Der Sollanspruch für die in das Verfahren eingeworfenen Flächen von													
3	19		Gemeinde Seeberg										
										3, 60	66	12	128
													1
Vorläufige Zuweisung infolge Vorwegnahme einer Entscheidung gemäß § 76 BBauG.													
				3		A		11	09				5
						W		29	23			Zug.	2

1051**Verteidigungslasten**

hier: Gewährung von Bundesdarlehen im Zusammenhang mit der Abgeltung von Schäden an Straßen, Wegen und Brücken, die durch die Stationierungstreitkräfte verursacht worden sind.

Bezug: 1. Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 6. 7. 1961 — VI B/2 — BL 1513 — 32/61 — O 4250
2. Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 4. 5. 1962 — VI B/2 — BL 1513 St — 9/62 —

Der Bundesminister der Finanzen hat Richtlinien für die Gewährung von Bundesdarlehen an Gemeinden und Kreise bei Stationierungsschäden an Straßen, Wegen und Brücken erlassen.

Zur Durchführung der Richtlinien bestimme ich auf Grund der Nr. 5 Satz 2 des Bezugsrundschreibens zu 1. folgendes:

1. Darlehensanträge sind zweifach mit Formblatt nach anliegendem Muster bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt (Main) — Landesvermögensabteilung — zu stellen. Den Anträgen sind sämtliche erforderlichen Unterlagen beizufügen.

2. Die **Oberfinanzdirektion — Landesvermögensabteilung** — prüft die Anträge und Unterlagen im Benehmen mit dem zuständigen Straßenbauamt bzw. mit dem Landesamt für Straßenbau, insbesondere hinsichtlich der Kosten der Wiederherstellung der Straßen entsprechend ihren Eigenschaften im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses. Im Zuge dieser Prüfung holt die Oberfinanzdirektion — Lv — auch

eine eingehende Stellungnahme der Aufsichtsbehörde des Bauasträgers zu der Frage ein, ob dieser nicht in der Lage ist, die vorgenannten Kosten selbst oder durch Aufnahme von Krediten zu für ihn tragbaren Bedingungen aufzubringen. Im Benehmen mit der Oberfinanzdirektion — Bv — prüft sie, ob dem Bauasträger ein höherer Zinssatz als 3 v. H. zugemutet werden kann, und in welchem Zeitraum das Darlehen zu tilgen ist. Dabei ist gemäß Nr. 3 Satz 2 des Bezugsrundschreibens 1) auch der Zeitraum zu ermitteln und zu berücksichtigen, nach dessen Ablauf der Bauasträger ohne Rücksicht auf die in Nr. 1 des Bdf-Rundschreibens 2) erwähnten Schäden nach Maßgabe seiner Pflichten als Bauasträger gehalten sein würde, die Straße zu erneuern.

3. Da mich der Bundesminister der Finanzen nicht ermächtigt hat, die Entscheidungsbefugnis in einem gewissen Umfang weiterzuübertragen, bitte ich, mir alle nach den Bezugsrundschreiben und diesem Runderlaß entscheidungsreifen Anträge mit einer ausführlichen Stellungnahme und einem Vorschlag vorzulegen. In dem Bericht sind insbesondere auch die Voraussetzungen für die Darlehensgewährung (Nr. 1 des Bezugsrundschreibens 2) und die voraussichtliche Höhe der Entschädigung zu behandeln.

4. Je eine Durchschrift des erteilten Bescheides werde ich der OFD — Bv —, der OFD — Lv —, dem Bundesrechnungshof und zwei Durchschriften dem Bundesminister der Finanzen übersenden.

5. Die **Oberfinanzdirektion — Landesvermögens- und Bauabteilung** — schließt die Darlehensverträge ab. Form und Inhalt der Verträge sollen sich an den Mustervertrag anlehnen, der dem Runderlaß vom 6. 9. 1956 — IV/7 — 3650

Wohnort und Wohnung des Eigentümers						Ordnungsnummer		
Neuer Bestand						Geldleistungen		
Lage und Nutzungsart	Fläche			Rechte und Belastungen			Entstehungsgrund	
							zu zahlen	zu erhalten
	ha	a	qm	Abt./Lfd. Nr.	Abt./Lfd. Nr.	Abt./Lfd. Nr.	Inhalt	DM
9	10			11			12	

Bergstraße Bpl 6 50
 Birkwies Wiese 15 88 Umlegungsvermerk gemäß § 54 BBauG.
 Anmerkung zum Muster: Ein eventueller Wertausgleich ist hier nicht dargestellt.

Birkwies Wiese 6 15 Umlegungsvermerk gemäß § 54 BBauG.
 dto. Wiese 2 35 Umlegungsvermerk gemäß § 54 BBauG.

1050 qm bleibt unverändert bestehen.

Birkwies Acker 9 44 Umlegungsvermerk gemäß § 54 BBauG.

	A	9	44		Anmerkung zum Muster Aufrechnung der für das Katasteramt bestimmten Ausfertigung gem. Nr. 19 Abs. 3 RUBAU.
	W	24	38		
Sonstige Nutzungsarten		6	50		
Zu- bzw. Abgang	A	1	65		
	W	4	85		
Sonstige Nutzungsarten		6	50		

— 13 —, betreffend Ausgleich von Härten im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Grundstücken und beweglichen Sachen; hier: Gewährung von Bundesdarlehen nach § 41 — des BesAbgeltG beigelegt war. Der Darlehensvertrag muß gemäß Nr. 4 des Bezugsrundschriftens zu 1) von der zuständigen Aufsichtsbehörde des Baulastträgers genehmigt werden. Die OFD — Bv — übersendet mir und der OFD — Lv — je eine Durchschrift mit der Bestätigung, daß die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt ist. Sie ist auch für die Verwaltung des Bundesdarlehens zuständig. Sofern ein Antragsteller nach Erhalt des Bewilligungsbescheides von dem Abschluß eines Darlehensvertrages zurücktritt, bitte ich mir dies mitzuteilen.

6. Erfolgt eine Verrechnung des Darlehens gemäß Nr. 2 Abs. 2 des Rundschreibens zu 2), so berichtet mir die OFD — Lv — hierüber und unterbreitet mir im Benehmen mit der OFD — Bv — ihren Vorschlag hinsichtlich der Neufestsetzung der Tilgungsdauer.

7. Nach Nr. 15 Abs. 1 der Bundesrichtlinien 1953 zu § 64a RHO (MinBIFin 1953 S. 369 ff) sollen die bewilligten Mittel nur insoweit und nicht eher zur Auszahlung angewiesen werden, als sie zur Bewirkung fälliger Zahlungen im Rahmen des Verwendungszwecks benötigt werden. Deshalb reicht der Darlehensnehmer nach Abschluß des Darlehensvertrags bei der OFD — LV eine Aufstellung der aus dem Stationierungsschaden entstandenen noch nicht erfüllten Verpflichtungen mit den dazu gehörigen Rechnungen und Belegen ein. Er hat bei jedem einzelnen Beleg mit Datenangabe unterschriftlich zu bestätigen, daß die in Rechnung gestellten Leistungen oder Lieferungen ordnungsgemäß aus-

geführt worden sind. Der Nachweis wird sich ggf. auch darüber zu erstrecken haben, daß die vor Inanspruchnahme der Bundesmittel einzusetzenden sonstigen Mittel (Eigennittel, Mittel Dritter) — die Reihenfolge des Einsatzes der Mittel wird im Bewilligungsbescheid bestimmt (vgl. hierzu Runderlaß vom 9. 1. 1958 — IV/6 — 3650 — 82 —, Nr. 2 Abs. 1) — bereits ausgeschöpft worden sind.

8. Die **Oberfinanzdirektion — Landesvermögensabteilung** — läßt von dem zuständigen Straßenbauamt oder dem Landesamt für Straßenbau auf den Belegen vermerken, daß und in welcher Höhe die Beträge Aufwendungen zur Wiederherstellung der Straße entsprechend ihren Eigenschaften im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses darstellen. Sodann gibt sie die geprüften Belege nebst der Aufstellung der Verpflichtungen an die OFD — Bv — wegen Freigabe der Darlehensbeträge weiter.

9. Die **Oberfinanzdirektion — Bundesvermögens- und Bauabteilung** — reicht die geprüften Unterlagen an die OFD — LV — mit der Angabe darüber, ob und in welcher Höhe das Bundesdarlehen ausgezahlt werden kann, zurück. Teilbeträge der Zuwendungen können auch auf Grund von Bescheinigungen der Straßenbauabteilung über den Baufortschritt und die Einhaltung der Zuwendungsbedingungen ausgezahlt werden.

10. Die **Oberfinanzdirektion — Landesvermögensabteilung** — ordnet die Auszahlung an den Darlehensnehmer an, übersendet eine Durchschrift jeder Auszahlungsanordnung an die OFD — Bv — und berichtet mir über die Auszahlung des gesamten Darlehensbetrages.

11. Wegen der Buchung der Ausgaben und der Zuweisung der Haushaltsmittel ergeht noch besondere Weisung.

12. Ähnlich wie in den Verfahren zur Gewährung von Bundesdarlehen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Grundstücken und beweglichen Sachen muß der Baulastträger nach Durchführung der Maßnahme der OFD — Bv — den Nachweis über die bestimmungsgemäße Verwendung des Darlehens durch Vorlage des vorgeschriebenen Verwendungsnachweises erbringen. Ebenso steht den zuständigen Bundes- und Landesbehörden sowie dem Bundesrechnungshof das Recht zu, die Gesamtabrechnung der durchgeführten Maßnahme jederzeit nachzuprüfen.

13. Anträge auf Bewilligung von Vorauszahlungen auf die zu erwartende Entschädigung werden unabhängig von der vorstehenden Regelung bearbeitet.

14. Ich bitte die **Oberfinanzdirektion — Landesvermögensabteilung** —, mir jede nach Vorlage des Darlehensantrages eintretende Änderung, die für die Bewilligung des Darlehens von Bedeutung sein kann, unverzüglich anzuzeigen. Änderungen durch Auszahlung von Vorschüssen oder Entschädigungsbeträgen vor Erteilung des Bewilligungsbescheides sind mir fernmündlich voraus zu berichten.

Im übrigen gilt auch für die Bearbeitung von Darlehensanträgen der in Rede stehenden Art mein Runderlaß vom 9. 1. 1958 — IV/6 — 3650 — 82 —, betreffend die Gewährung von Zuwendungen des Bundes an außerhalb der Bundesverwaltung stehende Stellen. Ebenso verweise ich auf meinen Erlaß vom 21. 10. 1959 — IV/6 — 3650 — 82. Ich bitte die Oberfinanzdirektion — Landesvermögensabteilung —, für eine Drucklegung des als Muster beigefügten Antragsformulars Sorge zu tragen.

Wiesbaden, 27. 8. 1962

Der Hessische Minister der Finanzen

IV/7 — 3639a — 70

St.Anz. 38/1962 S. 1268

Abschrift

Der Bundesminister der Finanzen
VI B/2 — BL 1513/O 4250 — 32/61

Bonn, den 6. Juli 1961

An

1. die Herren Finanzminister und -senatoren der Länder — ausschl. Berlin und Saarland —
2. den Herrn Minister des Innern des Saarlandes — Referat E/3 — Saarbrücken
3. die Oberfinanzdirektionen — Bundesvermögens- und Bauabteilungen —

Nachrichtlich:

1. dem Herrn Bundesminister für Verkehr
2. dem Herrn Bundesminister des Innern
3. dem Herrn Bundesminister für Verteidigung Bonn/Rh.
4. dem Bundesrechnungshof Frankfurt (Main) Berliner Str. 51
5. dem Herrn Senator für Finanzen Berlin
6. dem Herrn Senator für Finanzen — Sondervermögens- und Bauverwaltung — Berlin-Charlottenburg

Verteidigungslasten

hier: Gewährung von Bundesdarlehen im Zusammenhang mit der Abgeltung von Schäden an Straßen, Wegen und Brücken, die durch die Stationierungstreitkräfte verursacht worden sind

Bei Schäden, die durch im Bundesgebiet stationierte ausländische Streitkräfte an Straßen, Wegen und Brücken (im folgenden kurz „Straßen“ genannt) verursacht worden sind, bin ich bereit, Gemeinden und Kreisen als Baulastträgern auf ihren Antrag zins- und tilgungsbegünstigte Bundesdarlehen nach Maßgabe folgender Richtlinien zu gewähren:

1. Voraussetzung für die Gewährung eines Darlehens ist, daß

- a) an den Straßen Schäden verursacht worden sind, die nach Art. 8 des Finanzvertrags entschädigungsfähig sind;
- b) der Baulastträger fristgerecht einen Antrag auf Gewährung einer Entschädigung gestellt hat;

c) der Baulastträger nicht in der Lage ist, die Kosten der Wiederherstellung der Straße in einem Zustand, wie er vor dem Schadensfall vorhanden gewesen ist, selbst oder durch Aufnahme von Krediten zu für ihn tragbaren Bedingungen aufzubringen.

2. Das Bundesdarlehen darf bis zur Höhe der unter Nr. 1c) genannten Kosten gewährt werden.

Bundesdarlehen und Entschädigung zusammen dürfen den Betrag dieser Kosten nicht übersteigen; in dem Darlehensvertrag ist daher zu vereinbaren, daß die für den Schaden zu gewährende Entschädigung bis zur Höhe des Darlehensbetrages nicht ausgezahlt, sondern zur Tilgung des Darlehens verwendet wird.

3. Das Bundesdarlehen ist nach Ablauf einer Übergangszeit von 1 Jahr mit mindestens 3 v. H. zu verzinsen und unbeschadet der Regelung unter Nr. 2 Abs. 2 in längstens 15 Jahren in gleichen Raten zu tilgen. Die Tilgungsdauer einschließlich der Übergangszeit darf jedoch den Zeitraum nicht übersteigen, nach dessen Ablauf der Baulastträger ohne Rücksicht auf die in Nr. 1 erwähnten Schäden nach Maßgabe seiner Pflichten als Baulastträger gehalten sein würde, die Straße zu erneuern. Die Übergangszeit beginnt am Ersten des auf den Abschluß des Darlehensvertrages folgenden Monats. Nach Verrechnung des Darlehens gemäß Nr. 2 Abs. 2 ist, soweit erforderlich, die Tilgungsdauer neu festzusetzen. Soweit das Darlehen durch Verrechnung mit der Entschädigungsforderung gemäß Nr. 2 Abs. 2 getilgt wird, entfällt für den verrechneten Darlehensteil die Verzinsung mit Wirkung von dessen Hingabeb.

In dem Darlehensvertrag ist zu vereinbaren, daß die Zins- und Tilgungsbeträge bis zur endgültigen Feststellung der Entschädigung gestundet werden.

In dem Darlehensvertrag ist ferner vorzusehen, daß nach Verrechnung des Darlehens eine Neufestsetzung der Tilgungsbedingungen vorbehalten bleibt.

4. Der Darlehensvertrag muß von der zuständigen Aufsichtsbehörde des Baulastträgers genehmigt werden.

5. Die Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Bundesdarlehen gemäß den vorstehenden Bestimmungen übertrage ich den Herren Finanzministern und Finanzsenatoren der Länder, für das Saarland dem Herrn Minister des Innern, mit der Maßgabe, daß vor der Gewährung von Bundesdarlehen von mehr als 100 000,— DM im Einzelfall bis auf weiteres meine Zustimmung einzuholen ist. Ich überlasse es ihnen, die für die Stellung und Bearbeitung der Anträge erforderlichen Verfahrensbestimmungen zu erlassen. Bei der Gewährung des Darlehens sind die Bundesrichtlinien 1953 zu § 64a RHO (MinBIFin 1953 S. 369 ff) und die allgemeinen Bewilligungsbedingungen vom 1. April 1955 (MinBIFin 1953 S. 381) zu beachten.

Eine Weiterübertragung der Entscheidungsbefugnis auf die unteren Behörden der Verteidigungslastenverwaltung ist nicht zulässig.

6. Die Darlehensverträge sind durch die Oberfinanzdirektionen — Bundesvermögens- und Bauabteilungen — abzuschließen. Diese sind auch für die Verwaltung der Bundesdarlehen zuständig.

7. Die Herren Finanzminister und -senatoren der Länder (den Herrn Minister des Innern des Saarlandes) bitte ich, mir jeweils zwei Abschriften des Bewilligungsbescheides zu übersenden. Die Oberfinanzdirektionen übersenden mir jeweils nach Ablauf eines Kalenderjahres — erstmals für die Zeit bis zum 31. Dezember 1961 — eine Liste der von ihnen abgeschlossenen Darlehensverträge. In der Liste sind die Namen der Darlehensnehmer und die Höhe der gewährten Darlehen anzugeben.

Sollte ein Antragsteller nach Bewilligung des Darlehens den Abschluß eines Darlehensvertrages ablehnen, bitte ich, mir dies zur Kenntnis zu bringen.

8. Abweichungen von den Grundsätzen dieses Rundschreibens bedürfen meiner Zustimmung.

Im Auftrag:

Dr. Féaux de la Croix

(BS)

Beglaubigt:
gez. Braun
Angestellte

— Abschrift —

Der Bundesminister der Finanzen
 VI B/2 — BL 1513 St — 9/62 Bonn, den 4. Mai 1962

- An
1. die Herren Finanzminister und -senatoren der Länder — ausschl. Berlin und Saarland —
 2. den Herrn Minister des Innern des Saarlandes — Referat E/3 — 66 Saarbrücken
 3. die Oberfinanzdirektionen — Bundesvermögens- und Bauabteilungen —

Nachrichtlich:

1. dem Herrn Bundesminister für Verkehr
2. dem Herrn Bundesminister des Innern
3. dem Herrn Bundesminister der Verteidigung 53 Bonn
4. dem Bundesrechnungshof 6 Frankfurt (Main) Berliner Str. 51
5. dem Herrn Senator für Finanzen 1 Berlin
6. dem Herrn Senator für Finanzen — Sondervermögens- und Bauverwaltung — 1 Berlin-Charlottenburg

Verteidigungslasten

hier: Gewährung von Bundesdarlehen im Zusammenhang mit der Abgeltung von Schäden an Straßen, Wegen und Brücken, die durch die Stationierungsstreitkräfte verursacht worden sind.

Bezug: Mein Rundschreiben vom 6. Juli 1961 — VI B/2 — BL 1513/O 4250 — 32/61 — (MinBlFin 1961 — Nr. 29 — S. 713)

1. Da Zweifel an der Auslegung der Nr. 1 meines vorgenannten Rundschreibens vom 6. Juli 1961 entstanden sind, bitte ich, das Rundschreiben in folgender Neufassung seiner Nr. 1 anzuwenden:

- „Ein Darlehen kann gewährt werden, wenn
- a) an den Straßen Schäden verursacht worden sind, die nach Art. 8 des Finanzvertrags entschädigungsfähig sind;
 - b) der Baulastträger fristgerecht einen Antrag auf Gewährung einer Entschädigung gestellt hat;
 - c) der Baulastträger nicht in der Lage ist, die für eine Wiederherstellung der Straße entsprechend ihren Eigenschaften im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses erforderlichen Mittel (einschl. der Beträge, die nach Nr. IV der Richtlinien zu meinem Rundschreiben vom 2. Februar 1961 — VI B/2 — BL 1513 — 9/61 — MinBlFin 1961 Seite 565 — unter dem Gesichtspunkt des Vorteilsausgleichs auf die Entschädigung anzurechnen sind) selbst oder durch Aufnahme von Krediten zu für ihn tragbaren Bedingungen aufzubringen;
 - d) sichergestellt ist, daß das Darlehen innerhalb der Tilgungszeit (vgl. Nr. 3) zurückgezahlt wird.“
2. Nr. 2 des Rundschreibens wird wie folgt neu gefaßt:
 „Das Bundesdarlehen darf bis zur Höhe der unter Nr. 1c) genannten voraussichtlich erforderlichen Mittel gewährt werden.“

den. Ist der Baulastträger in der Lage, diese Mittel zum Teil selbst oder durch Aufnahme von Krediten zu für ihn tragbaren Bedingungen aufzubringen, so darf das Bundesdarlehen nur in Höhe der dann noch erforderlichen Mittel gewährt werden.

Bundesdarlehen und Entschädigung zusammen dürfen den Betrag der nach Nr. 1 c) erforderlichen Mittel nicht übersteigen; in dem Darlehensvertrag ist daher zu vereinbaren, daß die für den Schaden zu gewährende Entschädigung bis zur Höhe des Darlehensbetrages nicht ausgezahlt, sondern zur Tilgung des Darlehens verwendet wird.“

3. Der in Nr. 5 meines Rundschreibens vom 6. Juli 1961 genannte Betrag von 100 000,— DM wird auf 250 000,— DM erhöht.

Im Auftrag (BS) Beglaubigt
 Dr. Féaux de la Croix * gez. Braungardt
 Angestellte

....., den.....
 (Antragsteller)

(zweifach einzureichen)

Antrag

auf Gewährung eines Bundesdarlehens

Als Baulastträger für die am...../in der Zeit vom..... bis..... durch Panzer / und / schwere Fahrzeuge / der amerikanischen / französischen / britischen / Streitkräfte beschädigten (nähere Bezeichnung der beschädigten Straße/n

beantragen wir, ein Bundesdarlehen zu gewähren in Höhe von DM.....

zur Deckung der Kosten der Wiederherstellung der Straße/n entsprechend ihren Eigenschaften im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses.

Zum Zwecke der Prüfung, ob die Voraussetzungen nach den Richtlinien des Bundesministers der Finanzen vorliegen, machen wir die folgenden Angaben:

1. Schaden bei der Oberfinanzdirektion — Landesvermögensabteilung — zur Abgeltung angemeldet am:
2. Aktenzeichen des Entschädigungsantrages:
3. Voraussichtliche / Höhe der Entschädigungsforderung:
4. Art und Umfang des Schadens:
5. Zur Finanzierung der Wiederherstellung stehen — abgesehen von den auf die Entschädigung gewährten Vorschüssen — zur Verfügung:
 - a) Eigenmittel DM
 - b) fremde Mittel DM
 (nähere Bezeichnung und Name des Darlehens- oder Kreditgebers)
6. Angabe von Gründen dafür, weshalb der Unterschiedsbetrag zwischen Vorschuß und Wiederherstellungskosten nicht selbst aufgebracht werden kann:

1052

Der Hessische Minister der Justiz

Einstellung von Rechtspflegeranwärtern

Die hessische Justizverwaltung stellt zum 1. April 1963 Anwärter für die Rechtspflegerlaufbahn ein. Die Bewerber müssen am 1. April 1963 das 18. Lebensjahr vollendet haben und dürfen an dem Tage, an dem sie sich bewerben, nicht älter als 30 Jahre sein.

Aussicht auf Einstellung haben in der Regel nur Bewerber mit dem Reifezeugnis, dem Zeugnis der mittleren Reife, dem Abschlußzeugnis einer höheren Handelsschule oder einer zweijährigen Handelsschule.

Bewerbungen können bis zum 30. November 1962 an den Hessischen Minister der Justiz in Wiesbaden, Wilhelmstraße 24, gerichtet werden.

Den Bewerbungen sind beizufügen:

1. ein eigenhändig geschriebener ausführlicher Lebenslauf,
2. eine beglaubigte Abschrift des letzten Schulzeugnisses,
3. beglaubigte Zeugnisabschriften über eine berufliche Tätigkeit oder Ausbildung nach der Schulentlassung.

Weitere Auskünfte erteilen die Land- und Amtsgerichte in Hessen.

Wiesbaden, 4. 9. 1962

Der Hessische Minister der Justiz
 2321 — II a 6747

StAnz. 38/1962 S. 1271

1053

Übertragung von Befugnissen gemäß

a) § 169 Abs. 2 HBG, b) § 136 Abs. 4 HBG

Bezug: Meine Anordnung vom 1. 8. 1962 StAnz. S. 1108

Meine Anordnung vom 1. 8. 1962 (StAnz. S. 1108) wird in Abschnitt I dahingehend ergänzt, daß ich mir ferner die erstmalige Festsetzung der Versorgungsbezüge des Oberlandesgerichtspräsidenten und des Generalstaatsanwalts vorbehalte.

Wiesbaden, 6. 9. 1962

Der Hessische Minister der Justiz
 2121 — IIa 4279

StAnz. 38/1962 S. 1271

1051

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Bewertungsergebnisse über die 278. Bewertungssitzung am 25., 26. und 27. April 1962

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
1. Teil (Bewertungssitzung)				Spielfilme						
Privatleben (VIE PRIVEE) — Farbfilm —	SF— 8365	a) 2847 b) 2844	Production Générale de Films/Compagnie Internationale de Productions et de Réalisations Artistiques, Paris/Compagnia Cinematografica Mondiale, Rom	Frankreich/Italien	Metro-Goldwyn-Mayer Filmverleih GmbH, Frankfurt/Main	S	W	—	2.3. 1962	27546
Abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme										
Sterne über dem Montblanc (LES ETOILES DE MIDI) — Farbfilm —	8465	a) 2143 b) 2138	Filmartie, Paris	Frankreich	Ring-Film-Verleih Franz Paul Koch, München	K abdf.	BW	31.12. 1967	16.4. 1962	21486
Kurzfilme										
Gartenzwerge, Die — Farbfilm — ohne Kommentar —	7846-a	a) 277 b) 276	Lux-Film Boris Borresholm, München	Deutschland	noch offen	K	BW	31.12. 1967	27.3. 1962	26503
Glas, Glas, Glas — SF — (SKLO, SKLO, SKLO) — Farbfilm —	7953	a) 339 b) 330	Studio populárne vedeckych a naučnych filmú, Prag	Tschechoslowakei	Exportfilm Eischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1967	27.11. 1961	26741
Glas, Glas, Glas — SF — (SKLO, SKLO, SKLO) — Farbfilm —	7953-S	a) 136 b) 132 16 mm	Studio populárne vedeckych a naučnych filmú, Prag	Tschechoslowakei	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1967	27.11. 1961	26741S
Kampf um den Davis-Pokal (SMASH EN DIRECT) — Farbfilm —	8066	a) 590 b) 587	Ciné Dokuments, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	15.1. 1962	27586
Libelle, Die (LA LIBELLULE) — Farbfilm —	SF— 7754	a) 262 b) 231	Dovidis Films, Paris	Frankreich	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1967	13.9. 1961	26189
Libelle, Die (LA LIBELLULE) — Farbfilm —	SF— 7754-S	a) 105 b) 93 16 mm	Dovidis Films, Paris	Frankreich	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	K	BW	31.12. 1967	13.9. 1961	26189S
Puppe, Die — OF — (LUTKICA) — ohne Kommentar — Zeichentrick-Farbfilm —	8319	a) 261 b) 260	Zagreb film, Zagreb	Jugoslawien	noch offen	K	W	31.12. 1967	13.4. 1962	27880
Sicherheit in der Luft (CONTROLLED LANDING) — SF — Farbfilm —	8058	a) 259 b) 259	Rank Film Distributors, Ltd., London	Großbritannien	Rank Film Hamburg	K	W	31.12. 1967	18.1. 1962	27390
TEMPO SENZA VITA, IL — OF — Farbfilm —	8278	a) 337 b) 337	Junior Film, Mailand	Italien	noch offen	K	W	31.12. 1967	26.3. 1962	27855
2. Teil (Neuerliche Begutachtung)				Kurzfilme						
Ach, du liebe Mode — mit Farbteil —	3003-I	a) 274 b) 271	Kulturfilm-Institut GmbH, Berlin	Deutschland	Columbia Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31.12. 1967	23.3. 1962	12844
Erbauliche Betrachtung — Farbfilm —	3153-I	a) 323 b) 319	Eurg Film-Michael Jary GmbH, Hamburg	Deutschland	Constantin-Filmverleih GmbH, München	K	W	31.12. 1967	13.3. 1962	13176a
Im Reiche des Seidou	2582-I	a) 295 b) 289	Carlton Film GmbH, München	Deutschland	Columbia Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31.12. 1967	23.3. 1962	11479
Gläserne Wunder — Farbfilm —	2186-I	a) 286 b) 283	Deutsche Industrie- und Auftragsfilm GmbH, München	Deutschland	Topas-Film, Martin Hegele, München	K	W	31.12. 1967	26.2. 1962	10726
Guter Rat ist nicht teuer	2546-I	a) 286 b) 285	Welta-Film, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1967	8.3. 1962	11430a
Kinderspiel — ernst genommen	3128-I	a) 302 b) 298	Bochner-Film Fritz Bochner, Erlangen	Deutschland	Columbia Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31.12. 1967	23.3. 1962	12982

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prä-dikat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Kleine Bienen-Biologie	2674-I	a) 372 b) 367	Document-Film-production Dr. v. Oerthel, München	Deutsch-land	Herbert Tischen-dorf Film, München	K	W	31.12. 1967	8.2. 1962	12059a
Paris bei Nacht — OF — (PARIS LA NUIT) — ohne Kommentar —	2889-I	a) 633 b) 630	Argos Films, Paris	Frankreich	Rebus Filmver-leih Berlin/ Goldeck Film Verleih, Frankfurt/Main	K	BW	31.12. 1967	14.3. 1962	12680b
Porträt einer Landschaft	3034-I	a) 382 b) 377	Th. N. Blomberg-Kulturfilm-produktion, Berlin	Deutsch-land	Constantin-Film-verleih GmbH, München	K	W	31.12. 1967	13.3. 1962	12768a
standhafte Zinn-soldat, Der — SF — 16 mm (DEN STANDHAFTIGE TINSOLDAT) — Farbfilm —	2161-S-I	a) 146 b) 143	Dansk Kultur-film, Kopenhagen	Dänemark	Exportfilm Bischoff & Co. GmbH, München	M	BW	—	13.3. 1962	10381
Vom Manuskript zum Hörspiel	281-I	a) 291 b) 289	Rotona-Film-produktion GmbH, Hamburg	Deutsch-land	Jugendfilm-Verleih GmbH, Berlin	K	W	31.12. 1967	24.4. 1962	36660

Als Tag der Bewertung gilt der 25. April 1962

Nachtrag zur 275. Bewertungssitzung am 27., 28. und 29. März 1962.

Vom Zaren bis zu Stalin	8100	a) 2359 b) 2352	Aero Film GmbH, Berlin	Deutsch-land	noch offen	D abdf.	BW	31.12. 1967	29.11. 1961	27130
-------------------------	------	--------------------	------------------------	--------------	------------	---------	----	-------------	-------------	-------

Wiesbaden-Biebrich, 30. 4. 1962.

St.Anz. 38/1962 S. 1272

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

1055

Bewertungsergebnisse über die 279. Bewertungssitzung am 2. und 3. Mai 1962

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prä-dikat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Spielfilme										
Brot der frühen Jahre, Das	8450	a) 2419 b) 2415	Modern Art Film GmbH, Berlin	Deutsch-land	Atlas-Filmver-leih GmbH, Düsseldorf	S	BW	—	26.3. 1962	27939
LONG VOYAGE HOME, THE — SF — ¹⁾	8355	a) 2548 b) 2546	Argosy Pictures Comp., Hollywood, Calif.	USA	noch offen	S	BW	—	20.2. 1962	27871
Kurzfilme										
Asphalt-Rowdys	8317	a) 394 b) 394	Inpol-Film, München	Deutsch-land	noch offen	D	W	31.12. 1967	12.4. 1962	27884
DIN — Farbfilm —	7984	a) 293 b) 293	Insel-Film GmbH & Co., München	Deutsch-land	noch offen	K	W	31.12. 1967	30.3. 1962	27933
Drei Farben — Farbfilm —	7946	a) 422 b) 417	Melophon-Film GmbH, München	Deutsch-land	noch offen	K	W	31.12. 1967	24.11. 1961	27934
Keramik-Verlegung — Farbfilm —	7973	a) 895 b) 893	Feuilleton Film Dr. Werner Lütje, Hamburg	Deutsch-land	Werbestelle der keramischen Wand- und Boden-fliesenindustrie E. V., Gießen	L	W	—	29.3. 1962	27879
Knabe und das Pferd, Der (DJECAK I KONJ) — OF — — ohne Kommentar — — Lied in Originalsprache —	8292	a) 394 b) 391	Sutjeska film, Sarajewo	Jugo-slawien	noch offen	K	W	31.12. 1967	4.4. 1962	27883
Da lachen ja die Hühner/Das Wunderkind — SF — (CHRISTOPHER CRUMPET/GERALD McBOING BOING)	8024	a) 372 b) 371	United Produc-tions of America, Burbank, Calif.	USA	Neue Filmkunst Walter Kirchner, Göttingen	K	W	31.12. 1967	23.1. 1962	27358
— Zeichentrick-Farbfilm — LEAPING DANDIES — OF — — Farbfilm —	8321	a) 266 b) 265	Universal Pic-tures Company Inc., New York, N.Y.	USA	Universal Film-verleih, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31.12. 1967	13.4. 1962	27931
RENDEZ-VOUS DU BOIS DE BOULOGNE, Le — OF — — ohne Kommentar —	7712	a) 398 b) 398	Films Pomereu, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	19.2. 1962	27860

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Slalom -- SF -- (SLALOM)	8001	a) 397 b) 396	Cinepress, Grenoble (Isère)	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	5.12. 1961	26736
— Farbfilm — Süden im Schatten	8178	a) 252 b) 252	Franz-Josef Spieker, München	Deutsch- land	Neue Filmkunst Walter Kirchner, Göttingen	K	W	31.12. 1967	26.2. 1962	27425
Staatsbesuch in Guinea, Der	818	a) 358 b) 358	Deutsche Wochen- schau GmbH, Hamburg	Deutsch- land	noch offen	D	W	31.12. 1967	19.2. 1962	27436
— Farbfilm — Staatsbesuch in Liberia, Der	7902	a) 353 b) 353	Deutsche Wochen- schau GmbH, Hamburg	Deutsch- land	noch offen	D	W	31.12. 1967	19.2. 1962	27426
— Farbfilm — Staatsbesuch in Senegal, Der	7817	a) 355 b) 355	Deutsche Wochen- schau GmbH, Hamburg	Deutsch- land	noch offen	D	W	31.12. 1967	19.2. 1962	27435
— Farbfilm — Renzo Vespignani — SF — (CITTI DI VESPIGNANI)	7243a	a) 285 b) 285	Documento Film, Rom	Italien	Ratimpex, Kultur- und Dokumentarfilm, München	K	BW	31.12. 1967	30.3. 1962	24362

Als Tag der Bewertung gilt der 2. Mai 1962

Anmerkung:

1) Dem so gezeichneten Film konnte gem. Abschnitt II, Nr. 4 (2) der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle Wiesbaden vom 15. Juni 1957 die Ausnahmegenehmigung erteilt werden.

Wiesbaden-Biebrich, 4. 5. 1962

StAnz. 38/1962 S. 1273

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

1056

Bewertungsergebnisse über die XCIII. Hauptausschußsitzung am 10., 11. und 12. Mai 1962

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Spielfilme										
unteren Zehntausend, Die — SF — (POCKETFUL OF MIRACLES)	8060	a) 3726 b) 3722	Franton Productions	USA	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	S	W	—	13.11. 1961	26752
— Panavision-Farbfilm — Viridiana — SF — (VIRIDIANA)	7905	a) 2406 b) 2403	Unión Industrial Cinematográfica, S.A./ Films 59, Madrid	Spanien	Constantin-Filmverleih GmbH, München	S	W	—	20.9. 1961	26740
Kurzfilme										
Antonio — Farbfilm —	8064	a) 274 b) 273	KG Porta-Film GmbH & Co., Hamburg	Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1967	15.1. 1962	27346
Männer am Staudamm — SF — (UOMINI SUL VAYONT)	7448	a) 406 b) 405	Unieuropa Film s.r.l., Rom	Italien	noch offen	K	BW	31.12. 1967	23.2. 1962	25336
Notizen aus dem Altmühltal	7321	a) 500 b) 498	Produktion Strobel/Tichawsky, München	Deutschland	Bavaria Filmverleih GmbH, München	K	W	31.12. 1967	24.2. 1961	24647
Von Gottes Gnaden — Clemens August — Farbfilm —	7974	a) 333 b) 330	Unda-Film Dr. Walter Koch, München	Deutschland	noch offen	K	BW	31.12. 1967	15.12. 1961	27387
Neuerliche Begutachtung										
Kurzfilme										
nackte Morgen, Der — ohne Kommentar —	3176-I	a) 300 b) 298	Hamrun-Film Karl Hamrun, Hamburg	Deutschland	Constantin-Filmverleih GmbH, München	K	W	31.12. 1967	5.2. 1962	13419a
Watteau, ein Maler, den wir lieben müssen	1034-I	a) 282 b) 279	Kulturfilm-Institut GmbH, Berlin	Deutschland	Schorcht Filmgesellschaft mbH, München	K	W	31.12. 1967	23.1. 1962	6453

Als Tag der Bewertung gilt der 10. Mai 1962

Änderung zur 273. Bewertungssitzung am 14., 15. und 16. März 1962 (Hersteller/Ausnahmegenehmigung)

nackte Stadt, Die — SF — (THE NAKED CITY) 1)	8310	a) 2616 b) 2609	Mark Heilinger Productions, Inc., Universal City, Calif.	USA	Karpas-Film, München	S	W	—	1.3. 1962	B32-a-
---	------	--------------------	--	-----	-------------------------	---	---	---	--------------	--------

Anmerkung:

1) Dem so gezeichneten Film konnte gem. Abschnitt II, Nr. 4 (2) der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle Wiesbaden vom 15. Juni 1957 die Ausnahmegenehmigung erteilt werden.

Wiesbaden-Biebrich, 14. 5. 1962

StAnz. 38/1962 S. 1274

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

1057

Bewertungsergebnisse über die 280. Bewertungssitzung am 17., 18. und 19. Mai 1962

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Spielfilme										
Cid, El — SF — (EL CID) — Super-Technirama-70 — Farbfilm —	8220	a) 6404 b) 6102 70 mm	Samuel Bronston Productions, Inc., New York, N.Y., in Verbindung mit Dear Film Produzione, S.p.A., Rom	USA	Rank Film, Hamburg	S	W	—	31.1. 1962	27769
Kurzfilme										
Berliner Gästebuch (Langfassung) — Farbfilm —	8414	a) 796 b) 795	Peter Cürlis- Kulturfilmpro- duktion, Berlin	Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1967	18.4. 1962	27569a
DELACROIX, PEINTRE DE L'ISLAM — OF — Farbfilm —	8166	a) 407 b) 403	Productions Markab, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	22.2. 1962	28022
DICHIARAZIONE D'AMORE — Cinema Scope-Farbfilm — — OF —	8349	a) 332 b) 317	Giorgio Patara, Rom	Italien	Ratimpex, Kultur- und Dokumentarfilm, München	K	W	31.12. 1967	24.4. 1962	27929
Herbst der Raketen, Der — Zeichentrickfilm —	8272	a) 257 b) 256	Filmproduktion Werner Klett, Berlin	Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1967	23.3. 1962	28012
HIGH RISE — OF — — Farbfilm —	8334	a) 260 b) 256	Rank Film Distributors, Ltd., London	Groß- britannien	Rank Film, Hamburg	K	W	31.12. 1967	17.4. 1962	28066
In den Gerichts- gängen — SF — (KORYTARZE SADU)	7956	a) 255 b) 238	Wytwórnia Filmów Dokumentalnych Warschau	Polen	Exportfilm Bischoff & Co., GmbH, München	K	BW	31.12. 1967	27.11. 1961	26751
In den Gerichts- gängen — SF — (KORYTARZE SADU)	7956-S	a) 102 b) 95 16 mm	Wytwórnia Filmów Dokumentalnych Warschau	Polen	Exportfilm Bischoff & Co., GmbH, München	K	BW	31.12. 1967	27.11. 1961	26751S
Mauer klagt an, Eine (Der Bankrott eines Systems)	8404	a) 327 b) 326	German Television News, Helmut W. Sontag, Berlin	Deutsch- land	Aero Film GmbH, Berlin	D	W	31.12. 1967	30.4. 1962	28078
Mittag im Mittagsland (LA CONTRORA) — SF —	8303	a) 288 b) 286	Documento S.r.l., Rom	Italien	noch offen	K	W	31.12. 1967	10.4. 1962	27944
PARIS ET SA GARDE — OF — — Farbfilm —	8323	a) 327 b) 326	Films Borderie (C.I.C.C.), Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	13.4. 1962	27932
Partnerschaft — Farbfilm —	7928	a) 773 b) 772	Gesellschaft für bildende Filme, München	Deutsch- land	Siemens-Film- dienst, Erlangen	K	W	31.12. 1967	7.5. 1962	28011
Rechte für Alle — Die Freiheit der Person ist unverletzlich	8367	a) 381 b) 379	Internationales- Film-Contor GmbH, München	Deutsch- land	noch offen	D	W	31.12. 1967	8.5. 1962	27926
Rechte für Alle — Die Wohnung ist unverletzlich	8368	a) 304 b) 302	Internationales- Film-Contor GmbH, München	Deutsch- land	noch offen	D	W	31.12. 1967	8.5. 1962	27925
Rheumatologia Practica — Farbfilm —	8291	a) 861 b) 859	Leonaris-Film Dr. Georg Munck KG, Stuttgart	Deutsch- land	Byk-Gulden Lomberg GmbH, Konstanz	L	W	—	3.4. 1962	27856
Schule der Jungfischer	7083	a) 286 b) 286	Kultur- und Lehr- film-Institut Klemens Lindenau, Bremen	Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1967	11.4. 1962	27869
Schule der Jungfischer	7083-S	a) 114 b) 114 16-mm	Kultur- und Lehr- film-Institut Klemens Lindenau, Bremen	Deutsch- land	noch offen	K	W	31.12. 1967	11.4. 1962	27869-S
STEPHANE MALLARMÉ — OF —	8162	a) 491 b) 488	Société des Films d'Art et de Culture/ Pathé Overseas, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	22.2. 1962	28052

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prä-dikat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Tagebuch eines Reporters	8006	a) 296 b) 296	Manfred Durniok, Berlin	Deutsch-land	noch offen	K	W	31.12. 1967	7.5. 1962	27971
Vogel aus Zeitungspapier, Ein (UN OISEAU EN PAPIER JOURNAL)	8164	a) 294 b) 293	Société des Films d'Art et de Culture/ Magic Films Production, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	22.2. 1962	28023
— ohne Kommentar — — Zeichentrick-Farbfilm —										
Vorrömische Kulturen im Po-Tal — SF — (ETRURIA PADANA)	8301	a) 324 b) 322	Cinelys S.r.l., Rom	Italien	noch offen	K	W	31.12. 1967	10.4. 1962	27946
Werk und Leben — Farbfilm —	8258	a) 1009 b) 1005	Melophon-Film GmbH, München	Deutsch-land	noch offen	K	W	31.12. 1967	14.3. 1962	28010
Zum Dach der Welt — Farbfilm —	8333	a) 343 b) 341	Deutsche Condor Film GmbH, München	Deutsch-land	noch offen	K	W	31.12. 1967	17.4. 1962	28015

Als Tag der Bewertung gilt der 17. Mai 1962

Nachtrag zur 276. Bewertungssitzung am 10., 11. und 12. April 1962

Nachwuchssorgen — SF — (BRIGA ZA POTOMSTVO)	8011	a) 277 b) 276	Zora film, Zagreb	Jugo-slawien	Schongerfilm Hubert Schonger, Inning/Ammersee	K	W	31.12. 1967	27.12. 1961	27736
— Farbfilm —										
Wiesbaden-Biebrich, 21. 5. 1962										

StAnz. 38/1962 S. 1275

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

1058

Bewertungsergebnisse über die 281. Bewertungssitzung am 22., 23. und 24. Mai 1962

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prä-dikat	Gültig-keit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Spielfilme										
Cid, El — SF — (EL CID)	8220-a	a) 5123 b) 4882	Samuel Bronston Productions, Inc., New York, N.Y., in Verbindung mit Dear Film Produzione S.p.A., Rom	USA	Rank Film, Hamburg	S	W	—	21.5. 1962	27769
— Cinema Scope-Farbfilm —										
Parallelstraße, Die — Farbfilm mit Schwarz-Weiß-Teilen —	8065-a	a) 2353 b) 2341	Gesellschaft für bildende Filme, München	Deutsch-land	noch offen	S	W	—	17.5. 1962	27083
Kurzfilme										
BONAPARTE — OF —	8377	a) 604 b) 600	Les Films Armorial, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	10.5. 1962	28054
Campo Limpo — Farbfilm —	7869	a) 457 b) 455	KG Porta-Film GmbH & Co., Hamburg	Deutsch-land	noch offen	K	W	31.12. 1967	15.5. 1962	27972
CATTLE RANCH — OF — Farbfilm — 1)	8379	a) 541 b) 541	National Film Board of Canada, Montreal, Que.	Kanada	noch offen	K	W	31.12. 1967	10.5. 1962	28020
DELACROIX — OF —	8181	a) 337 b) 336	Les Films de Saturne, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	12.3. 1962	27692
— ohne Kommentar —										
Ferien auf der Straße — ohne Kommentar —	8047-S	a) 126 b) 126 16-mm	Gustav Ehmck, Düsseldorf	Deutsch-land	noch offen	K	W	31.12. 1967	12.1. 1962	28091
Geheimnisse unter der Erde — SF — (MAGIA DEL SOTTOSUOLO)	8302	a) 277 b) 276	Sedi, Rom	Italien	noch offen	K	W	31.12. 1967	10.4. 1962	27945
Klosterzellen des Beato Angelico, Die — OF — (LE CELLE DEL BEATO ANGELICO)	8306	a) 292 b) 291	Filmarpa, Rom	Italien	noch offen	K	W	31.12. 1967	10.4. 1962	27943
— ohne Kommentar — — Farbfilm —										
Morgenständchen (CONCERTO DE L'AUBE) — OF	7866	a) 422 b) 422	Contact Organisation, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	5.4. 1962	27882
— ohne Kommentar —										
ON THE MAP — OF — Farbfilm —	8337	a) 256 b) 255	Rank Film Distributors, Ltd., London	Groß-britannien	Rank Film, Hamburg	K	W	31.12. 1967	17.4. 1962	27968

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Paris an Feiertagen (PARIS FERIE) — OF — ohne Kommentar — Rechte für Alle — Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich	8149	a) 362 b) 352	Caméra Productions, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	15.2. 1962	27980
INTERNATIONALES FILM-CONTOR GmbH, München	8371	a) 377 b) 374	Internationales-Film-Contor GmbH, München	Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1967	8.5. 1962	27923
SUNDAY — OF — ohne Kommentar — That's Bavaria — SF — Farbfilm — englische Sprache — Venedig — Ultrascope-Farbfilm — ohne Kommentar — Wünsche	8343	a) 479 b) 478	Dan Drasin, New York, N.Y.	USA	noch offen	D	W	31.12. 1967	18.4. 1962	28021
8362	a) 349 b) 346	Bonin-Film, Gerd v. Bonin, München	Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1967	3.5. 1962	27927	
8266	a) 311 b) 311	Kurt Steinwendner Filmproduktion Ges. mbH., Wien	Österreich	noch offen	K	W	31.12. 1967	5.4. 1962	28099	
8314	a) 581 b) 580	Cineropa-Filmproduktion Walter Krüttner, München	Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1967	12.4. 1962	28098	
10 Gramm Regenbogen (Kurzfassung von "Spiel in Farben") — Farbfilm —	8403	a) 358 b) 357	Gesellschaft für bildende Filme, München	Deutschland	noch offen	K	W	31.12. 1967	16.5. 1962	28084

Neuerliche Begutachtung

Schatzkammer der Pharaonen	1199-I	a) 288 b) 288	Hansa-Film Produktion Bernhard Redetzki, Eßlingen/Neckar	Deutschland	Schorcht Filmgesellschaft mbH, München	K	W	31.12. 1967	26.4. 1962	7055
Fluß, Der	880-I	a) 352 b) 348	Corvo-Film Gisbert Hinke, München	Deutschland	Herbert Tischendorf Film, München	K	W	31.12. 1967	11.5. 1962	5661-a
Pforte zum Orient — Ein Tag in Istanbul — Cinepanoramic-Farbfilm —	2831-I	a) 275 b) 271	Knoop-Film-Produktion, Hamburg	Deutschland	Columbia Filmgesellschaft, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31.12. 1967	23.3. 1962	12207R

Als Tag der Bewertung gilt der 22. Mai 1962

Anmerkung:

1) Dem so gezeichneten Film konnte gem. Abschnitt II, Nr. 4 (2) der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle Wiesbaden vom 15. Juni 1957 die Ausnahmegenehmigung erteilt werden.

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**)
Änderung zur XCIII. Hauptausschußsitzung am 10., 11. und 12. Mai 1962 (Längenänderung) unteren Zehntausend, Die (POCKETFUL OF MIRACLES) — Panavision-Farbfilm —	8060	a) 3650 b) 3646	Franton Productions	USA	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	S	W	—	13.11. 1961	26752-a

Nachtrag zur 273. Bewertungssitzung am 14., 15. und 16. März 1962

Hongkong — Gepachtete Freiheit	8143	a) 367 b) 367	Deutsche Wochenschau GmbH, Hamburg	Deutschland	noch offen	K	BW	31.12. 1967	14.2. 1962	27411
--------------------------------	------	------------------	------------------------------------	-------------	------------	---	----	-------------	------------	-------

Wiesbaden-Biebrich, 25. 5. 1962

St.Anz. 38/1962 S. 1276

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

Erläuterungen:

- a) Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft bei Freigabe des Films ermittelte Gesamtlänge vom ersten Ton bzw. Bild bis zum letzten Bild bzw. Ton.
- b) Von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden bei Bewertung des Films ermittelte reine Bildlänge, und zwar vom ersten bis zum letzten Bild, wobei der Titel des Films ebenfalls als „Bild“ zählt.
- * Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern. (Regelung gemäß Abschnitt III, Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.)
- ** Unter den hier aufgezeigten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

1059

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Zweite Änderung der Mustersatzungen A und B für kommunale Sparkassen — StAnz. 1962 S. 1139 —

In obiger Veröffentlichung muß in Abschnitt I Ziffer 1 Absatz 3 der erste Satz richtig heißen:

Geldbeträge von juristischen Personen und Personengesellschaften dürfen nur dann als Spareinlage angenommen werden, wenn ...

Wiesbaden, 3. 9. 1962

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
VI a — 5002 — A 2

StAnz. 38/1962 S. 1278

1060

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat Juli 1962 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. **Nr. 101/93** — Lohntarifvertrag vom 25. 6. 1962 für die Weinbergsarbeiter im Lande Hessen.
2. **Nr. 101/94** — Tarifvertrag vom 25. 6. 1962 zur Änderung des Tarifvertrages über die Akkordlöhne in den Weinbaubetrieben im Rheingau, Hochheim/M. und Umgebung vom 23. 6. 1956.
Zu 1 u. 2 abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
3. **Nr. 101/95** — Gehaltstarifvertrag vom 4. 7. 1962 für die Angestellten der Landwirtschaft und ihrer Nebenbetriebe im Lande Hessen, abgeschlossen mit dem Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Angestelltenbund, Landesverband Hessen.
Zu 1—3 Tarifvertragsparteien:
Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für Hessen e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
4. **Nr. 201/82** — Tarifvertrag Nr. 142 vom 7. 6. 1962 über die Neuregelung der Zeitlöhne für die Gemeindewaldarbeiter im Lande Hessen.
5. **Nr. 201/83** — Tarifvertrag Nr. 143 vom 12. 6. 1962 über eine Neuregelung der Krankenbezüge für die Gemeindewaldarbeiter (Änderung des GFTV).
Zu 4 u. 5 Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. mit Sondergruppe forstwirtschaftliche Betriebe und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
6. **Nr. 303/73** — Tarifvertrag vom 6. 7. 1962 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 25. 3. 1952 in der Fassung vom 3. 7. 1961.
7. **Nr. 303/74** — Lohntarifvertrag vom 6. 7. 1962.
Zu 6 u. 7 betr. gewerbliche Arbeitnehmer einschl. der Handwerks- und Berglehrlinge im hessischen Braunkohlenbergbau.
Zu 6 u. 7 Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.
8. **Nr. 402/30** — Tarifvertrag (Änderungsvereinbarung) vom 26. 6. 1962 über eine Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung der Stücklöhne für die gewerblichen Arbeitnehmer der Diamantenindustrie im Lande Hessen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Gesamtverband der Arbeitgeber Hanau — Gelnhausen — Schlüchtern — Büdingen, Fachgruppe Diamantenindustrie, in Hanau/Main, und Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
9. **Nr. 408/41** — Manteltarifvertrag vom 12. 7. 1961 für die gewerblichen Arbeitnehmer der feinkeramischen Industrie in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie e. V., Frankfurt/M., und Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
10. **Nr. 409f/55** — Lohntarifvertrag vom 27. 6. 1962 für die in den Betrieben zur Herstellung von Glasknöpfen in der Bundesrepublik beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
Verband der Gablonzer Industrie e. V., Bonn, Zeppelinstr. 60, und Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand, Hannover, Königsworther Platz 6.
11. **Nr. 700/258** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1962 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Hannover.
12. **Nr. 700/259** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1962 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Niedersachsen.
13. **Nr. 700/260** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1962 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband Deutschlands, Landesverband Niedersachsen.
14. **Nr. 700/261** — Tarifvertrag vom 4. 7. 1962 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Landesverband Niedersachsen, dem VDT-Verband Deutscher Techniker, Landesverband Niedersachsen sowie dem BDW — Bund Deutscher Werkmeister, Landesverband Niedersachsen.
Zu 11—14 betr. Lehrlinge der Volkswagenwerk Akt.-Ges.
Zu 11—14 Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
15. **Nr. 1100/124** — Tarifvertrag vom 17. 7. 1962 über die Neuregelung der Gehälter für die akademisch gebildeten Angestellten der chemischen Industrie im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V., Wiesbaden, und Bund Angestellter Akademiker, Berufsgruppe in der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Landesbezirk Hessen, Hannover.
16. **Nr. 1700/107** — Lohntarifvertrag vom 15. 6. 1962 für das Holzverarbeitende Handwerk für Stadt und Kreis Offenbach/M.
Tarifvertragsparteien:
Schreiner-Innung für Stadt und Kreis Offenbach a. M. und Gewerkschaft Holz, Bezirksleitung Hessen Rheinland-Pfalz, Frankfurt/Main.

17. **Nr. 1700/108** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1962 über die Neuregelung des Urlaubs für 1962 und 1963 für die Angestellten des Stellmacher-, Wagner- und Karosseriebauhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Wagner- und Karosseriebauhandwerks, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Holz, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz, Frankfurt am Main.
18. **Nr. 1900/25** — Manteltarifvertrag vom 14. 5. 1962 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Lande Hessen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
19. **Nr. 2100/344** — Bezirkslohntarifvertrag (Lohntabelle) vom 18. 6. 1962 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge.
20. **Nr. 2100/345** — Tarifvertrag vom 13. 7. 1962 über die Neuregelung der Gehälter und Entgelte für die technischen und kaufmännischen Angestellten, Lehrlinge sowie Poliere und Schachtmeister.
Zu 19 u. 20 betr. Arbeitnehmer des Baugewerbes im Lande Hessen.
Zu 19 u. 20 Tarifvertragsparteien:
Verband der Bauindustrie Hessen e. V., Frankfurt/Main, Wöhler Str. 3—5, sowie Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e. V., Frankfurt/Main, Wolfsgangstr. 16, und Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77.
21. **Nr. 2100/346** — Tarifvertrag vom 22. 5. 1962 zur Änderung des Rahmentarifvertrages für das Bauten- und Eisenschutzgewerbe in der Bundesrepublik vom 27. 9. 1952 in der Fassung vom 16. 4. 1957 und 15. 7. 1960.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, Bonn, Koblenzer Str. 93, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie — Bundesfachabteilung Bauten- und Eisenschutz —, Frankfurt/M., Friedrich-Ebert-Anlage 38, sowie Hauptverband des Deutschen Malerhandwerks — Bundesfachgruppe Eisenanstrich und Putz —, Frankfurt am Main, Börsenstr. 1, und Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Frankfurt/Main, Goetheplatz 5.
22. **Nr. 2102a/23** — Tarifvertrag vom 29. 6. 1962 über die Verkürzung der Arbeitszeit und Neuregelung der Löhne und Entgelte sowie des Urlaubs für 1962 und 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge des Glaserhandwerks im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Glaserhandwerks Hessen, Frankfurt/M., Glückstr. 27, und Gewerkschaft Holz, Bezirksleitung Hessen/Rheinland-Pfalz, Frankfurt/Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77.
23. **Nr. 2102b/52** — Lohntarifvertrag vom 12. 7. 1962 für die in den Malerbetrieben im Lande Hessen beschäftigten Verputzer, Stukkateure sowie deren Hilfsarbeiter.
24. **Nr. 2102b/53** — Tarifvertrag vom 12. 7. 1962 zur Ergänzung des vorstehend genannten Tarifvertrages.
Zu 23 u. 24 Tarifvertragsparteien:
Fachgruppe Putz und Stuck im Landesinnungsverband des Malerhandwerks für Hessen, Frankfurt/Main, Börsenstr. 1, und Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt/Main, Wilhelm-Leuschner-Str. Nr. 69/77.
25. **Nr. 2203/66** — Vergütungstarifvertrag vom 28. 5. 1962 für alle Arbeitnehmer der zur Gruppe Hessen gehörenden Mitgliedsunternehmen der Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
26. **Nr. 2400/107** — Manteltarifvertrag vom 2. 7. 1962.
27. **Nr. 2400/108** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 2. 7. 1962.
Zu 26 u. 27 betr. alle Arbeitnehmer des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels im Lande Hessen.
Zu 26 u. 27 Tarifvertragsparteien:
Landesverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels in Hessen e. V., Frankfurt/Main, Gutleutstr. 80, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstr. 72/74.
28. **Nr. 2600/9** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 4. 6. 1962 für alle Arbeitnehmer der Deutschen Städte-Reklame GmbH in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Städte-Reklame GmbH, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
29. **Nr. 2702c-6a/319** — Tarifvertrag Nr. 86 vom 4. 7. 1962 über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (MTArb.-BfA).
Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
30. **Nr. 2805/223** — Tarifvertrag Nr. 2/1962 vom 19. 6. 1962 über die Neuregelung der Löhne und Änderung des LTV vom 12. 9. 1960.
31. **Nr. 2805/224** — Tarifvertrag Nr. I/1962 vom 27. 6. 1962 über die Neuregelung der Vergütungen für die Angestellten.
32. **Nr. 2805/225** — Tarifvertrag Nr. II/1962 vom 5. 7. 1962 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages Nr. I/1961 (AnTV) vom 6. 6. 1961.
Zu 30—32 betr. Arbeitnehmer der Deutschen Bundesbahn.
Zu 30—32 Tarifvertragsparteien:
Vorstand der Deutschen Bundesbahn und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand.
33. **Nr. 2806a/145** — Tarifvertrag vom 28. 5. 1962 über die Arbeitsverhältnisse der im Kraftverkehr beschäftigten Bediensteten — Anlage 8 zum ETV —.
34. **Nr. 2806a/146** — Protokollerklärung vom 28. 5. 1962 zu vorstehend genanntem Tarifvertrag.
35. **Nr. 2806a/147** — Tarifvertrag Nr. 122 vom 28. 5. 1962 über die Neuregelung der Löhne für die im Kraftverkehr beschäftigten Bediensteten.
36. **Nr. 2806a/151** — Tarifvertrag Nr. 125 vom 5. 7. 1962 über die Neuregelung der Löhne.
37. **Nr. 2806a/152** — Tarifvertrag Nr. 127 vom 5. 7. 1962 über die Neuregelung der Löhne für die im Kraftverkehr beschäftigten Bediensteten.
38. **Nr. 2806a/153** — Protokollerklärung vom 5. 7. 1962 zu den vorstehend genannten Tarifverträgen Nr. 125 u. 127.
Zu 33—38 abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße 2.
39. **Nr. 2806a/148** — Tarifvertrag vom 28. 5. 1962 über die Arbeitsverhältnisse der im Kraftverkehr beschäftigten Bediensteten — Anlage 8 zum ETV —.
40. **Nr. 2806a/149** — Protokollerklärung vom 28. 5. 1962 zu vorstehend genanntem Tarifvertrag.
41. **Nr. 2806a/150** — Tarifvertrag Nr. 123 vom 28. 5. 1962 über die Neuregelung der Löhne für die im Kraftverkehr beschäftigten Bediensteten.
42. **Nr. 2806a/154** — Tarifvertrag Nr. 126 vom 5. 7. 1962 über die Neuregelung der Löhne.
43. **Nr. 2806a/155** — Tarifvertrag Nr. 128 vom 5. 7. 1962 über die Neuregelung der Löhne für die im Kraftverkehr beschäftigten Bediensteten.
44. **Nr. 2806a/156** — Protokollerklärung vom 5. 7. 1962 zu den vorstehend genannten Tarifverträgen Nr. 126 u. 128.
Zu 33—44 betr. Arbeitnehmer der Privateisenbahnen in der Bundesrepublik.
Zu 39—44 abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/Main, Beethovenstraße 12—16.

- Zu 33—44 Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der nichtbundes eigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Volksgartenstraße 54a, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
45. Nr. 3001/788 — Tarifvertrag vom 15. 5. 1962 über die Ausführung von Arbeiten im Gedingeverfahren im Bereich der SR 2 b MTL (Gedingerichtlinien).
46. Nr. 3001/789 — Vierter Tarifvertrag vom 7. 6. 1962 zur Änderung des Tarifvertrages über die Pauschalierung der Löhne für die Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 10. 12. 1959.
47. Nr. 3001/790 — Länderlohntarifvertrag Nr. 8 vom 7. 6. 1962.
Zu 45—47 abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
48. Nr. 3001/791 — Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 1 vom 7. 6. 1962 für die Lehrlinge und Anlernlinge der Länder, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
49. Nr. 3001/492 — Anschlußtarifvertrag vom 15. 6. 1962 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Richtlinien für verwaltungseigene Prüfungen vom 12. 12. 1961 (Anlage 2 zum Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL vom 18. 5. 1961), abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei.
Zu 45—49 Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
50. Nr. 3001/793 — Tarifvertrag Nr. 138 vom 1. 6. 1962 zur Änderung des Zusatztarifvertrages Nr. 2 zum BAT vom 10. 10. 1961 (Jubiläumszuwendung).
51. Nr. 3001/794 — Tarifvertrag Nr. 139 vom 1. 6. 1962 über eine Erhöhung der Bezüge für die Pauschalangestellten.
52. Nr. 3001/795 — Tarifvertrag Nr. 146 vom 27. 6. 1962 — Zusatztarifvertrag Nr. I/1 zum BMT-G II.
53. Nr. 3001/796 — Tarifvertrag Nr. 147 vom 27. 6. 1962 — Zusatztarifvertrag Nr. II/1 zum BMT-G II.
54. Nr. 3001/797 — Tarifvertrag Nr. 148 vom 27. 6. 1962 zur Ergänzung des HLT.
Zu 50—54 betr. Arbeitnehmer gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe im Lande Hessen.
Zu 50—54 Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
55. Nr. 3001/798 — Tarifvertrag Nr. 141 vom 18. 6. 1962 über Sonderregelungen für Angestellte im Hafenbetriebsdienst — Zusatztarifvertrag Nr. 7 zum BAT.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. — Gruppe Verkehrsbetriebe und Häfen — und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
56. Nr. 3001/799 — Tarifvertrag Nr. 144 vom 18. 6. 1962 über die Neuregelung der HGTA-V-Gehälter.
57. Nr. 3001/800 — Tarifvertrag Nr. 145 vom 18. 6. 1962 zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 127 vom 21. 6. 1961 über die Gewährung von Sozialzulagen an die in Versorgungs- und Verkehrsbetrieben im Lande Hessen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.
Zu 56 und 57 Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V., Gruppe Versorgungsbetriebe (Elektrizität, Gas und Wasser), Gruppe Verkehrsbetriebe und Häfen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
58. Nr. 3002a/126 — Tarifvertrag Nr. 137 vom 1. 6. 1962 über die Neuregelung der Grundvergütungen und der Richtsätze für das Pflegepersonal in den kommunalen Kranken-, Heil-, Pflege- usw. Anstalten im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V., Gruppe Verwaltung mit Sondergruppe Kranken-, Pflege-, Heil- und Fürsorgeanstalten und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
59. Nr. 3001/801 — Anschlußtarifvertrag vom 18. 6. 1962 zur Übernahme des Bundeslohntarifvertrages Nr. 10 für die Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe vom 12. 5. 1962.
60. Nr. 3002a/127 — Anschlußtarifvertrag vom 18. 6. 1962 zur Übernahme des 4. Bundeslohntarifvertrages für Haus- und Küchenpersonal in den kommunalen Kranken-, Heil-, Pflege- usw. Anstalten vom 12. 5. 1962.
Zu 59 und 60 Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e. V., Köln-Marienburg, und Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes, Bad Godesberg.
61. Nr. 3001a/484 — Tarifvertrag vom 6. 7. 1962 zur Änderung des § 31 Abs. 4 des Angestelltentarifvertrages der Deutsche Bundesbank (BBkaT) (Kinderzuschlag).
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Bundesbank und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
62. Nr. 3001a/485 — Tarifvertrag vom 15. 5. 1962 über die Ausführung von Arbeiten im Gedingeverfahren im Bereich der SR 2 d MTB (Gedingerichtlinien).
63. Nr. 3001a/488 — Tarifvertrag vom 7. 6. 1962 über die Neuregelung der Entgelte für die Wasserbaulehrlinge und Schiffsjungen der Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung.
Zu 62 und 63 abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
64. Nr. 3001a/486 — Tarifvertrag vom 4. 6. 1962 über die Eingruppierung der im Sprachendienst der Bundeswehr als Sprachlehrer beschäftigten Tarifangestellten.
65. Nr. 3001a/487 — Tarifvertrag vom 7. 6. 1962 über die Neuregelung der Entgelte für die Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes.
Zu 64 und 65 abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
66. Nr. 3001a/489 — Tarifvertrag vom 8. 6. 1962 über die Neuregelung der Entgelte für die Wasserbaulehrlinge und Schiffsjungen der Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung.
67. Nr. 3001a/490 — Tarifvertrag vom 8. 6. 1962 über die Neuregelung der Entgelte für die Lehrlinge und Anlernlinge des Bundes.
Zu 66 und 67 abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.
Zu 62—67 Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
68. Nr. 3001/802—3001a/491 — Vergütungstarifvertrag Nr. 2 zum BAT vom 7. 6. 1962, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
69. Nr. 3001/803—3001a/492 — Vergütungstarifvertrag Nr. 2 zum BAT vom 8. 6. 1962, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
Zu 68 und 69 betr. Angestellte des Bundes, der Länder sowie der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.
Zu 68 und 69 Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
70. Nr. 3001a-1/115 — Tarifvertrag Nr. 6/62 vom 17. 7. 1962 über die Gewährung von Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschlägen an die Arbeiter der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
Tarifvertragsparteien:
Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

71. Nr. 3002/30 — Gehaltstarifvertrag vom 17. 4. 1962, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg 36, Holstenwall 3—5.

72. Nr. 3002/31 — Gehaltstarifvertrag vom 17. 4. 1962, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstraße 7.
Zu 71 und 72 betr. die in zahnärztlichen Praxen im Bundesgebiet und in West-Berlin beschäftigten zahnärztlichen Helferinnen und Lehrlinge.

Zu 71 und 72 Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen des zahnärztlichen Hilfspersonals, Köln-Lindenthal, Universitätsstraße 73, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

73. Nr. 3004/141 — Tarifvertrag vom 1. 7. 1962 über die Ein-
gruppierung der Angestellten und Arbeiter (Tätigkeitskatalog) — Anlage A zum Manteltarifvertrag vom 11. 7. 1955.

74. Nr. 3004/142 — Gehalts- und Lohnstarifvertrag vom 1. 7. 1962 (Anlage B zum Manteltarifvertrag vom 11. 7. 1955).

75. Nr. 3004/143 — Tarifvertrag vom 1. 7. 1962 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages vom 11. 7. 1955.

Zu 73—75 betr. Angestellte und Arbeiter des Hessischen Rundfunks.

Zu 73—75 Tarifvertragsparteien:
Hessischer Rundfunk Anstalt des öffentlichen Rechts,

Frankfurt/Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Deutsche Orchestervereinigung in der DAG, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Hessischer Journalistenverband e. V., sowie Rundfunk- und Fernseh-Union im Deutschen Gewerkschaftsbund, Verband Hessischer Rundfunk.

76. Nr. 3004/144 — Tarifvertrag vom 19. 6. 1962 zur Änderung der Tarifordnung für die deutschen Kulturorchester (TOK) vom 30. 3. 1938 in der Fassung des Tarifvertrages vom 2. 11. 1961.

Tarifvertragsparteien:

Deutscher Bühnenverein e. V., Köln, und Deutsche Orchestervereinigung e. V. in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Düsseldorf, sowie Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden. Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 7. 9. 1962

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt
und Gesundheitswesen**
I b — 2607

StAnz. 38/1962 S. 1278

1061

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Anrechnung berufsmäßig oder freiwillig geleisteter Dienstzeiten in der Bundeswehr, in der früheren deutschen Wehrmacht und beim Reichsarbeitsdienst auf die Dienstzeit der Waldarbeiter des Landes (§ 41 HSFT)

Im Einvernehmen mit dem Herrn Hessischen Minister der Finanzen treffe ich für die Waldarbeiter des Landes die nachstehende Regelung:

(1) Nach § 41 Abs. 3 HSFT werden nur die Zeiten erfüllter Dienstpflicht (aktive Dienstpflicht und Übungen) in der Bundeswehr, in der früheren deutschen Wehrmacht und beim Reichsarbeitsdienst auf die Dienstzeit angerechnet. Ich bin damit einverstanden, daß künftig auch die Zeiten berufsmäßig oder freiwillig geleisteten Dienstes in der Bundeswehr, in der früheren deutschen Wehrmacht und beim Reichsarbeitsdienst auf die Dienstzeit angerechnet werden, soweit nicht bereits gesetzliche Vorschriften (Verordnungen zum Eignungsübungsgesetz, Arbeitsplatzschutzgesetz, Soldatenversorgungsgesetz) die Anrechnung vorschreiben.

Die vorgenannten Zeiten sind nur auf Antrag des Waldarbeiters anzurechnen. Der Antrag ist binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten beim zuständigen Forstamt zu stellen. Die Frist beginnt mit der Bekanntgabe dieses Erlasses an den Waldarbeiter. Die nachgewiesenen Zeiten sind

jeweils mit Wirkung vom Ersten des Monats der Antragstellung anzurechnen.

(2) Zur Vermeidung von Härten bin ich ferner damit einverstanden, daß den Waldarbeitern, die infolge der Anrechnung der berufsmäßig oder freiwillig geleisteten Zeiten (Absatz 1) die Voraussetzungen für die Gewährung eines Treuegeldes nach § 35 HSFT zwischen dem 1. Januar 1961 (Inkrafttreten des HSFT) und dem Ersten des Monats der Antragstellung erfüllt haben, das Treuegeld nachträglich gezahlt wird. Das Treuegeld kann nicht gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für seine Gewährung infolge der Anrechnung der berufsmäßig oder freiwillig geleisteten Zeiten vor dem 1. Januar 1961 erfüllt worden sind.

Dieser Erlass ist allen Waldarbeitern unverzüglich bekanntzugeben und zu erläutern. Dabei ist auf die mit der Bekanntgabe anlaufende dreimonatige Ausschlussfrist (Abs. 1) sowie auf die Folgen, die sich aus der Anrechnung der berufsmäßig oder freiwillig geleisteten Zeiten in bezug auf die Gewährung eines Treuegeldes ergeben können (Abs. 2), ausdrücklich hinzuweisen.

Wiesbaden, 13. 8. 1962

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
IIIg — I/2198 — 156.03

StAnz. 38/1962 S. 1281

1062

Personalmeldungen

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum Polizeihauptkommissar Polizeioberkommissar (BaL) Philipp Keller, EdL Darmstadt (17. 4. 1962);

in den Ruhestand getreten:

Polizeioberkommissar (BaL) Friedrich Klein, PVB Butzbach (1. 4. 1962);

entlassen:

Polizeikommissar (BaL) Adam Brehm, PK Darmstadt (23. 5. 1962);

e) Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum Polizeioberkommissar Polizeikommissar (BaL) Martin Weimer, PK Hofgeismar (27. 4. 1962);

in den Ruhestand getreten:

Polizeioberkommissar (BaL) Franz Leers, PK Hofgeismar (1. 7. 1962);

e) Bereitschaftspolizei

ernannt:

zum Polizeidirektor Polizeioberkommissar (BaL) Karl-Heinz Siebold (29. 6. 1962);

zum Polizeioberkommissar die Polizeikommissare (BaL) Karl Heinz Schlömer (25. 5. 1962); Günther Hansche (30. 5. 1962); Helmut Schmid (30. 5. 1962);

zum Polizeikommissar die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Gerhard Kastl (27. 4. 1962); Wolfgang Schapiro (27. 4. 1962); Polizeihauptwachtmeister (BaP) Hieronym Stokowski (27. 4. 1962);

zum Polizeiobermeister Polizeimeister (BaL) Adam Meub (27. 4. 1962);

zum Polizeimeister Polizeihauptwachtmeister (BaL) Johann Dahm (27. 4. 1962);

zum Polizeihauptwachtmeister die Polizeioberwachtmeister (BaP) Roland Seibel (13. 4. 1962); Wolfram Schikora (30. 5. 1962); Hans-Jürgen Pfennig (29. 6. 1962); Willi Wege (29. 6. 1962);

zum Polizeioberwachtmeister die Polizeiwachtmeister (BaP) Otto Erbe (13. 4. 1962); Hans-Joachim Kemnade (13. 4. 1962); Theoderich Scheld (13. 4. 1962); Erich Lange (19. 4. 1962); Werner Walsch (19. 4. 1962); Hans-Dieter Menzel (26. 4. 1962); Siegfried Reuther (26. 4. 1962); Ullrich Hajok (27. 4. 1962); Karl-Heinz Hirsch (27. 4. 1962); Heinrich Rode (27. 4. 1962); Dieter Schelberg (27. 4. 1962); Bernd Elsner (30. 4. 1962); Franz Halft (30. 4. 1962); Horst Nies (30. 4. 1962); Hans Weber (30. 4. 1962); Gerhard Grüning (29. 5. 1962); Hellmut Feyh (30. 5. 1962); Axel Franke (30. 5. 1962); Hans-Jürgen Kiselowsky (30. 5. 1962); Rainer Schaub (30. 5. 1962); Volker Schilling (30. 5. 1962); Walter Pickhardt (30. 5. 1962); Karl Wilhelm Schleusener (20. 6. 1962); Walter Ise (26. 6. 1962); Rainer Patzek (26. 6. 1962); Dieter Gärtner (27. 6. 1962); Horst Kothe (27. 6. 1962); Dietmar Kühn (27. 6. 1962); Reiner Sohl (27. 6. 1962); Werner Lacalli (29. 6. 1962); Wilhelm Pfirsch (29. 6. 1962); Dieter Koch (30. 6. 1962); Johann Willi Hellerbach (23. 7. 1962); Rudolf Reiländer (23. 7. 1962); Klaus Wehrle (23. 7. 1962); Lothar Metzner (24. 7. 1962); Franz Philipp (24. 7. 1962); Hansgeorg Korczack (25. 7. 1962); Otto Sandner (25. 7. 1962); Edwin Simon (25. 7. 1962); Klaus Christ (26. 7. 1962); Gerhard Dorn (26. 7. 1962); Paul Horn (27. 7. 1962); Bernhard Malkmus (27. 7. 1962); Hans Heit (28. 7. 1962); Klaus Arnold (30. 7. 1962); Burckhard Balduff (30. 7. 1962); Ernst Büscher (30. 7. 1962); Peter Hedrich (30. 7. 1962); Werner Jung (30. 7. 1962); Rupert Lang (30. 7. 1962); Kurt Menzel (30. 7. 1962); Hans Erich Rasch (30. 7. 1962); Karlheinz Rieb (30. 7. 1962); Reinhard Roskosz (30. 7. 1962); Klaus Schmidt (30. 7. 1962); Helmut Strusch (30. 7. 1962); Manfred Taube (30. 7. 1962); Werner Vogt (30. 7. 1962); Walter Walik (30. 7. 1962); Klaus Dieter Gillmann (31. 7. 1962); Jürgen Koch (31. 7. 1962); Christian Röder (31. 7. 1962);

zum Polizeiwachtmeister (BaP) Werner Abram, Richard Albert, Hans Beilstein, Friedhelm Berghäuser, Dieter Both, Reinhard Brack, Peter Dillmann, Michael Drucker, Klaus Düding, Gerhard Duksch, Jürgen Erstfeld, Manfred Fritz, Volker Gerhold, Jochem Göpel, Ralf Görner, Karl Josef Graf, Klaus Großklaß, Gerhard Gruner, Walter Guntrum, Diether Hahn, Wolfgang Hartel, Helmut Heck, Helmut Heckler, Horst Heep, Günther Heger, Holger Henkel, Detlef Heuss, Klaus Höffchen, Horst Hofmann, Bernd Horn, Günter Humpf, Heinz Katschke, Walter Kayser, Ernst Ullrich Kindervater, Jürgen Knies, Hansheinrich Köhler, Arnold Körner, Wilfried Kripp, Werner Kucharzewski, Bodo Kümmel, Norbert Künzel, Peter Kuhke, Heinz Lecher, Werner Lecher, Harald Leucht, Hartmut Lewitzki, Horst Lipfert, Edgar Lockstedt, Wolfgang Lutz, Folkhart Mank, Norbert Markel, Gerd Meerfeld, Eberhard Moors, Wilfried Moxter, Herbert Müller, Joachim Müller, Robert Müller, Ulrich Müller, Jürgen Oberst, Hans Dieter Pfeifer, Georg Philipps, Gerhard Puff, Wilfried Rabe, Peter Reusch, Albrecht Rück, Hans-Joachim Salzmann, Klaus Säuberlich, Hans-Jörg Seeberger, Karl-Heinz Sell, Peter Siegel, Friedhelm Skodzick, Hans-Jörg Sudheimer, Erwin Schade, Harri Schäfer, Wolfgang Schaumburg, Hans Jürgen Schermuly, Kurt Schimmer, Franz Schindler, Bernhard Schneider, Karl-Heinz Schneider, Horst Schnepfer, Erhard Scholze, Adolf Schürg, Bernd Schütz, Robert Schuh, Heinrich Schulte, Heinz Schwarz, Karl Ulrich Schweiker, Winfried Schwinn, Friedrich Ständer, Jürgen Storm, Siegfried Tettenborn, Wilfried Wagner, Heinz Walther, Klaus Wegmann, Wilfried Wenzel, Gunnar Wesse, Paul Westhoff, Rolf Wilkopp, Karl-Heinz Wirth, Werner Witte, Dieter Zöller (sämtlich 29. 6. 1962); Arno Wedel (2. 7. 1962);

ernannt zum Beamten auf Lebenszeit:
die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Karl-Heinz Hering (10. 7. 1962); Botho Krajnyak (12. 7. 1962);

in den Ruhestand getreten:
Polizeidirektor (BaL) Ferdinand Schlitt (1. 4. 1962);

entlassen:

Polizeiobermeister (BaL) Franz Kaltenbach (27. 4. 1962);
Polizeimeister (BaL) Karl Groß (1. 6. 1962);
Polizeihauptwachtmeister (BaK) Gerhard Markus (1. 4. 1962);
die Polizeiwachtmeister (BaK) Willi Friedrich Aubel (1. 4. 1962);
Udo Eichler (1. 4. 1962); Hans-Joachim König (1. 4. 1962);
Klaus Nebhut (1. 4. 1962); Manfred Schulz (1. 4. 1962);
Klaus Tabery (1. 4. 1962); Jürgen Wagner (1. 4. 1962);
Arno Wedel (1. 4. 1962); Wolfgang Weigt (1. 4. 1962);
Joachim Weniger (1. 4. 1962);
die Polizeiwachtmeister (BaP) Freimut Gutzeit (16. 4. 1962); Horst Höhne (16. 4. 1962);
Emmerich Martin (16. 4. 1962); Peter Pölath (16. 4. 1962);
Ewald Weipert (16. 4. 1962); Jürgen Eißler (1. 5. 1962);
Erhard Jerdzetzke (1. 5. 1962); Klaus Mensch (1. 5. 1962);
Arnim Otto (1. 5. 1962); Kurt Skodzick (1. 5. 1962);
Harald Handke (16. 5. 1962); Dietfried Heinisch (16. 5. 1962);
Norbert Fuchs (1. 6. 1962); Manfred Vieth (1. 6. 1962); Robert Volkmann (1. 6. 1962); Harald Zinkler (1. 6. 1962);
Karl-Heinz Bachmann (1. 7. 1962); Gerd Damm (1. 7. 1962);
Ottwin Just (1. 7. 1962); Reiner Schönfelder (1. 7. 1962);
Werner Schoofs (1. 7. 1962); Harald Steinbrecher (1. 7. 1962);
Gerhard Wagner (1. 7. 1962); Günter Wunsch (1. 7. 1962);
Peter Zepp (1. 7. 1962);

Polizeischule

ernannt:

zum Polizeirat Polizeihauptkommissar (BaL) Karl Hill (30. 7. 1962);
zum Polizeihauptkommissar Polizeioberkommissar (BaL) Jakob Schneider (30. 5. 1962);
zum Polizeioberkommissar Polizeikommissar (BaL) Richard Braun (30. 5. 1962);
zum Polizeikommissar Polizeihauptwachtmeister (BaL) Gerhard Marquardt (27. 4. 1962);
zum Polizeimeister Polizeihauptwachtmeister (BaL) Josef Pietrek (18. 4. 1962);
zum Beamten auf Lebenszeit Regierungsobersekretär (BaP) Horst Doering (3. 5. 1962);

Landeskriminalamt

ernannt:

zum Oberregierungsmedizinalrat Regierungsmedizinalrat (BaL) Dr. Dr. Gerhard Vogel (24. 7. 1962);
zum Kriminalmeister (BaP) der Angestellte Hans Joachim Völlinger (2. 5. 1962);

Wasserschutzpolizei

ernannt:

zum Polizeihauptwachtmeister die Polizeioberwachtmeister (BaP) Hans Jährling (19. 4. 1962); Harald Kugeler (19. 4. 1962); Peter Lösel (19. 4. 1962); Karl Kunz (27. 7. 1962);
die Polizeiwachtmeister (BaP) Otmar Mißkampff (19. 4. 1962); Fritz Klein (26. 7. 1962);

Fernmeldeleitstelle der Hess. Polizei

ernannt:

zum Polizeimeister Polizeihauptwachtmeister (BaL) Werner Reitz (27. 4. 1962);
zum Polizeihauptwachtmeister die Polizeioberwachtmeister (BaP) Manfred Bloss (13. 4. 1962); Leopold Seidler (13. 4. 1962); Peter Walleneit (13. 4. 1962);

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hess. Polizei

ernannt:

zum Regierungsobersekretär Regierungssekretär (BaP) Helmut Bachmann (30. 5. 1962);

entlassen:

Regierungssekretär (BaP) Adam Knierim (2. 4. 1962).

Wiesbaden, 7. 9. 1962

Der Hessische Minister des Innern
IIIc 4 — 8 b 06

StAnz. 38/1962 S. 1281

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

ernannt:

a) Ministerium

zum Ministerialrat Regierungsdirektor (BaL) Alfred Schade (1. 7. 1962);

zum Regierungsdirektor Oberregierungsrat (BaL) Dr. Fritz Klippert (1. 7. 1962);

zum Oberregierungsrat die Regierungsräte (BaL) Klaus Bresse (1. 8. 1962); Günter Knöß (1. 8. 1962); Joachim Köhn (1. 8. 1962);

zum Regierungsrat Amtsrat (BaL) Hanns Stramitzer (1. 7. 1962);

zum Amtsrat die Regierungsamtmänner (BaL) Horst Beyerstedt (1. 4. 1962); Erich Jentsch (1. 7. 1962); Willi Zimmermann (1. 7. 1962);

zum Regierungsamtmann die Regierungsoberinspektoren (BaL) Otto Gross (1. 4. 1962); Franz Klug (1. 6. 1962); Georg Heusel (1. 6. 1962);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor (BaL) Karl-Heinz Steffan (1. 4. 1962);

zum Regierungsinspektor (BaL) Regierungsobersekretär (BaK) Dieter Blöcher (1. 5. 1962);

zum Regierungssekretär (BaP) der Verwaltungsangestellte Ernst Maurer (1. 8. 1962);

d) Staatliche Kassenverwaltung

zum Amtsrat Regierungsamtmann (BaL) Wilhelm Edelmann (1. 4. 1962);

zum Regierungsamtmann die Regierungsoberinspektoren (BaL) Michael Schnellbacher (1. 4. 1962); Friedrich Mindt (1. 5. 1962);

zum Regierungsbauamtmann Regierungsoberbauinspektor (BaL) Richard Jud (1. 4. 1962);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor (BaL) Rudolf Immelt (1. 6. 1962);

zum Regierungsinspektor Regierungssekretär (BaK) Heinz Vogler (1. 9. 1962);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär (BaL) Heinrich Ruppel (1. 4. 1962);

zum Regierungsobersekretär Regierungssekretär (BaL) Rudolf Paul (1. 7. 1962);

f) Hessische Finanzschule Rotenburg

zum Regierungsrat (BaL) Regierungsassessor (BaW) Richard Burkholz (1. 6. 1962);

in den Ruhestand versetzt:

a) Ministerium

Amtsrat Friedrich Stöppler (1. 6. 1962); Regierungsamtmann Heinrich Treiber (1. 6. 1962);

d) Staatliche Kassenverwaltung

Regierungsrat Franz Maier (1. 5. 1962); Regierungsoberinspektor Karl Geiß (1. 7. 1962); Regierungsobersekretär Ernst Kiel (1. 9. 1962);

i) Hessische Staatsbäderverwaltung

Regierungsbauamtmann Wilhelm Schäfer (1. 6. 1962); Regierungsobersekretärin Lina Henes (1. 8. 1962);

entlassen:

a) Ministerium

Ministerialrat Wilhelm Kröner (1. 6. 1962).

Wiesbaden, 7. 9. 1962

Der Hessische Minister der Finanzen

P 1400 A — 26 — I 21

St.Anz. 38/1962 S. 1283

b) Oberfinanzdirektion

ernannt:

zum Steueramtmann (BaL) die Steueroberinspektoren Heinrich Roth (1. 7. 1962); Wilhelm Heil (1. 8. 1962);

zum Steuersekretär (BaL) Vertragsangestellter Bernard Buch (1. 8. 1962);

Steuerverwaltung

ernannt:

zum Regierungsrat (BaL) Regierungsassessor (BaW) Fritz Lehmann, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 1962);
zum Regierungsrat (BaP) Regierungsassessor (BaW) Manfred Speck, FA Darmstadt (1. 7. 1962);

zum Steuerrat (BaL) die Steueramtmänner Karl Deichmann, Offenbach-Land (1. 8. 1962); Ewald Lenz, Frankfurt (Main)-Börse (1. 8. 1962); Ernst Ludwig, Kassel-Spohrstraße (1. 8. 1962); Willy Pauls, Gießen (1. 8. 1962); Walter Reppe, Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 8. 1962);

zum Steueroberinspektor (BaL) die Steuerinspektoren Karl Backfisch, Darmstadt (1. 7. 1962); Friedrich Becker, Dieburg (1. 7. 1962); Heinzjörg Berghoff, Frankfurt (Main)-Börse (1. 7. 1962); Konrad Bock, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Erwin Cadina, Offenbach-Land (1. 7. 1962); Joachim Friebe, Frankfurt, Hamburger Allee (1. 7. 1962); Rudolf Gärth, Limburg (1. 7. 1962); Herbert Groth, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Hans Havelka, Groß-Gerau (1. 7. 1962); Hugo Hübl, Gelnhausen (1. 7. 1962); Josef Jahn, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Ludwig Jakob, Frankfurt, Hamburger Allee (1. 7. 1962); Helmut Kirchner, Hanau (1. 7. 1962); Georg Manns, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Ernst Müller, Fulda (1. 7. 1962); Kurt Pitzer, Frankfurt, Hamburger Allee (1. 7. 1962); William Pollak, Hanau (1. 7. 1962); Hans Quentin, Rotenburg (1. 7. 1962); Heinz Rosenthal, Witzhausen (1. 7. 1962); Anton Settels, Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 7. 1962); Karl-Heinz Schade, Kassel, Spohrstraße (1. 7. 1962); Fritz Schade, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Emil Schader, Darmstadt (1. 7. 1962); Helmut Schlöffel, Kassel, Spohrstraße (1. 7. 1962); Jakob Trumpf-

heller, Dieburg (1. 7. 1962); Werner Voltz, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Georg Wagner, Dieburg (1. 7. 1962); Friedrich Wich, Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 7. 1962); Karl Awenius, Michelstadt (1. 8. 1962); Erich Burghammer, Wetzlar (1. 8. 1962); Rudolf Deweil, Frankfurt, Taunustor (1. 8. 1962); Herbert Ebert, Eschwege (1. 8. 1962); Hans-Joachim Elsner, Gelnhausen (1. 8. 1962); Helmut Frank, Darmstadt (1. 8. 1962); Herbert Graf, Nidda (1. 8. 1962); Gerhard Hilger, Groß-Gerau (1. 8. 1962); Werner Hofmann, Frankfurt, Stiftstraße (1. 8. 1962); Kurt Keil, Marburg (1. 8. 1962); Wilfried Klapproth, Friedberg (1. 8. 1962); Hans Klenner, Michelstadt (1. 8. 1962); Karl Klingl, Frankfurt, Börse (1. 8. 1962); Alfred Lässig, Fulda (1. 8. 1962); Horst Lehmann, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962); Josef Lein, Offenbach-Stadt (1. 8. 1962); Edmund Müller, Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 8. 1962); Martin Neu, Frankfurt, Börse (1. 8. 1962); Edwin Pretzlaff, Frankfurt, Stiftstraße (1. 8. 1962); Willibald Sommer, Offenbach-Land (1. 8. 1962); Horst Schumann, Hofgeismar (1. 8. 1962); Walter Thiergärtner, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962); Lothar Tönsmann, Bad Hersfeld (1. 8. 1962); Heinz Volkwein, Kassel, Goethestr. (1. 8. 1962); Karl Walther, Frankfurt, Stiftstraße (1. 8. 1962); Hermann Wörl, Dieburg (1. 8. 1962); Kurt Zahn, Fulda (1. 8. 1962);

zum Steuerhauptsekretär (BaL) die Steuerobersekretäre Georg Berg, Fürth (Odw.) (1. 7. 1962); Rudolf Brüß, Korbach (1. 7. 1962); Viktor Dömel, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Klaus Dümmler, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Paul Gierke, Homberg (1. 7. 1962); Kurt Melpert, Ziegenhain (1. 7. 1962); Willi Seikel, Melsungen (1. 7. 1962); Johannes Schröder, Frankenberg (1. 7. 1962); Ferdinand Schwalm, Homberg (1. 7. 1962); Georg Tannhäuser, Wetzlar (1. 7. 1962); Erich Thieme, Michelstadt (1. 7. 1962);

zum Steuerobersekretär (BaL) die Steuersekretäre Gustav Brübach, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Wilhelm Fröhlich, Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 7. 1962); Erhard Haag, Bad Homburg (1. 7. 1962); Fritz Hensel, Nidda (1. 7. 1962); Georg Holzapfel, Friedberg (1. 7. 1962); Victor Jonik, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Herbert Kaiser, Langen (1. 7. 1962); Otto Klas, Gießen (1. 7. 1962); Friedrich Linz, Hanau (1. 7. 1962); Erich Longwitz, Frankenberg (1. 7. 1962); Richard Nordmann, Frankfurt-Höchst (1. 7. 1962); Engelbert Richter, Friedberg (1. 7. 1962); Heinrich Seemann, Bensheim (1. 7. 1962); Rudolf Seifert, Offenbach-Stadt (1. 7. 62); Adolf Schneider, Offenbach-Stadt (1. 7. 1962); Edmund Unger, Limburg (1. 7. 1962); Friedrich Weber, Darmstadt (1. 7. 1962); Walter Werner, Gelnhausen (1. 7. 1962); Käte Engel, Korbach (1. 7. 1962); Gerhard Lindner, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962);

zum Steuerhauptsekretär (BaL) die Steuerobersekretäre Georg Berg, Fürth (Odw.) (1. 7. 1962); Rudolf Brüß, Korbach (1. 7. 1962); Viktor Dömel, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Klaus Dümmler, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Paul Gierke, Homberg (1. 7. 1962); Kurt Melpert, Ziegenhain (1. 7. 1962); Willi Seikel, Melsungen (1. 7. 1962); Johannes Schröder, Frankenberg (1. 7. 1962); Ferdinand Schwalm, Homberg (1. 7. 1962); Georg Tannhäuser, Wetzlar (1. 7. 1962); Erich Thieme, Michelstadt (1. 7. 1962);

zum Steuerobersekretär (BaL) die Steuersekretäre Gustav Brübach, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Wilhelm Fröhlich, Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 7. 1962); Erhard Haag, Bad Homburg (1. 7. 1962); Fritz Hensel, Nidda (1. 7. 1962); Georg Holzapfel, Friedberg (1. 7. 1962); Victor Jonik, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Herbert Kaiser, Langen (1. 7. 1962); Otto Klas, Gießen (1. 7. 1962); Friedrich Linz, Hanau (1. 7. 1962); Erich Longwitz, Frankenberg (1. 7. 1962); Richard Nordmann, Frankfurt-Höchst (1. 7. 1962); Engelbert Richter, Friedberg (1. 7. 1962); Heinrich Seemann, Bensheim (1. 7. 1962); Rudolf Seifert, Offenbach-Stadt (1. 7. 62); Adolf Schneider, Offenbach-Stadt (1. 7. 1962); Edmund Unger, Limburg (1. 7. 1962); Friedrich Weber, Darmstadt (1. 7. 1962); Walter Werner, Gelnhausen (1. 7. 1962); Käte Engel, Korbach (1. 7. 1962); Gerhard Lindner, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962);

zum Steuerhauptsekretär (BaL) die Steuerobersekretäre Georg Berg, Fürth (Odw.) (1. 7. 1962); Rudolf Brüß, Korbach (1. 7. 1962); Viktor Dömel, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Klaus Dümmler, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Paul Gierke, Homberg (1. 7. 1962); Kurt Melpert, Ziegenhain (1. 7. 1962); Willi Seikel, Melsungen (1. 7. 1962); Johannes Schröder, Frankenberg (1. 7. 1962); Ferdinand Schwalm, Homberg (1. 7. 1962); Georg Tannhäuser, Wetzlar (1. 7. 1962); Erich Thieme, Michelstadt (1. 7. 1962);

zum Steuerobersekretär (BaL) die Steuersekretäre Gustav Brübach, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Wilhelm Fröhlich, Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 7. 1962); Erhard Haag, Bad Homburg (1. 7. 1962); Fritz Hensel, Nidda (1. 7. 1962); Georg Holzapfel, Friedberg (1. 7. 1962); Victor Jonik, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Herbert Kaiser, Langen (1. 7. 1962); Otto Klas, Gießen (1. 7. 1962); Friedrich Linz, Hanau (1. 7. 1962); Erich Longwitz, Frankenberg (1. 7. 1962); Richard Nordmann, Frankfurt-Höchst (1. 7. 1962); Engelbert Richter, Friedberg (1. 7. 1962); Heinrich Seemann, Bensheim (1. 7. 1962); Rudolf Seifert, Offenbach-Stadt (1. 7. 62); Adolf Schneider, Offenbach-Stadt (1. 7. 1962); Edmund Unger, Limburg (1. 7. 1962); Friedrich Weber, Darmstadt (1. 7. 1962); Walter Werner, Gelnhausen (1. 7. 1962); Käte Engel, Korbach (1. 7. 1962); Gerhard Lindner, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962);

zum Steuerhauptsekretär (BaL) die Steuerobersekretäre Georg Berg, Fürth (Odw.) (1. 7. 1962); Rudolf Brüß, Korbach (1. 7. 1962); Viktor Dömel, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Klaus Dümmler, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Paul Gierke, Homberg (1. 7. 1962); Kurt Melpert, Ziegenhain (1. 7. 1962); Willi Seikel, Melsungen (1. 7. 1962); Johannes Schröder, Frankenberg (1. 7. 1962); Ferdinand Schwalm, Homberg (1. 7. 1962); Georg Tannhäuser, Wetzlar (1. 7. 1962); Erich Thieme, Michelstadt (1. 7. 1962);

zum Steuerobersekretär (BaL) die Steuersekretäre Gustav Brübach, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Wilhelm Fröhlich, Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 7. 1962); Erhard Haag, Bad Homburg (1. 7. 1962); Fritz Hensel, Nidda (1. 7. 1962); Georg Holzapfel, Friedberg (1. 7. 1962); Victor Jonik, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Herbert Kaiser, Langen (1. 7. 1962); Otto Klas, Gießen (1. 7. 1962); Friedrich Linz, Hanau (1. 7. 1962); Erich Longwitz, Frankenberg (1. 7. 1962); Richard Nordmann, Frankfurt-Höchst (1. 7. 1962); Engelbert Richter, Friedberg (1. 7. 1962); Heinrich Seemann, Bensheim (1. 7. 1962); Rudolf Seifert, Offenbach-Stadt (1. 7. 62); Adolf Schneider, Offenbach-Stadt (1. 7. 1962); Edmund Unger, Limburg (1. 7. 1962); Friedrich Weber, Darmstadt (1. 7. 1962); Walter Werner, Gelnhausen (1. 7. 1962); Käte Engel, Korbach (1. 7. 1962); Gerhard Lindner, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962);

zum Steuerhauptsekretär (BaL) die Steuerobersekretäre Georg Berg, Fürth (Odw.) (1. 7. 1962); Rudolf Brüß, Korbach (1. 7. 1962); Viktor Dömel, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Klaus Dümmler, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Paul Gierke, Homberg (1. 7. 1962); Kurt Melpert, Ziegenhain (1. 7. 1962); Willi Seikel, Melsungen (1. 7. 1962); Johannes Schröder, Frankenberg (1. 7. 1962); Ferdinand Schwalm, Homberg (1. 7. 1962); Georg Tannhäuser, Wetzlar (1. 7. 1962); Erich Thieme, Michelstadt (1. 7. 1962);

zum Steuerobersekretär (BaL) die Steuersekretäre Gustav Brübach, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Wilhelm Fröhlich, Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 7. 1962); Erhard Haag, Bad Homburg (1. 7. 1962); Fritz Hensel, Nidda (1. 7. 1962); Georg Holzapfel, Friedberg (1. 7. 1962); Victor Jonik, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Herbert Kaiser, Langen (1. 7. 1962); Otto Klas, Gießen (1. 7. 1962); Friedrich Linz, Hanau (1. 7. 1962); Erich Longwitz, Frankenberg (1. 7. 1962); Richard Nordmann, Frankfurt-Höchst (1. 7. 1962); Engelbert Richter, Friedberg (1. 7. 1962); Heinrich Seemann, Bensheim (1. 7. 1962); Rudolf Seifert, Offenbach-Stadt (1. 7. 62); Adolf Schneider, Offenbach-Stadt (1. 7. 1962); Edmund Unger, Limburg (1. 7. 1962); Friedrich Weber, Darmstadt (1. 7. 1962); Walter Werner, Gelnhausen (1. 7. 1962); Käte Engel, Korbach (1. 7. 1962); Gerhard Lindner, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962);

zum Steuerhauptsekretär (BaL) die Steuerobersekretäre Georg Berg, Fürth (Odw.) (1. 7. 1962); Rudolf Brüß, Korbach (1. 7. 1962); Viktor Dömel, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Klaus Dümmler, Bad Hersfeld (1. 7. 1962); Paul Gierke, Homberg (1. 7. 1962); Kurt Melpert, Ziegenhain (1. 7. 1962); Willi Seikel, Melsungen (1. 7. 1962); Johannes Schröder, Frankenberg (1. 7. 1962); Ferdinand Schwalm, Homberg (1. 7. 1962); Georg Tannhäuser, Wetzlar (1. 7. 1962); Erich Thieme, Michelstadt (1. 7. 1962);

zum Steuerobersekretär (BaL) die Steuersekretäre Gustav Brübach, Kassel, Goethestraße (1. 7. 1962); Wilhelm Fröhlich, Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 7. 1962); Erhard Haag, Bad Homburg (1. 7. 1962); Fritz Hensel, Nidda (1. 7. 1962); Georg Holzapfel, Friedberg (1. 7. 1962); Victor Jonik, Frankfurt, Taunustor (1. 7. 1962); Herbert Kaiser, Langen (1. 7. 1962); Otto Klas, Gießen (1. 7. 1962); Friedrich Linz, Hanau (1. 7. 1962); Erich Longwitz, Frankenberg (1. 7. 1962); Richard Nordmann, Frankfurt-Höchst (1. 7. 1962); Engelbert Richter, Friedberg (1. 7. 1962); Heinrich Seemann, Bensheim (1. 7. 1962); Rudolf Seifert, Offenbach-Stadt (1. 7. 62); Adolf Schneider, Offenbach-Stadt (1. 7. 1962); Edmund Unger, Limburg (1. 7. 1962); Friedrich Weber, Darmstadt (1. 7. 1962); Walter Werner, Gelnhausen (1. 7. 1962); Käte Engel, Korbach (1. 7. 1962); Gerhard Lindner, Frankfurt-Höchst (1. 8. 1962);

zum Steuersekretär (BaL) die apl. Steuersekretäre (BaW) Karl Engelbrecht, Kassel, Spohrstraße (6. 8. 1962); Klaus Deicke, Frankfurt, Taunustor (7. 8. 1962); Rudolf Lux, Frankfurt, Taunustor (7. 8. 1962); Hanns-Eberh. Geis, Wiesbaden, Mainzer Straße (20. 8. 1962);

zum Steuersekretär (BaP) die apl. Steuersekretäre (BaW) Norbert Heiß, Offenbach-Stadt (6. 8. 1962); Philipp Jakobi, Gießen (7. 8. 1962); Hugo Kremser, Kassel, Goethestraße (7. 8. 1962); Dietmar Lesch, Frankfurt, Taunustor (7. 8. 62); Erich Mohr, Gießen (7. 8. 1962); Rolf Starck, Gießen (8. 8. 1962); Wilhelm Hahn, Kassel, Goethestraße (13. 8. 1962); Josef Schilder, Kassel, Spohrstraße (6. 8. 1962);

ernannt und berufen:

zum Steuerinspektor (BaL) Vertragsangestellter (Steuerinspektor z. Wv.) Franz Rimpfel, Frankfurt, Taunustor (20. 7. 1962); Vertragsangestellter (Steuerinspektor z. Wv.) Friedrich Vieth, Wetzlar (30. 7. 1962); Vertragsangestellter Fritz Simon, Gießen (1. 8. 1962); Vertragsangestellter Kurt Linsler, Kassel, Spohrstraße (3. 8. 1962); Vertragsangestellter Philipp Muth, Gelnhausen (3. 8. 1962); Vertragsangestellter Karl Schlegel, Darmstadt (3. 8. 1962); Vertragsangestellter Walter Schmidt, Wiesbaden, Mainzer Straße (3. 8. 1962); Vertragsangestellter Wilhelm Sturm, Darmstadt (3. 8. 1962); Vertragsangestellter Ernst Nowack (15. 8. 1962);

zum Steuersekretär (BaL) die Vertragsangestellten Heinrich Geyer, Dillenburg (27. 7. 1962); Otto Lambmann, Nidda (27. 7. 1962); Hans Weber, Rüdeshheim (27. 7. 1962); Hans Happ, Rüdeshheim (30. 7. 1962); Hans Harder, Homberg (30. 7. 1962); Hans Jäger, Witzenhausen (30. 7. 1962); Ewald Keller, Dillenburg (30. 7. 1962); Georg Lortz, Dieburg (30. 7. 1962); Hermann Schwing, Nidda (30. 7. 1962); Konrad Wetterau, Melsungen (30. 7. 1962); Fritz Arndt, Frankfurt, Hamburger Allee (31. 7. 1962); Ernst Keil, Wiesbaden, Herrngartenstraße (31. 7. 1962); Fritz Reuber, Hofgeismar (31. 7. 1962); Peter Reuber, Hofgeismar (31. 7. 1962); Wilhelm Schmitt, Dieburg (31. 7. 1962); Heinrich Schlossarek, Frankfurt, Börse (1. 8. 1962); Artur Cilius, Biedenkopf (2. 8. 1962); Lothar Holz, Darmstadt (2. 8. 1962); Karl Sell, Darmstadt (2. 8. 1962); Hans Weber, Korbach (2. 8. 1962); Otto Arbing, Gießen (3. 8. 1962); Josef Becker, Gießen (3. 8. 1962); Willi Herbst, Gießen (3. 8. 1962); Alfons Hiergeist, Frankfurt, Hamburger Allee (3. 8. 1962); Kurt Kannengießer, Witzenhausen (3. 8. 1962); Paul Knoblich, Homberg (3. 8. 1962); Karl Mangel, Kassel, Goethestraße (3. 8. 1962); Walter Mondsech, Gießen (3. 8. 1962); Heinrich Nehrass, Gießen (3. 8. 1962); Georg Röder, Gießen (3. 8. 1962); Ernst Schäfer, Gießen (3. 8. 1962); Richard Schäfer, Gießen (3. 8. 1962); Karl Wenzel, Gießen (3. 8. 1962); Walter Bartzsch, Eschwege (6. 8. 1962); Willy Dorgerloh, Kassel, Goethestraße (6. 8. 1962); Karl Dornbusch, Nidda (6. 8. 1962); Fritz Haßler, Homberg (6. 8. 1962); Willi Hofmann, Frankfurt-Höchst (6. 8. 1962); Kurt Janz, Frankfurt, Hamburger Allee (6. 8. 1962); Karl Köhler, Friedberg (6. 8. 1962); Walter Lorenz, Homberg (6. 8. 1962); Wilhelm Lorenz, Gießen (6. 8. 1962); Wilhelm Philipp, Korbach (6. 8. 1962); Heinrich Range, Kassel, Goethestraße (6. 8. 1962); Friedrich Seibel, Frankfurt-Höchst (6. 8. 1962); Wilhelm Schäfer, Korbach (6. 8. 1962); Karl Voigt, Kassel, Goethestraße (6. 8. 1962); Alfred Burkard, Kassel, Goethestraße (7. 8. 1962); Alfred Heimann, Biedenkopf (7. 8. 1962); Bruno Münch, Kassel, Goethestraße (7. 8. 1962); Herbert Spohr, Korbach (7. 8. 1962); Wilhelm Telenius, Korbach (8. 8. 1962); Hans Borrmann, Limburg (13. 8. 1962); Albert Greif, Frankfurt-Höchst (13. 8. 1962); Otto Kopp, Gelnhausen (13. 8. 1962); Gerhard Lehmann, Frankfurt-Höchst (13. 8. 1962); Horst Dyck, Wetzlar (14. 8. 1962); Alois Eger, Groß-Gerau (14. 8. 1962); Wilhelm Fischer, Ziegenhain (14. 8. 1962); Theodor Grodtke, Wetzlar (14. 8. 1962); Ernst Göhringer, Wetzlar (14. 8. 1962); Anton Kassnitz, Wetzlar (14. 8. 1962); Peter Möller, Homberg (14. 8. 1962); Otto Müller, Wetzlar (14. 8. 1962); Artur Mundt, Darmstadt (14. 8. 1962); Max Rohde, Gelnhausen (14. 8. 1962); Traugott Ruch, Bad Hersfeld (14. 8. 1962); Otto Segebrecht, Darmstadt (14. 8. 1962); Hermann Schmidt, Wetzlar (14. 8. 1962); Alfred Schmidt, Wetzlar (14. 8. 1962); Walter Schwesig, Wetzlar (14. 8. 1962); Otto Thielmann, Wetzlar (14. 8. 1962); Wilhelm Trautwein, Darmstadt (14. 8. 1962); Wilhelm Risse, Frankfurt, Hamburger Allee (15. 8. 1962); Josef Wenz, Limburg

(15. 8. 1962); Erich Beder, Darmstadt (16. 8. 1962); Martin Borrmann, Gelnhausen (16. 8. 1962); Wilhelm Breunig, Michelstadt (16. 8. 1962); Otto Eckhardt, Wetzlar (16. 8. 1962); Julius Geppert, Michelstadt (16. 8. 1962); Johannes Gribat, Offenbach-Land (16. 8. 1962); Emmeram Mayer, Kassel, Spohrstraße (16. 8. 1962); Paul-Friedrich Prieß, Offenbach-Land (20. 8. 1962); Willy Bender, Groß-Gerau (21. 8. 1962); Otto Laue, Frankfurt, Stiftstraße (22. 8. 1962); Kurt Müller, Gießen (23. 8. 1962); Georg Pisker, Gießen (23. 8. 1962); Heinrich Conradi, Offenbach-Stadt (24. 8. 1962); Eduard Glass, Darmstadt (24. 8. 1962);

zum Steuersekretär (BaP) die Vertragsangestellten Johannes Rambach, Frankfurt, Börse (30. 7. 1962); Karl Knäble, Frankfurt, Hamburger Allee (1. 8. 1962);

zum apl. Steuersekretär (BaP) die Vertragsangestellten Barbara Abel, Rüdeshheim (13. 7. 1962); Horst Berthold, Frankfurt-Höchst (13. 7. 1962); Walter Eisenbach, Langen (13. 7. 1962); Reinhold Endlich, Offenbach-Land (13. 7. 1962); Werner Grebe, Fulda (13. 7. 1962); Werner Hild, Weilburg (13. 7. 1962); Gerhard Hoßfeld, Bad Schwalbach (13. 7. 1962); Ulrich Kanapfel, Groß-Gerau (13. 7. 1962); Hermann Keil, Fulda (13. 7. 1962); Karl-Heinz Kerber, Frankfurt, Hamburger Allee (13. 7. 1962); Hans Kessler, Gelnhausen (13. 7. 1962); Wilhelm Kilian, Bensheim (13. 7. 1962); Erich Kirsch, Friedberg (13. 7. 1962); Helmut Koch, Rotenburg (13. 7. 1962); Heinz Köhler, Gießen (13. 7. 1962); Werner Kreck, Dillenburg (13. 7. 1962); Wilhelm Kressmann, Hofgeismar (13. 7. 1962); Ludwig Lehr, Hanau (13. 7. 1962); Roland Leib, Gießen (13. 7. 1962); Wilhelm Lohrmann, Marburg (13. 7. 1962); Erwin Ludwig, Korbach (13. 7. 1962); Horst Lukas, Bad Hersfeld (13. 7. 1962); Georg Merle, Alsfeld (13. 7. 1962); Wilhelm Meyer, Homberg (13. 7. 1962); Erich Mony, Bad Homburg (13. 7. 1962); August Müller, Michelstadt (13. 7. 1962); Reinhard Müller, Darmstadt (13. 7. 1962); Manfred Müller, Darmstadt (24. 8. 1962); Ernst Muth, Limburg (13. 7. 1962); Heinrich Muth, Hanau (13. 7. 1962); Oskar Nitsche, Melsungen (13. 7. 1962); Heinz Sagner, Dieburg (13. 7. 1962); Helmut Sieper, Frankfurt, Stiftstraße (13. 7. 1962); Holger Schmidt, Kassel, Goethestraße (13. 7. 1962); Karl Schmidt, Biedenkopf (13. 7. 1962); Heinrich Steinbrecher, Ziegenhain (13. 7. 1962); Heinz Stück, Eschwege (13. 7. 1962); Eginhard Thomas, Darmstadt (13. 7. 1962); Hans-Joachim Tunnat, Wiesbaden, Mainzer Straße (13. 7. 1962); Rudolf Winkler, Kassel, Goethestraße (13. 7. 1962); Fritz Zarges, Frankenberg (13. 7. 1962);

Staatsbauverwaltung

ernannt

zum Regierungsbaurat (BaP) die Regierungsbauassessoren (BaW) Fritz Becker, Sonderbauamt Darmstadt (1. 7. 1962); Erwin Mahl, Staatsbauamt Gießen-Land (1. 7. 1962); Rudolf Ohde, Staatsbauamt Kassel-Stadt (1. 7. 1962); Siegfried Werner, Staatsbauamt Frankfurt (Main) (1. 7. 1962); Robert Pehl, Staatsbauamt Frankfurt (Main) (1. 8. 1962); zum Regierungsbauassessor (BaP) Regierungsbaureferendar (BaW) Peter Süberkrüb, Staatsbauamt Wiesbaden (1. 8. 1962);

zum Regierungsoberbauinspektor (BaL) Regierungsbauinspektor Klaus Hillbricht, Staatl. Bauleitung Mengeringhausen (1. 7. 1962);

zum Regierungsbauinspektor (BaP) die apl. Regierungsbauinspektoren (BaW) Manfred Grund, Staatsbauamt Darmstadt (20. 7. 1962); Joachim Wrobel, Staatl. Bauleitung Hessisch-Lichtenau (24. 7. 1962);

zum Regierungsobersekretär (BaL) Regierungsssekretär Ernst Weiß, Staatsbauamt Bad Homburg (1. 8. 1962);

ernannt und berufen:

zum Regierungsssekretär (BaL) Vertragsangestellter Kurt Scheunert, Staatsbauamt Hofgeismar (24. 8. 1962);

Verteidigungslastenverwaltung

ernannt und berufen:

zum Regierungsobersekretär (BaL) Vertragsangestellter (Regierungsobersekretär z. Wv.) Albert Ryba, VLA Kassel (1. 10. 1961);

in den Ruhestand getreten:

Steuerverwaltung

Steuerrat Wilhelm Nöll, Eschwege (1. 8. 1962); Steueroberinspektor Karl Trautmann, Frankfurt, Hamburger Allee (1. 8. 1962); Steuerhauptsekretär Heinrich Maurer, Frankenberg (1. 8. 1962); Steuerhauptsekretär Karl Kilp, Ffm.-Höchst (1. 8. 1962); Steuersekretär Willibald Sterner, Frankfurt, Stiftstraße (1. 8. 1962);

in den Ruhestand versetzt:

Steueramtmannt Paul Schlotter, Rüdeshelm (1. 8. 1962).
Frankfurt (Main), 6. 9. 1962

Oberfinanzdirektion Frankfurt (Main)

P 1400 — 50 — St I 82

St.Anz. 38/1962 S. 1283

F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung

a) Ministerium

ernannt

zum Oberschulrat Oberregierungsschulrat Dipl.-Ing. Gerberding (22. 8. 1962);
zum Oberregierungsschulrat Regierungsschulrat Hans Lilinger (20. 6. 1962);
zum Oberregierungsrat Regierungsrat Kurt Münch (31. 7. 1962);
zum Regierungsrat (BaP) Regierungsassessor Reinhold Gengenbach (20. 6. 1962);
zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Bruno Borufka (17. 5. 1962);
zur Regierungsinspektorin (BaP) apl. Regierungsinspektorin Elke Hilker (25. 5. 1962);

b) Philipps-Universität Marburg (Lahn)

ernannt

zum ordentlichen Professor außerordentlicher Professor Dr. Carl Mahr (19. 7. 1962);
zum Wissenschaftlichen Rat (BaP) wiss. Assistent Dr. Martin Klingenberg (16. 7. 1962);
zum Wissenschaftlichen Rat (BaL) außerplanmäßiger Professor Dr. Erich Reigrotzki (1. 8. 1962);
zum Kustos (BaP) Herr Dr. Reinhold Huckriede (3. 7. 1962);
zum Kustos (BaP) wiss. Assistent Dr. Fritz Schäfer (6. 7. 1962);
zum Kustos Gartenbauoberinspektor Dr. Franz Seidel (30. 5. 1962);
zum Hauptwerkmeister (BaP) Handwerkermeister Robert Schneider (1. 8. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Bibliotheksrat Dr. Otto Klapp (21. 8. 1962);
Regierungsobersekretär Oswald Schwarz (23. 7. 1962);

entlassen kraft Gesetzes wegen Übertritt in den Dienst eines anderen öffentlichen Dienstherrn (Niedersächsische Landesbibliothek in Hannover)

Bibliotheksrat Dr. Wilhelm Totok (18. 4. 1962);

entlassen kraft Gesetzes

wegen Übertritt in den Dienst eines anderen öffentlichen Dienstherrn (Universität des Saarlandes) Dozent Dr. Klaus Himmelmann-Wildschütz (1. 4. 1962);
eingewiesen in die Bes.Gr. A 3 HBesG Hausmeister Theodor Nebel (BaP) (1. 7. 1962);

c) Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Main)

ernannt

zum ordentlichen Professor (BaL) seitheriger Dozent an der Universität Tübingen Dr. Dietrich Geyer (19. 7. 1962);
zum ordentlichen Professor (BaL) außerordentlicher Professor Dr. Hans Peter (24. 7. 1962);
zum ordentlichen Professor außerordentlicher Professor Dr. Paul Stücklein (16. 4. 1962);
zum Kustos (BaP) Herr Dr. Ernst Löbenberg (25. 6. 1962);

d) Hochschule für Erziehung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Main)

ernannt

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor Paul Rompel (17. 7. 1962);

e) Justus Liebig-Universität Gießen

ernannt

zum ordentlichen Professor (BaL) seitheriger außerordentlicher Professor der Universität Münster Dr. Gerhard Müller (19. 7. 1962);

zum Wissenschaftlichen Rat (BaP) wiss. Assistent Dr. Hans Schneider (13. 6. 1962);

zum Wissenschaftlichen Rat (BaL) wiss. Assistent Professor Dr. Otto Völker (3. 7. 1962);

zum Betriebsoberinspektor (BaL) Betriebsinspektor Willy Keppler (29. 6. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe

Bibliotheksassessor Dr. Hermann Schilling (9. 7. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsinspektor Herbert Bonin (18. 7. 62);
Regierungsobersekretär Lothar Mengewein (18. 7. 1962);

in den Ruhestand versetzt

Regierungsobersekretär Julius Schmitz (31. 8. 1962);

f) Hochschule für Erziehung Gießen an der Justus Liebig-Universität in Gießen

ernannt

zum außerordentlichen Professor seitheriger Dozent am Pädagogischen Institut in Weilburg Dr. Dr. Hans Kathen (24. 5. 1962);

zum Realschullehrer Lehrer Dieter Erber (20. 7. 1962);

g) Technische Hochschule in Darmstadt

ernannt

zum außerordentlichen Professor (BaL) Herr Dr. Arcadius Gurland (6. 6. 1962);

zum außerordentlichen Professor (BaL) Dozent Dr. Karl Heinz Lieser (13. 7. 1962);

zum Wissenschaftlichen Rat (BaP) wiss. Assistent Dipl.-Phys. Gerhard Schaack (23. 5. 1962);

zum Hauptwerkmeister (BaP) Herr Bruno Bastian (16. 7. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsinspektorin Isolde Jaud (16. 7. 1962);
Hauptwerkmeister Hans Geißler (16. 7. 1962);

entlassen kraft Gesetzes

wegen Übertritt in den Dienst eines anderen Landes (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule in Aachen)
Professor Dr. Ulrich Franck (10. 4. 1962);

h) Institut und Ausbildungszentrum für Psychoanalyse und psychosomatische Medizin in Frankfurt (Main)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsinspektor Werner Seifert (6. 7. 1962);

i) Pädagogisches Institut Weilburg

ernannt

zum Realschullehrer Lehrer Jürgen Runzheimer (2. 7. 1962);

j) Hessisches Staatstheater Wiesbaden

ernannt

zum Theateroberinspektor Theaterinspektor Johannes Thören (28. 6. 1962);

in den Ruhestand getreten

Kammermusiker Kurt Sterzel (mit Ablauf August 1962);

k) Staatstheater Kassel

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Theaterinspektor Karl-Heinz Keil (20. 7. 1962);

in den Ruhestand versetzt

Kammermusiker Hans Venus (31. 7. 1962);

l) Staatsarchiv Marburg (L.)

ernannt

zum Regierungsarchivrat (BaL) Archivassessor Dr. Eckhart Götz Franz (28. 6. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsarchivrat Dr. Wilhelm Alfred Eckhardt (24. 7. 1962);

m) Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Bad Homburg v. d. H.

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Gartenmeister Hans van Hove (18. 7. 1962); Gartenaufseher Paul Heinke (13. 7. 1962); Gartenaufseher Otto Martin (13. 7. 1962); Gartenaufseher Otto Petsch (18. 7. 1962);

n) Staatliche Kunstsammlungen Kassel

ernannt

zum Kustos (BaP) Herr Dr. Joseph Bergmann (13. 6. 1962); seitheriger Oberkonservator des Landes Bayern Dr. Reinhard Lullies (25. 6. 1962);

o) Studienseminar II für das Lehramt an Gymnasien in Frankfurt (Main)

entlassen auf eigenen Antrag

Studienreferendarin Christiane Trömel (23. 8. 1962);

p) Hessisches Landesmuseum in Darmstadt

ernannt

zum Kustos (BaP) Herr Dr. Kurt Degen (29. 8. 1962).

Wiesbaden, 4. 9. 1962

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
II/2 — 050/35 — 21 —

StAnz. 38/1962 S. 1284

d) Volks- Real- und Sonderschuldienst des Reg.-Bezirks Wiesbaden

ernannt

zum apl. Lehrer (BaW) die Lehramtsbewerber Karl Bankowsky, Kelkheim/Mts. (6. 12. 1961); Günter Hick, Neuenhain/Mts. (6. 12. 1961); Eduard Kurz, Bad Homburg/Obert. (1. 12. 1961); Karl-Josef Simon, Eltville (Rhg.) (21. 11. 1961); Felix Winger, Langendiebach/Hanau (27. 11. 1961); Werner Voidel, Waldaubach/Dillkrs. (24. 11. 1961); Ernst Passinger, Kransberg/Usingen (13. 12. 1961); Rudolf Förster, Lixfeld/Bied. (5. 12. 1961); Günther Kopppehl, Buchenau/Bied. (13. 12. 1961); Helmut Schmidt, Wetzlar (29. 11. 1961); Robert Knauz, Eschborn/Mts. (30. 11. 1961); Franz Motyka, Oberkleen/Wetzlar (26. 1. 1961); Günter Gerbig, Wiesbaden (30. 1. 1961); Helmut Kreis, Wiesbaden (1. 2. 1962); Armin Lahr, Medenbach/Mts. (31. 1. 1962); Reinhard Gromes, Dehrn/Limburg (12. 1. 62); Egon Welk, Wiesbaden (17. 2. 1962); Winfried Schell, Eibingen (13. 2. 1962); Klaus Nickel, Offdilln/Dillkrs. (14. 3. 1962); Walter Moos, Ffm. (25. 4. 1962); Peter Bingel, Mauloff/Usingen (10. 5. 1962);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Gerhard Ude, Ffm. (10. 11. 1961); Klaus Neumann, Mernes/Gelnh. (16. 12. 1961); Wolfgang Hensel, Marköbel/Hanau (1. 12. 1961); Horst Peter, Wiesbaden (1. 12. 1961); Fritz Held, Ffm. (16. 1. 1962); Heinrich Cramer, Rauenthal/Rhg. (26. 1. 1962); Alois Steiniger, Ffm. (8. 2. 1962); Helmut Bicker, Ffm. (16. 2. 1962); Josef Hollmann, Fischborn/Gelnh. (29. 4. 1962); Heinrich Schneider, Ehlhalten/Mts. (30. 3. 1962); Franz Mann, Donsbach/Dillkrs. (28. 4. 1962); Heinz Kotzweg, Ffm. (22. 4. 1962); Hans-Wilfried Deubner, Mensfelden (Limburg) (24. 4. 1962); Hans Loerzer, Ffm. (9. 5. 1962);

zur apl. L'in (BaW) die Lehramtsbewerberinnen Renate Stahr, Kelkheim/Mts. (1. 12. 1961); Marga Kau, Nordenstadt/Mts. (6. 12. 1961); Paula Funk, Ffm. (2. 11. 1961); Dorothea Steinberg, Rauenthal/Rhg. (21. 11. 1961); Gudrun Holzinger, Niederweidbach/Bied. (23. 11. 1961); Lieselotte Herwig, Ffm. (7. 11. 1961); Ingeborg Bock, Garbenheim (Wetzlar) (29. 11. 1961); Anna-Maria Schäfer, Okrfitel/Mts. (29. 11. 1961); Dörte Süberkrüb, Bad Homburg Obert. (11. 12. 1961); Christl Paulat, Oberhöchstadt Obert. (9. 12. 1961); Ursula Bröhl, Breckenheim/Mts. (6. 12. 1961); Margarethe Dietz, Allendorf/Wetzlar (26. 1. 1962); Helga Baumann, Ahl/Schlücht. (14. 12. 1961); Helga Bohn, Ffm. (9. 1. 1962); Rosemarie Juhre, Ffm. (8. 1. 1962); Elfriede Hoppe, Ffm. (18. 1. 1962); Christiane Eisenbach, Wiesbaden (13. 2. 1962); Gertrud Wihlidal, Kelkheim Mts. (9. 2. 1962); Brigitte Kasper, Wiesbaden (16. 3. 1962); Ingrid Marxsen, Niederhofheim (14. 3. 1962); Lydia Zdyb. Dornholzhausen/Obert. (12. 3. 1962); Eveline Hanisch, Herborn/Dillkrs. (3. 3. 1962); Marlies Böhler, Bruchköbel Hanau (14. 3. 1962); Minni Weber, Sulzbach Mts. (20. 3. 1962); Mechthild Macco, Wiesbaden (19. 3. 1962); Helga Hoffmann, Ffm. (5. 3. 1962); Ingeborg Kovács, Eschborn Mts. (29. 3. 1962);

die ehem. apl. L'in bisher in Niedersachsen Heinke Kilian, Ffm. (24. 4. 1962);

die Lehramtsbewerberinnen Ingrid Probst, Nanzenbach Dillkrs. (12. 5. 1962); Ingrid Schott, Ffm. (25. 4. 1962); Bärbel Klieser, Ffm. (14. 5. 1962);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Margot Peschel, Rückingen/Hanau (1. 12. 1961); Johanna Maschtowski, Windecken/Hanau (1. 12. 1961) Ingeborg Schippers, Fellerdilln/Dillkrs. (1. 12. 1961); Mathilde Lug, Wiesbaden (1. 12. 1961); Brigitte Neumann, Oberndorf/Gelnh. (1. 12. 1961); Margarete Sägebarth, Wächtersbach Gelnh. (1. 12. 1961); Käthe Dörfer, Ffm. (9. 1. 1962); Gertrud Arnold, Gronau/Hanau (1. 12. 1962); Roswitha Guist, Langendiebach Hanau (1. 4. 1962); Ursula Heinrich, Ffm. (5. 3. 1962); Marianne Gürbig, Wiesbaden (31. 3. 1962); Anneliese Ehm, Wiesbaden (30. 4. 1962); Ilse von Rauchhaupt, Wiesbaden (17. 3. 1962); Erna Schneider, Eschborn Mts. (30. 3. 1962); Luise Drefahl, Wiesbaden (28. 4. 1962); Annemarie Stendel, Hanau (1. 6. 1962); Hildegard Parche, Ffm. (18. 4. 1962);

zur apl. techn. L'in. (BaW) die Lehramtsbewerberinnen Helene Sandig, Ostheim/Hanau (1. 12. 1961); Maria Bender, Oberursel/Obert. (26. 1. 1962); Marie-Jose Cepernic, Ffm. (20. 2. 1962);

die techn. Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Anneliese Friedlein, Wiesbaden (31. 1. 1962); Margot Schirdewan, Ffm. (17. 1. 1962); Wiltrud Engelhardt, Ffm. (17. 3. 1962);

zum apl. Realschullehrer (BaW) die Lehramtsbewerber Alfred Ardtel, Bad Homburg/Obert. (15. 12. 1961); Helmut Blumenröther, Ffm. (24. 2. 1962); Dr. Walter Sperling, Ffm. (30. 3. 1962); Adam Syha, Limburg (18. 5. 1962); Fritz Walther, Wächtersbach Gelnh. (7. 7. 1962);

zur apl. Realschullehrerin (BaW) die Lehramtsbewerberinnen Jutta Imhof, geb. Kastner, Ffm. (9. 1. 1962); Mechthild Borig, Ffm. (22. 1. 1962); Hannelore Wollscheid, Ffm. (20. 1. 1962); Waltraud Lerch, Ffm. (24. 2. 1962);

zum apl. Lehrer (BaProbe) die Lehramtsbewerber Kurt Becker, Eibelshausen/Dillkrs. (7. 5. 1962); Armin Bollmann, Ffm. (22. 5. 1962); Rüdiger Henkel, Ffm. (23. 5. 1962); Karlheinz Born, Idstein Untert. (5. 6. 1962); Walter Möhn, Michelbach Unt. (1. 6. 1962); Ulrich Hoppe, Lorch Rhg. (8. 8. 1962); Winfried Klinke, Oberstedten Oberts. (5. 7. 1962); Karl-Josef Wollweber, Obertiefenbach Oberl. (12. 7. 1962); Anton Kreis, Aulhausen/Rhg. (14. 9. 1962); Hans Emrich, Usingen (20. 6. 1962); Gerhard Hornung, Eichen-Hanau (2. 7. 1962); Waldemar Böse, Hochstadt Hanau (3. 7. 1962); Horst Geithe, Großauheim Hanau (5. 7. 1962); Werner Gigling, Altengronau/Schlücht. (28. 6. 1962); Karl Skop, Staffel/Limburg (5. 7. 1962); Rudolf Metschan, Neuenhaßlau/Gelnh. (5. 7. 1962); Gerhard Müller, Sornborn/Gelnh. (5. 7. 1962); Konrad Neumüller, Hesseldorf/Gelnh. (4. 7. 1962); Wilfgang Funk, Limbach Untert. (11. 7. 1962); Hans-Jürgen Paul, Arfurt Oberl. (4. 7. 1962); Fritz-Adolf Behrendt, Wiesbaden (5. 7. 1962); Hans Neuser, Oberweyer/Limbg. (11. 7. 1962); Gustav Reichenbach, Wiesbaden (19. 7. 1962); Claus-Peter Schilling, Weilbach Mts. (20. 7. 1962); Gerhard Kinkel, Wiesbaden (4. 7. 1962);

Horst Wernicke, Wiesbaden (6. 7. 1962); Werner Stark, Ffm. (28. 6. 1962); Karl Stein, Hofheim/Mts. (21. 7. 1962); Ernst-Wilh. Wolff, Wiesbaden (20. 7. 1962); Adolf Stahl, Hadamar/Limb. (21. 7. 1962); Eike Schrabback, Rupperts-hain/Mts. (17. 7. 1962);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Waldemar Freese, Großauheim/Hanau (1. 6. 1962); Jochen Koppe, Ffm. (22. 5. 1962); Erich Leumpert, Langenselbold/Hanau (1. 6. 1962); Emanuel Linkert, Altenmittlau/Gelnhausen (5. 7. 1962); Rudi Lehmann, Neuses/Gelnh. (1. 6. 1962); Botho Wiecker, Hochheim/Mts. (30. 6. 1962); Anton Jelinek, Ffm. (28. 6. 1962); Lothar Meller, Obertiefenbach/Oberl. (24. 7. 1962);

zum apl. Realschullehrer (BaProbe) Lehramtsbewerber Hartmut Rasel, Hadamar/Limb. (10. 7. 1962);

zur apl. L'in (BaProbe) ehem. apl. L'in Margret Bernhard, Ehrenbach/Unt. (9. 5. 1962);

Lehramtsbewerberinnen Hildegard Kampermann, Ffm. (23. 5. 1962); Gisela von Lewinski, Ffm. (24. 5. 1962); Franziska Keidl, Geisenheim/Rhg. (5. 7. 1962); Hildegard Kern, Erbach/Rhg. (5. 7. 1962); Esther Müller, Mosborn/Gelnh. (22. 6. 1962); Jutta Schulz, Schlüchtern (3. 7. 1962); Ingrid Hartmann, Udenhain/Gelnh. (19. 6. 1962); Gertrud Bähr, Löhnberg/Oberl. (25. 7. 1962); Sigrid Erbach, Geisenheim/Rhg. (5. 7. 1962); Margarethe Felkl, Oberjoshbach/Unt. (2. 7. 1962); Monika Morhard, Dasbach/Unt. (3. 7. 1962); Anna Klatt, Hanau (11. 7. 1962); Inge Finé Kassel/Gelnh. (5. 7. 1962); Anneliese Großer, Limburg (6. 7. 1962); Gisela Dreyer, Großauheim/Hanau (5. 7. 1962); Christel Neudorf, Niederrodenbach/Hanau (5. 7. 1962); Ursula Mörschel, Bruchköbel/Hanau (10. 7. 1962); Gisela Breidenstein, Schlüchtern (3. 7. 1962); Hildegard Kunz, Gelnhausen (5. 7. 1962); Sigrid Ohl, Wiesbaden (6. 7. 1962); Waltraud-Uta Thömmes, Wiesbaden (6. 7. 1962); Liselotte Schmitz, Wiesbaden (5. 7. 1962); Heide Matzat, Neuhenha-lau/Gelnh. (5. 7. 1962); Gertrud Bracht, Neuenschmidten/Gelnh. (5. 7. 1962); Irmgard Ullrich, Bergen-Enkheim/Hanau (5. 7. 1962); Anja Schmidt, Wiesbaden (5. 7. 1962); Waltraud Baumbusch, Wiesbaden (4. 7. 1962); Erika Sossenheimer, Ffm. (20. 6. 1962); Edeltraut Braun, Eschhofen/Limb. (6. 7. 1962); Ingrid Essling, Schwalbach/Mts. (16. 7. 1962); Karin Titze, Wiesbaden (16. 7. 1962); Hiltrud Palm, Wiesbaden (6. 8. 1962); Lioba Vogelbein, Gelnhausen (20. 7. 1962); Gerda Kroczeck, Wiesbaden (4. 7. 1962); Ortrun Müller, Wiesbaden (9. 7. 1962); Isolde Langschie-d, Wiesbaden (5. 7. 1962); Renate Tappermann, Wiesbaden (6. 7. 1962); Maria Waldmann, Weiperz/Schlücht. (20. 7. 1962); Edith Lemke, Hofheim/Mts. (30. 7. 1962); Gabriele Bäusch, Niedernhausen/Mts. (18. 7. 1962); Edda Proksch Sulzbach/Mts. (16. 7. 1962); Edith Weiden, Naurod/Mts. (20. 7. 1962); Ursula Schäfer, Wiesbaden (1. 6. 1962);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Ilse Kulik, Ffm. (15. 5. 1962); Marianne Zachow, Ffm. (24. 5. 1962); Anna Trischler, Bleidenstadt/Unt. (2. 7. 1962); Ursula Herrmann, Ffm. (29. 6. 1962); Helga Müller, Laubuseschbach/Oberl. (7. 7. 1962);

zur apl. techn. L'in (BaProbe) techn. Lehramtsbewerberinnen, Johanna von den Speulhof Ffm. (6. 6. 1962); Ursel Eichholz, Hetttersroth/Gelnh. (1. 7. 1962); Helga Scholz, Wallrabenstein/Unt. (5. 7. 1962); Hannelore Longeric, Wiesbaden (5. 7. 1962); Elisabeth Keggenhoff, Ellar/Lim-burg (13. 7. 1962); Marta Redlich, Laubuseschbach/Oberl. (13. 7. 1962);

zur apl. Realschullehrerin (BaProbe) Lehramtsbewerberinnen Waltraud Jacobi, Oberursel/Obert. (17. 5. 1962); Ursula Enderich, Ffm. (15. 5. 1962); Inge Neubauer, Herborn/Dillkr. (11. 7. 1962);

zum Realschullehrer (BaW) apl. Realschullehrer Karl Bohn, Ffm. (2. 12. 1961);

zum Lehrer (BaW) die apl. L. Josef Kraus, Ulmbach/Schlücht. (24. 11. 1961); Günter Glufke, Steinfischbach/Usin-gen (14. 12. 1961); Fritz Hartmann, Hundstadt/Usingen (15. 12. 1961);

Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Günther Schulze, Ffm. (13. 12. 1961);

apl. L'in Hildegard Linke, Flörsheim/Mts. (10. 11. 1961); früh. apl. L'in Klara Siebert, Ffm. (15. 1. 1962);

zum Lehrer (BaK) die apl. L. Manfred Kröner, Ober-rodenbach/Hanau (1. 11. 1961); Karl-Josef Menning, Ober-

höchstadt/Obert. (4. 11. 1961); Hans Berger, Eschborn/Mts (7. 11. 61); Robert Kött, Köppern/Obert. (7. 11. 1961); Dr. Karl Tisowski, Mittelbuchen/Hanau (3. 11. 1961); Horst Hanebutt, Oberursel/Obert. (20. 11. 1961); Norbert Hof-mann, Espenschied/Rhg. (10. 7. 1961); Robert Janisch, Ffm. (6. 12. 1961); Rudolf Link, Niederreifenberg/Mts. (7. 12. 1961); Ernst-Otto Weiß, Ffm. (12. 12. 1961); Hans Koch, Gettenbach/Gelnh. (9. 1. 1962); Hans-Dieter Gerhardt, Eichen/Hanau (16. 1. 1962); Wenzel Dusik, Kelkheim/Mts. (17. 8. 1961); Alfred Lindemann, Breitscheid/Dillkr. (18. 12. 1961); Kurt Binbaum, Horbach/Gelnh. (9. 1. 1962); Hans-Joachim Seegert, Ahausen/Oberl. (12. 1. 1962); Georg Claus, Nauenheim/Wetzlar (15. 1. 1962); Rainer Stier, Hai-ger/Dillkr. (11. 1. 1962); Willi Hoppen, Ffm. (12. 1. 1962); Johannes Plasa, Niederzeuzheim/Limb. (1. 2. 1962); Her-mann Liebig, Münster/Oberl. (5. 2. 1962); Joachim Witte, Oberursel/Obert. (26. 1. 1962); Manfred Haagen, Oberzeuz-heim/Limb. (8. 2. 1962); Gerhard Grimm, Steinbrücken Dillkr. (31. 3. 1962); Reinhold Garbe, Steinau/Schlücht. (15. 2. 1962); Hans Berger, Ostheim/Hanau (13. 2. 1962); Adalbert Hillenbrand, Nanzenbach/Dillkr. (25. 1. 1962); Günter Schönewolf, Wiesbaden (19. 2. 1962); Theo Vogt, Niederhadamar/Limb. (18. 2. 1962); Rudolf Freundel, Ffm. (21. 2. 1962); Gerhard Scheinert, Flörsheim/Mts. (7. 3. 1962); Norbert Benz, Kerbersdorf/Schlüchtern (8. 3. 1962); Hermann Tesche, Ostheim/Hanau (8. 2. 1962); Georg Dammköhler, Klosterhöfe/Schlücht. (4. 4. 1962); Heinrich Nafe, Altengronau/Schlücht. (31. 3. 1962); Karl-Dieter Küll-mer, Flörsbach/Gelnh. (3. 5. 1962);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Richard Richter, Langenselbold/Hanau (1. 12. 1961); Gerhard Sägebarth, Wächtersbach/Gelnh. (1. 12. 1961);

zur Lehrerin BaK die apl. L'innen Marlene Schubert, Ffm. (14. 10. 1961); Anne Lantzs, Kalbach/Obert. (12. 10. 1961); Ursula Richter, Ffm. (20. 10. 1961); Helga Fluck, Johannisberg/Rhg. (2. 10. 1961); Marg. Elzenheimer, Ffm. (17. 11. 1961); Ursula Böttner, Ffm. (21. 11. 1961); Helene Baier, Ffm. (21. 11. 1961); Hedwig Hillenbrand, Eibach/Dill-kreis (1. 10. 1961); Elisabeth Becker, Hanau (29. 11. 1961); Christa Heinel, Ffm. (1. 12. 1961); Maria Gürster, Wiesba-den (7. 12. 1961); Edith Sticha, Dörnigheim/Hanau (7. 12. 1961); Ingrid Müller, Ffm. (2. 12. 1961); Anneliese Gold-berg, Ffm. (5. 12. 1961); Margit Rübel, Ffm. (12. 12. 1961); Inge Roll, Ffm. (13. 12. 1961); Maria Holdschick, Ffm. (9. 1. 1962); Irmhild Krick, Ffm. (18. 1. 1962); Renate Pirwitz, Niederrodenbach (16. 1. 1962); Katharina Betzel, Ffm. (15. 11. 1961); Luise Wenger, Ffm. (13. 12. 1961); Ilse Vohnhof, Ffm. (12. 12. 1961); Erna Riehle, Wolfenhaus-en/Oberl. (31. 1. 1962); Hedwig Schilling, Ffm. (30. 1. 1962); Johanna Schilling, Hailer/Gelnh. (9. 1. 1962); Elisabeth König, Limburg (7. 2. 1962); Johanna Hartmann, Runkel/Oberl. (18. 1. 1962); Maria Schulz, Wiesbaden (30. 1. 1962); Angela Wanka, Pfaffenhausen/Gelnh. (6. 2. 1962); Brigitte Ockel, Ffm. (2. 2. 1962);

ehemalige L'in Kristin Richter, Ffm. (12. 2. 1962); Helga Petrich, Idstein/Unt. (21. 2. 1962); Paula Funk, Ffm. (15. 2. 1962); Christa Cochius, Ffm. (8. 2. 1962); Eva-Maria Haagen, Wilsenroth/Limb. (10. 2. 1962); Elisabeth Höchs-mann, Kalbach/Obert. (10. 2. 1962); Kath. Kämmerer, Rothenbergen/Gelnh. (9. 2. 1962); Eva Röber, Birstein/Gelnh. (23. 2. 1962); Marta Preuß, Eschborn/Mts. (7. 3. 1962); Christa Frenzel, Schlüchtern (8. 3. 1962); Heidi Ulrich, Schönberg/Obert. (17. 2. 1962); Charlotte Kreis, Weilbach/Mts. (15. 3. 1962); Johanna Görlitz, Schwalbach/Mts. (20. 3. 1962); Christine Freiger, Mernes/Gelnhausen (20. 3. 1962); Johanna Prange, Wiesbaden (31. 3. 1962); Edith Niemetz, Somborn/Gelnh. (26. 4. 1962); Hanna Re-ber, Idstein/Unt. (26. 4. 1962); Renate Siebert, Bad Orb/Gelnhausen (2. 5. 1962);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Margot Traudt, Wetzlar (15. 1. 1962); Helga Kirschner, Ffm. (24. 1. 1962); Ursula Groß, Großkrotzenburg/Hanau (1. 3. 1962); Angela Michalik, Bernbach/Gelnh. (1. 4. 1962);

zur techn. L'in (BaW) die apl. techn. L'innen Käthe Karbe, Wiesbaden (16. 2. 1962); Ida Harzer, Neuhenhain/Mts. (20. 3. 1962); Ingrid Nothis, Wetzlar (17. 3. 1962);

zur techn. L'in (BaK) apl. techn. L'in Monika Grenzebach, Neuhenhaßlau/Gelnh. (10. 1. 1962); Lina Kilb, Bad Hom-burg/Obert. (18. 12. 1961); Erika Hofmann, Oestrich/Rhg.

(22. 1. 1962); Maria Pickenhain, Bad Homburg/Obert. (24. 1. 1962); Helga Möller, Ellar/Limburg (7. 2. 1962); Ilse Belz, Erbach/Limburg (8. 2. 1962); Eleonore Hahn, Aumenu/Oberl. (7. 2. 1962); Hannelore Born, Bad Orb/Gelnhausen (17. 2. 1962); Gisela Vater, Kirberg/Limburg (23. 2. 1962); Ruth Schierling, Driedorf/Dillkr. (20. 1. 1962); die Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Cäcilia Lammel, Eschbach/Usingen (20. 3. 1962);

zum Realschullehrer (BaK) die apl. Realschullehrer Theodor Sittig, Ffm. (18. 11. 1961); Alois Lenz, Ffm. (18. 11. 1961); Siegfried Schellenberg, Ffm. (17. 11. 1961); Rudolf Alscher, Kelkheim/Mts. (5. 12. 1961); Eberhard Röhl, Ffm. (27. 11. 1961); Rudolf Acker, Ffm. (21. 11. 1961); Dr. Wilh. Gegenwart, Ffm. (29. 11. 1961); Wolfram Schubert, Ffm. (28. 11. 1961); Wolfgang Scholz, Ffm. (4. 2. 1961); Werner Mrose, Weilmünster/Oberl. (3. 2. 1962); Wilbert Siroh, Wetzlar (28. 2. 1962); Walter Burkard, Hofheim/Mts. (28. 3. 1962);

zur Realschullehrerin (BaK) L'in Hannelore Beritz, Bad Schwalbach/Unt. (8. 11. 1961);

apl. Realsch. L'innen Marianne Maaß, Ffm. (15. 11. 1961); Elisabeth Flasch, Ffm. (20. 12. 1961); Margot Großmann, Ffm. (10. 1. 1962); Else Morys, Bad Homburg/Oberts. (21. 12. 1961); Johanna Scherpner, Ffm. (4. 12. 1961); Lieselotte Old, Ffm. (15. 12. 1961); Dr. Christiane Wandel, Limburg (7. 2. 1962); Elisabeth Schaffner, Gelnhausen (19. 2. 1962);

zum Lehrer (BaProbe) die apl. L. Paul Bonk, Holzhausen/Unt. (30. 4. 1962); Hans-Ferd. Kautz, Wiesbaden (28. 4. 1962); Hans Ebert, Bad Orb/Gelnh. (2. 5. 1962); Helmut Kirschner, Ulm/Wetzlar (2. 5. 1962); Dr. Lutz Rößner, Ffm. (16. 5. 1962); Alois Grund, Sinn/Dillkreis (14. 5. 1962); Klaus Jahr, Oberursel/Oberts. (2. 6. 1962); Gerhard Sack, Ffm. (5. 6. 1962); Heinz-Toni Schneider, Niederbrechen/Limburg (19. 6. 1962); Josef Grimmer, Großauheim/Hanau (15. 5. 1962); Friedrich Gürge, Wiesbaden (28. 6. 1962); Claus Disch, Ffm. (6. 7. 1962); Josef Hatiger, Neuses/Gelnh. (27. 6. 1962); Klaus Kistner, Altenhaßlau/Gelnhausen (6. 7. 1962); Jürgen Beckmann, Wiesbaden (28. 6. 1962); Hans-Jürgen Warnke, Ffm. (5. 7. 1962); die Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Walter Aengst, Salmünster (2. 5. 1962);

zum Realschullehrer (BaProbe) apl. Realsch.L. Ottfried Fernges, Ffm. (12. 7. 1962);

zur Lehrerin (BaProbe) bisher L'in in Niedersachsen Ilse Thiergard, Ffm. (30. 3. 1962);

die apl. L'innen Hanna Noßmann, Niedermittlau/Gelnh. (28. 4. 1962); Maria Bauer, Somborn/Gelnhsn. (26. 4. 1962); Helga Hirschenhein, Geislitz/Gelnh. (27. 4. 1962); Ilse Schott, Großenhausen/Gelnh. (27. 4. 1962); Ursula Friedrich, Wal-lau/Bied. (5. 5. 1962); Else Tesche, Ostheim/Hanau (2. 6. 1962); Hannelore Baumann, Roßdorf/Hanau (6. 6. 1962); Gabriele Bielang, Bad Homburg/Oberts. (8. 6. 1962); Kath. Wilhelma Weigel, Wetzlar (8. 6. 1962); Annette von Lambsdorf, Ffm. (29. 6. 1962); Ingrid Gruppe, Steinau/Schlüch-tern (26. 6. 1962); Renate Bernbeck, Ffm. (29. 6. 1962); Luise Reuter, Eschenau/Oberl. (4. 7. 1962); Irene Göbel, Nees-bach/Limburg (4. 7. 1962); Anna-Elis. Jungermann, Ffm. (2. 7. 1962); Helga Belly, Wbn. (2. 7. 1962); Elsbeth Kemmler, Ffm. (4. 7. 1962); Gabriele Schmolek, Ffm. (5. 7. 1962); Ursula Heck, Ffm. (13. 7. 1962); Ingeborg Gaudlitz, Ffm. (5. 7. 1962); Irmgard Kruggel, Ffm. (25. 7. 1962);

zur apl. techn. L'in (BaProbe) die apl. techn. L'in Brigitte Seidlitz, Hahn/Unterts. (2. 7. 1962); Anneliese Zimmermann, Wirtheim/Gelnh. (3. 7. 1962); Stephanie Riedel, Wiesbaden (2. 7. 1962);

die techn. Lehrkr. im Angestelltenverhältnis Ursula Huber, Ffm. (23. 5. 1962);

zum apl. Lehrer (BaL) die apl. L. Otto Willing, Oberdorfelden Hanau (25. 10. 1961); Walter Christoph, Frank-furt am Main (20. 11. 1961); Heinz Raab, Wiesbaden (4. 12. 1961); Walter Schmitt, Bieber (13. 1. 1962); Hans Wienrich, Fellerdilln/Dillkr. (16. 12. 1961); Kurt Gross, Ewersbach/Dillkr. (21. 12. 1961); Werner Winkelmann, Überthal/Dillkr. (12. 12. 1961); Albrecht Schaerffenberg, Ewersbach/Dillkr. (21. 12. 1961); Gerhard Schubert, Wetzlar (8. 1. 1962); Richard Kümmel, Neuenhaßlau/Gelnh. (13. 1. 1962); Helmut Wiedenbeck, Erdbach/Dillkr. (21. 12. 1961); Werner

Köhlmann, Hanau (30. 1. 1962); Heinrich Eckert, Krof-dorf-Gleiberg/Wetzl. (13. 2. 1962); Erich Schulz, Ffm. (23. 2. 1962); Hubert Lewalter, Schwalbach/Mts. (29. 3. 1962); Fritz Richter, Wiesbaden (27. 4. 1962); Hellmut Mielsch, Walsdorf/Unt. (26. 4. 1962); Peter Nettig, Oberreifenberg/Mts. (11. 5. 1962); Robert Lott, Katzenfurt/Wetzlar (17. 5. 1962); Heinz Sienknecht, Wetzlar (8. 6. 1962); Kurt Sako-wski, Hausen/Untert. (2. 7. 1962); Hanno Fröhlich, Raben-scheid/Dillkr. (21. 6. 1962); Lothar Roth, Salzböden/Wetz-lar (12. 6. 1962);

die Lehrkr. im Angestelltenverhältnis Kurt Pechmann, Ffm. (7. 12. 1961); Hermann Deutsch, Wiesbaden (16. 1. 1962); Paul Ermisch, Ffm. (10. 1. 1962); Peter Heller, Ffm. (10. 2. 1962); Richard Sommer, Ffm. (1. 3. 1962); Herbert Sünderhauf, Reiskirchen/Wetzlar (2. 4. 1962); Oskar Seel-mann, Wiesbaden (29. 3. 1962); Otto Könning, Wiesbaden (31. 3. 1962); Erich Hentschel, Bad Homburg (23. 3. 1962); Emil Arnold, Laufdorf/Wetzlar (2. 4. 1962); Walter Schu-bart, Wetzlar (2. 4. 1962); Karl-Heinz Hooge, Ffm. (24. 3. 1962); Heinrich Bohnsack, Wächtersbach/Gelnh. (1. 4. 1962); Otto Müller, Niedergründau/Gelnh. (1. 4. 1962); Kurt Schubert, Kölschhausen/Wetzlar (2. 4. 1962); Rudi Herr-mann, Ffm. (26. 3. 1962); Gottfried Kichelhahn, Langen-selbold/Hanau (1. 4. 1962); Gerhard Bergert, Hanau (1. 6. 1962); Martin Schröder, Rüdesheim/Rhg. (18. 5. 1962); Fritz Hartenstein, Ffm. (16. 5. 1962); Heinrich Schmidt, Hanau (1. 4. 1962); Fritz Riedel, Wiesbaden (27. 4. 1962); Georg Titze, Ffm. (27. 3. 1962); Emil Seelig, Ffm. (8. 5. 1962); Theophil Rossel, Wiesbaden (27. 4. 1962); Friedr.-Wilh. Eyfe, Ffm. (31. 3. 1962); Adolf Pflaume, Wiesbaden (26. 4. 1962); Ernst List, Oberscheld/Dillkr. (30. 4. 1962); Johan-nes Döring, Idstein/Untert. (2. 5. 1962); Josef Hübner, Ffm. (5. 5. 1962); Rudolf Schwan, Oberursel/Obert. (17. 5. 1962);

zur Lehrerin (BaL) die apl. L'innen Uta Strehl, Ober-reifenberg/Mts. (15. 5. 1962); Elise Sperzel, Breitenborn/Gelnh. (15. 5. 1962); Käthe Saß, Bad Orb/Gelnh. (4. 7. 1962); Dr. Ilse Heyer, Wiesbaden (5. 12. 1961); Elfriede Schalaus, Bad Orb/Gelnh. (18. 1. 1962); Liselotte Wienrich, Steinbach/Dillkr. (16. 12. 1962); Karla Göller, Ffm. (26. 1. 1962); Charlotte Reichel, Ffm. (10. 2. 1962); Ingeburg Schekdemantel, Hanau (3. 7. 1962);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Edith Heep, Wetzlar (16. 12. 1961); Paula Falb, Ehringshausen (2. 4. 1962); Hilde Mathis, Großkrotzenburg/Hanau (1. 4. 1962); Hildegard Nickl, Ffm. (6. 4. 1962); Gertrud Zepig, Ehrings-hausen/Wetzlar (2. 5. 1962); Gertrud Schmidke, Ober-höchstadt/Obert. (28. 3. 1962); Irene Mauruschat, Eltville/Rhg. (11. 4. 1962); Anna Guber, Gräveneck/Oberl. (2. 5. 1962); Eva Newrzella, Ffm. (13. 4. 1962); Elfriede Schwarz, Villmar/Oberl. (9. 5. 1962); Gertraude Flick, Wetzlar (2. 7. 1962);

zur techn. Lehrerin (BaL) die apl. techn. L'innen Christel Glünder, Weilburg/Oberl. (9. 11. 1961); Charlotte Müller-Holland, Ffm. (1. 12. 1961); Elisabeth Sommer, Ffm. (22. 5. 1962); Hildegard Beck, Ffm. (19. 6. 1962);

die techn. Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Clara Schimmer, Niederrodenbach/Hanau (1. 4. 1962); Charlotte Bösel, Wiesbaden (30. 4. 1962); Christa Götze, Ffm. (17. 7. 1962); Magdalene Schmidt, Bieber/Gelnh. (6. 12. 1961);

zum Realschullehrer die Lehrer Peter Aumann, Gelnh. (15. 5. 1962); Reinhold Föhr, Weilburg/Oberl. (14. 5. 1962); Willi Hofmann, Limburg (18. 7. 1962); Kurt Heppner, Dil-lenburg (5. 7. 1962); Günter Zanger, Dillenburg (3. 7. 1962); Ewald Loh, Wetzlar (27. 10. 1961); Dr. Ernst Weidmann, Bad Homburg (13. 12. 1961); Paul Friedrich, Ffm. (16. 1. 1962); Friedrich Zieger, Ffm. (9. 1. 1962); Gerhard Hap-pel, Ffm. (9. 1. 1962); Adalbert Debner-Daumler, Bad Hom-burg/Obert. (12. 1. 1962); Arnold Laue, Bad Homburg/Ober-taunus (21. 12. 1961); Georg Eichel, Oberursel/Oberts. (14. 12. 1961); Horst Knolle, Ffm. (20. 1. 1962); Werner Klein, Ffm. (17. 2. 1962); Paul Rachow, Dillenburg (13. 2. 1962); Bodo Metz, Usingen (20. 2. 1962); Kurt Lange, Ffm. (31. 3. 1962); Horst Schlüter, Usingen (10. 3. 1962); Ludwig Marohl, Usingen (27. 4. 1962); Hermann Mehmke, Bad Homburg/Oberts. (9. 5. 1962); Hubert Rigol, Weilburg/Oberl.

(14. 5. 1962); Wilh. Fürbeth, Weilburg/Oberl. (15. 5. 1962); Erich Löbel, Weilburg/Oberl. (15. 5. 1962);

zum Realschullehrer (BaL) apl. Realsch.L. Karl Pimpl, Ffm. (20. 6. 1962); Lehrer Horst Ahner, Camberg/Limb. (27. 6. 1962);

zur Realschullehrerin L'innen Friedel Römpke, Bad Homburg/Obert. (27. 11. 1961); Helene Fiedler, Wiesbaden (17. 2. 1962); Mechthild Koppermann, Ffm. (17. 2. 1962); Marlene Schubert, Ffm. (24. 2. 1962); Maria Herles, Wächtersbach (28. 5. 1962); techn. L'in Vera Wüstenberg, Langensfeld/Hanau (20. 12. 1961);

apl. techn. L'in Elsbeth Hühn, Gelnhausen (11. 5. 1962); zur Realschullehrerin BaL apl. Realsch. L'in Anneliese Kühle, Idstein/Unt. (16. 5. 1962);

zum Sonderschullehrer die apl. Werner Klöckling, Idstein (Unt.) (6. 2. 1962); Alfred Kühnel, Ffm. (10. 5. 1962); Hilfslehrer, bisher Nordrhein-Westfalen, Walter Steuer, Ffm. (30. 3. 1962); die Lehrer Karl Pitzer, Wiesbaden (6. 2. 1962); Walter Pezolt, Herbormseelbach/Dillkr. (2. 2. 1962); Ferdinand Schitting, Ffm. (24. 2. 1962); Hermann Weiß, Hanau (2. 4. 1962);

zur Sonderschullehrerin die L'innen Friederike Zips, Camberg/Limb. (31. 3. 1962); Traudchen Müller, Wiesbaden (17. 2. 1962); Ursula Kitzel, Ffm. (9. 3. 1962); Inge-Sigrid Kegenbein, Ffm. (31. 3. 1962);

zur Sonderschullehrerin (BaK) L'in Elisabeth Hoffmann, Hanau (6. 2. 1962);

zur Sonderschullehrerin (BaL) L'innen Ursula Scheer, Ffm. (8. 2. 1962); Ilse Schulz-Bauerhin, Ffm. (9. 5. 1962);

zum Hauptlehrer die Lehrer Josef Muskalla, Erbach/Rhg. (12. 12. 1961); Fritz Reisch, Staffel/Limb. (14. 12. 1961); Wilh. Rühl, Oberkleen/Wetzlar (13. 12. 1961); Helmut Mück, Garbenheim/Wetzlar (10. 1. 1962); Ernst Häusgen, Laufdorf/Wetzlar (10. 1. 1962); Heinz Simon, Hornsheim/Wetzlar (10. 1. 1962); Rudolf Kern, Biskirchen/Wetzlar (30. 1. 1962); Franz Kirrbach, Wolfgang/Hanau (1. 4. 1962); Gerhard Barta, Kalbach/Obert. (6. 4. 1962); Arnold Fay, Schupbach/Oberl. (17. 4. 1962); Achim Rhensius, Langenhain/Mts. (28. 5. 1962); Alwin Rosenkranz, Niederquembach/Wetzl. (28. 5. 1962); Wilh. Nilges, Mensfelden/Limb. (18. 6. 1962); Heinrich Preuße, Ablar/Wetzlar (28. 6. 1962); Heinrich Heibertshausen, Allendorf/Wetzlar (29. 6. 1962); Ernst Bork, Gr.-Rechtenbach/Wetzlar (29. 6. 1962);

L'in Frieda Bielski, Mammolshain/Obert. (7. 4. 1962);

zum Hauptlehrer (BaL)

die Lehrer Walter Floeke, Oberselters/Limb. (12. 4. 62); Dietmar Kontek, Niedernhausen/Mts. (6. 6. 1962);

Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Michael Kawohl, Roßdorf/Hanau (1. 8. 1962);

zum Hauptlehrer als Leiter einer Sonderschule die Sondersch. L. Hans Böhm, Oberursel/Oberts. (6. 4. 1962); Rudolf Zender, Ffm. (23. 5. 1962); Wolfram Wagner, Ffm. (23. 5. 1962);

zum Taubstummenoberlehrer Lehrer Fritz Jaworek, Camberg/Limb. (7. 2. 1962);

zum Konrektor die Lehrer Heinrich Hauschild, Wiesbaden (21. 1. 1962); Johannes Rossek, Wiesbaden (11. 1. 1962); Klaus Scheidermantel, Hanau (28. 12. 1961); Franz Keweloh, Wiesbaden (15. 2. 1962); Walter Becker, Wiesbaden (14. 2. 1962); Erhard Körbitz, Wiesbaden (25. 4. 1962); Johann Felber, Wetzlar (7. 5. 1962); Friedrich Arens, Bad Homburg/Obert. (18. 5. 1962); Guntram Kuntze, Ffm. (23. 5. 1962); Gerhard Schubert, Ffm. (24. 5. 1962); Ernst Bachmann, Ffm. (2. 6. 1962); Karl Braun, Ablar/Wetzlar (5. 7. 1962); Hptl. Paul Henkel, Dörnigheim/Hanau (30. 4. 1962); zum Konrektor (BaL) Lehrer Joachim Franz, Ffm. (25. 5. 1962);

zur Konrektorin L'innen Lieselotte Schwendel, Wiesbaden (31. 3. 1962); Lieselotte Müller, Hanau (10. 5. 1962);

zum Realschulkonrektor die Realsch.L. Karl Schäfer, Gelnhausen (9. 4. 1962); Hans Knippel, Wiesbaden (8. 6. 1962); zur Realschulkonrektorin Realsch.L'in Hedwig Müller, Wiesbaden (5. 6. 1962);

zum Konrektor an einer Sonderschule Sondersch.L. Hans-Eberhard Hempel, Ffm. (1. 12. 1961); Sondersch.L'in Antonie Emmel, Ffm. (23. 6. 1962);

zum Rektor Mi.L. Josef Endisch, Salmünster/Schlücht. (8. 12. 1961)

Realsch.L. Karl Herborn, Eddersheim/Mts. (1. 6. 1962); Konr. Heinrich Schmidt, Bleidenstadt/Unt. (5. 6. 1962); die Lehrer Theo Kleemann, Wiesbaden (8. 12. 1961); Bruno Jerschenkowski, Flörsheim/Mts. (26. 2. 1962); Anton Tinkl, Ffm. (14. 3. 1962); Ernst Jungmann, Wiesbaden (15. 6. 1962); Hellmuth Lommatzsch, Wiesbaden (3. 5. 62); Willi Bock, Biedenkopf (3. 5. 1962); Philipp Metzler, Wiesbaden (25. 6. 1962); Klaus-Günther Grothe, Frohnhausen (29. 5. 1962); Albert Fritz, Oberstedten/Oberts. (5. 6. 1962); Erich Endter, Großauheim/Hanau (10. 7. 1962); früh. Hptl. in Rheinland/Pfalz; Karl-Wilh. Schmidt, Hochstadt/Hanau (18. 7. 1962); die Hptl. Erich Franz, Rückingen/Hanau (29. 6. 1962); Rudolf Böhm, Königstein/Obert. (11. 1. 1962); Alfred Engelmann, Wiesbaden (30. 5. 1962); Karl Biba, Altenmittlau/Gelnh. (19. 4. 1962); Johann Sanders, Runkel/Oberl. (7. 5. 1962);

zur Rektorin L'in Hedwig Schneider, Hanau (1. 4. 1962); zum Realschulrektor die Realsch.Konr. Alfred Klüppel, Wiesbaden (19. 12. 1961); Rudolf Funk, Ffm. (24. 5. 1962); Realsch.Lehrer Willi Pieh, Bad Schwalbach/Unt. (7. 2. 1962); Realsch.L'innen Irmgard Dobislav, Ffm. (23. 5. 1962); Frieda Süß, Wiesbaden (18. 6. 1962);

zum Schulrat Mi.-Rekt. Karl Gakler, Ffm. (24. 11. 1962); Paul Großmann, Ffm. (30. 3. 1962);

II. berufen in das Beamtenverhältnis auf Kündigung
Lehrer Karl-Heinz Krüger, Ohren/Limb. (17. 2. 1962); die L'innen Ilse Schön, Niederreifenberg/Mts. (29. 3. 1962); Ilse Schoenlank, Ffm. (9. 1. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
die Lehrer Günther Trottnow, Ehringshausen/Wetzlar (13. 11. 1961); Rudolf Sander, Wiesbaden (27. 11. 1961); Sigurd Schmidt, Hattersheim/Mts. (2. 12. 1961); Walter Lautenschläger, Ffm. (21. 12. 1961); Günter Scheibe, Ffm. (12. 12. 1961); Josef Lerch, Ffm. (9. 1. 1962); Herbert Nickel, Bernbach (23. 12. 1961); Rudolf Petzko, Ffm. (15. 1. 1962); Alfred Lehmann, Ffm. (12. 1. 1962); Werner Engelhardt, Bischofsheim/Hanau (17. 1. 1962); Wenzel Dusik, Kelkheim/Mts. (9. 2. 1962); Peter Blödel, Ffm. (28. 2. 1962); Johannes Berger, Ffm. (28. 2. 1962); Fritz Neubieser, Wiesbaden (20. 3. 1962); Winfried Staebe, Ffm. (23. 3. 1962); Siegfried Walter, Ffm. (23. 3. 1962); Günther Schindler, Weyer/Oberl. (29. 3. 1962); Erwin Lübbe, Ffm. (25. 4. 1962); Rudolf Madler, Ffm. (25. 4. 1962); Fritz Kirschbaum, Wißmar/Wetzlar (2. 4. 1962); Georg Maaß, Wetzlar (10. 5. 1962); Fritz Schmutzler, Wetzlar (27. 4. 1962); Heinrich Baldingen, Hanau (13. 4. 1962); Rolf Träger, Selters/Oberl. (9. 5. 1962); Hans-Dieter Pallmann, Ffm. (24. 5. 1962); Dr. Josef Schnuchel, Seelbach/Oberl. (16. 5. 1962); Günter Schönewolf, Wiesbaden (19. 5. 1962); Albert Groß, Großkrotzenburg/Hanau (19. 5. 1962); Heinz Köster, Hüttengesäß/Hanau (27. 4. 1962); Helmut Schmidt, Driedorf/Dillkr. (2. 6. 1962); Franz Kaupe, Engenhahn/Untert. (1. 6. 1962); Bernd Poppe, Idstein/Unt. (18. 6. 1962); August Jeck, Würges/Limb. (7. 6. 1962); Karl-Christof Tödt, Ffm. (23. 6. 1962); Haymo Dracke, Dillbrecht/Dillkr. (7. 7. 1962); Franz Weckwerth, Schlierbach/Gelnh. (5. 7. 1962); Gernot Kopp, Bruchköbel/Hanau (29. 6. 1962); Heinz Molkenhain, Elkershausen/Oberl. (17. 7. 1962); Hans Dorlas, Beilstein/Dillkr. (3. 7. 1962); Josef Knapp, Limburg (28. 6. 1962); Ernst Streubel, Werschau/Limb. (6. 8. 1962);

die Realsch.L. Antonius Nammert, Hanau (18. 11. 1961); Dr. Philipp Geiger, Ffm. (20. 12. 1961); Hans Guskow, Wiesbaden (1. 3. 1962); Dr. Horst Henrich, Ffm. (30. 4. 1962); Hans Buß, Bad Schwalbach/Unt. (24. 5. 1962); die Sondersch.L'in Inge Niese, Ffm. (25. 4. 1962); Gertraut Weiner, Wiesbaden (16. 5. 1962);

die Realsch.L'innen Erika Achtmann, Ffm. (20. 10. 1961); Else Meinecke, Ffm. (9. 1. 1962); Christa Rückert, Ffm. (24. 6. 1962); Luise Fiedler, Wiesbaden (5. 7. 1962); Dr. Lore Häfner, Wiesbaden (6. 6. 1962);

die L'innen Eva Röber, Birstein/Gelnh. (16. 7. 1962); Margarete Ditze, Ffm. (8. 8. 1962); Ingeborg Stribrny, Wiesbaden (3. 11. 1961); Amalie Zellhofer, Königstein/Obert. (28. 10. 1961); Herta Winzer, Wiesbaden (3. 11. 1961); Elisabeth Wonneberg, Burgsolms/Wetzlar (2. 11. 1961); Gertrud Dorn, Bad Soden/Mts. (28. 10. 1961); Hildegard

Göbel, Kriftel/Mts. (7. 11. 1961); Waltraud Kühnhirt, Hanau (1. 11. 1961); Maria Echsel, Eschhofen/Limburg (27. 10. 1961); Johanna Gutmann, Wiesbaden (18. 11. 1961); Herta Redemann, Steinau/Schlüchtern (12. 1. 1962); Waltraud Müller, Ffm. (5. 12. 1961); Grete Höhn, Wiesbaden (1. 12. 1961); Elisabeth Scheitza, Ffm. (20. 12. 1961);

die L'innen Sondersch. L'in Irene Mai, Ffm. (9. 1. 1962); Rosemarie Sauer, Ffm. (13. 12. 1961); Marlies Aebi, Bischofsheim/Hanau (4. 12. 1961); Christel Schmidt, Okriftel/Mts. (12. 12. 1961); Stella Huwar, Ffm. (28. 10. 1961); Ruth Schmitt, Ffm. (28. 10. 1961); Rosemarie Seitz, Ffm. (8. 11. 1961); Sonja Seibert, Naurod/Mts. (16. 12. 1961); Eleonore Fuhrer, Wiesbaden (4. 12. 1961); Gertraude Schinzel-Wagner, Haigerseelbach/Dillkr. (11. 1. 1962); Irmgard Stahl, Weilmünster/Oberl. (24. 11. 1961); Hannelore Fricdrich, Eschbach/Usingen (30. 1. 1962); Gisela Opitz, Frankfurt am Main (21. 2. 1962); Else Eysell, Ffm. (17. 2. 1962); Anneliese Loeper, Ffm. (30. 1. 1962); Lore Büttner, Frankfurt am Main (23. 2. 1962); Erna Allgaier, Ffm. (27. 6. 1962); Annemarie Hanusseck, Ffm. (6. 3. 1962); Ingeborg Wölk, Wiesbaden (24. 3. 1962); Erna Bachmann, Eltville/Rhg. (14. 5. 1962); Ingeborg Becker, Limburg (14. 3. 1962); Inge Schumacher, Ffm. (26. 4. 1962); Gisela Schmidt, Herborn/Dillkr. (4. 7. 1962); Hedi Hillenbrand, Eibach/Dillkr. (30. 6. 1962); Gertrud Goebel, Ffm. (3. 4. 1962); Ursula Brenk, Wetzlar (19. 4. 1962); Brunhilde Storrer, Krodorf-Gleiberg/Wetzlar (26. 4. 1962); Wiltrud Volkensfeld, Ffm. (30. 3. 1962); Ruth Kullick, Wiesbaden (4. 5. 1962); Ursula Lütgert, Schloßborn/Mts. (8. 5. 1962); Anni Hausteiner, Rückingen/Hanau (28. 5. 1962); Ursula Schmidt-Schaun, Ffm. (11. 5. 1962); Eva-Maria Köppen, Ffm. (25. 5. 1962); Elfriede Höhlfelder, Ffm. (24. 5. 1962); Johanna Ax, Wehen/Untert. (24. 5. 1962); Ruthild Gutzeit, Kriftel/Mts. (16. 5. 1962); Elfriede Leschner, Großauheim/Hanau (19. 6. 1962); Gerda Klaffs, Limburg (19. 6. 1962); Rosemarie Ferger, Kiedrich/Rhg. (20. 6. 1962);

die techn. L'innen Anneliese Römer, Ffm. (20. 12. 1961); Ilse Ardel, Mottgers/Schlüchtern (20. 2. 1962); Lotte Allmendinger, Wiesbaden (30. 3. 1962); Marianne Schmidt, Wetzlar (11. 5. 1962); Gerda Kraft, Wehen/Unt. (1. 6. 1962); Käthe Karbe, Wiesbaden (30. 5. 1962); Ingeborg Wiese, Eidengesäß/Gelnh. (5. 7. 1962); Else Bartz, Allendorf/Dillkreis (4. 7. 1962);

III. in den Ruhestand versetzt

die Lehrer Gerhard Neumann, Dornholzhausen/Obert. (1. 12. 1961); August Reiß, Ffm. (1. 4. 1962); Alois Bug, Oberursel/Obert. (1. 4. 1962); Hans Habermann, Hanau (1. 4. 1962); Eduard Thiel, Burg/Dillkr. (1. 4. 1962); Wilhelm Peiler, Günterod/Bied. (1. 4. 1962); Willy Schneider, Hanau (1. 4. 1962); Eduard Presser, Steckenroth/Unt. (1. 4. 1962); Ferdinand Stein, Hesseldorf/Gelnh. (1. 4. 1962); Kurt Gerber, Ffm. (1. 4. 1962); Richard Schulz, Ffm. (1. 4. 1962); Albert Klein, Niederseelbach/Unt. (1. 4. 1962); Franz Kuch, Lindenhof/Hanau/Limburg (1. 4. 1962); Erwin Rutzen, Wiesbaden (1. 4. 1962); Karl Bausback, Ffm. (1. 4. 1962); Georg Galuschka, Ransel/Rhg. (1. 4. 1962); Wilh. Becker, Naunheim/Wetzlar (1. 4. 1962); Hch. Tümmerrmann, Ffm. (1. 4. 1962); Alois Weimar, Wiesbaden (1. 5. 1962); Erwin Baldus, Kelkheim/Mts. (1. 4. 1962); Karl Wollweber, Obertiefenbach (1. 4. 1962); Bruno Rückert, Laubuseschbach/Oberl. (1. 4. 1962); Christian Siebert, Bergen-Enkheim/Hanau (1. 5. 1962); Albert Hahn, Wiesbaden (1. 4. 1962); Otto Klemm, Ffm. (1. 5. 1962); Walter Poller, Ffm. (1. 4. 1962); Hermann Schulz, Ffm. (1. 4. 1962); Willi Dombrowski, Wiesbaden (1. 6. 1962); Otto Schwägerl, Bad Orb/Gelnh. (1. 6. 1962); Georg Hoffmann, Hanau (1. 7. 1962); Erich Otto, Ffm. (1. 7. 1962); Fritz Hartenstein, Ffm. (1. 7. 1962); Wilh. Heiland, Nauborn/Wetzlar (1. 8. 1962); Heinrich Schmidt, Hanau (1. 8. 1962); Karl Schlag, Idstein (Ts.) (1. 9. 1962); Albert Müller, Ffm. (1. 8. 1962);

die Realsch.L. Ignatius Helling, Flörsheim/Mts. (1. 1. 1962); Eduard Wiesman, Ffm. (1. 1. 1962); Robert Becker, Friedrichsdorf/Obert. (1. 9. 1962); Richard Bay, Ffm. (1. 4. 1962); Johann Lehr, Birstein/Gelnh. (1. 4. 1962); Friedrich Andreas Schmidt, Ffm. (1. 4. 1962); Eduard Neitzer, Idstein/Unt. (1. 4. 1962); Franz Maxsein, Ffm. (1. 4. 1962); Arno Steinhäuf, Hanau (1. 6. 1962); Martin Schön, Hofheim/Mts. (1. 9. 1962); Hugo Kühnl, Limburg (1. 10. 1962); die Hptl. Rudolf Hardt, Grävenwiesbach/Usingen (1. 4. 1962);

Isidor Stillger, Stierstadt/Obert. (1. 4. 1962); Ernst Ebener, Aßlar/Wetzlar (1. 4. 1962); Hugo Engel, Bicken/Dillkreis (1. 4. 1962); Ernst Bessert, Allendorf/Wetzlar (1. 4. 1962); Jakob Frey, Holzhausen/Bied. (1. 4. 1962); Josef Krutschmer, Niederhadamar/Limburg (1. 4. 1962); Wilh. Stückrath, Messelden/Limburg (1. 4. 1962); Walter Haibach, Laubuseschbach/Oberl. (1. 4. 1962); Wilh. Sproy, Groß-Rechtenbach/Wetzlar (1. 5. 1962);

die Sondersch.L. Georg Wehnert, Bad Homburg/Obert. (1. 4. 1962); Friedr. Kirchner, Ffm. (1. 4. 1962);

Taubsth L. Ernst Husemeyer, Camberg/Limburg (1. 10. 62); die Konr. Rudolf Lillinger, Ffm. (1. 4. 1962); Wilh. Krieger, Dörnigheim/Hanau (1. 4. 1962); Gottfried Maxeiner, Wetzlar (1. 4. 1962); Theodor Sollors, Ffm. (1. 4. 1962); Karl Heimbach, Ffm. (1. 10. 1962); Alois Gorissen, Ffm. (1. 10. 1962);

Sondersch. Konr. Willi Schubert, Ffm. (1. 4. 1962); die Direktoren August Kleinert, Schwalbach Mts. (1. 2. 62); Leopold Müller, Wiesbaden (1. 4. 62); Albert Glasner, Burgsolms/Wetzlar (1. 4. 62); Gustav Maul, Rückingen (Hanau) (1. 4. 62); Paul Wendt, Frohnhausen/Dillkr. (1. 4. 1962); Josef Mörtl, Oberursel/Obert. (1. 4. 62); Ernst Polke, Hochstadt/Hanau (1. 4. 62); Louis Schwenk, Wiesbaden (1. 4. 62); Alois Kontek, Eddersheim Mts. (1. 4. 62); August Pfeiffer, Bleidenstadt/Unt. (1. 5. 62); Erwin Henkel, Bad Orb/Gelnh. (1. 4. 62); Alfred Herzog, Wiesbaden (1. 4. 62); Realsch. Rekt. Fritz Laue, Ffm. (1. 4. 62);

Realsch. Konr. Dr. Philipp Faerber, Hanau (1. 10. 62); die L'innen Emilie Hegemann, Kirberg/Limburg (1. 10. 62); Hilde Tixel, Krodorf-Gleiberg/Wetzlar (1. 9. 62); Renate Börner, Ffm. (1. 1. 62); Else Hahner, Herborn/Dillkr. (1. 1. 1962); Martha Sielisch, Waldgirmes/Wetzl. (1. 1. 1962); Gertrud Mecklenburg, Ffm. (1. 4. 62); Petronella Bendel, Merkenbach/Dillkr. (1. 4. 62); Kath. Bannert, Bad Homburg (Obert.) (1. 4. 62); Maria Braun, Ffm. (1. 4. 62); Mathilde Robl, Großauheim/Hanau (1. 4. 62); Anne-Marthe Glinder, Hochstadt/Hanau (1. 5. 62); Anna Becker, Michelbach/Unt. (1. 4. 62); Luise Steinhauer, Wiesbaden (1. 4. 62); Marg. Goldschmidt, Oberursel/Obert. (1. 4. 62); Annemarie Liebetanz, Wiesbaden (1. 4. 62); Maria Mißlin, Ffm. (1. 4. 62); Johanna Janssen, Altengronau/Schlücht. (1. 4. 62); Alexandra Schörg, Ffm. (1. 4. 62); Dr. Maria Petermann, Dillenburg (1. 5. 62); Aurelia Jagi, Roth/Gelnh. (1. 9. 62); Hildegard Scheibe, Hanau (1. 5. 62); Wilma Meister, Wiesbaden (1. 5. 62); Annemarie Becker, Kelkheim/Mts. (1. 6. 62); Else Willbrand, Hanau (1. 6. 62); Brunhilde Rudolf, Wiesbaden (1. 6. 62); Maria Reißmann, Ffm. (1. 7. 62);

die techn. L'innen Magdalene Schmidt, Bieber/Gelnh. (1. 1. 1962); Emilie Vorberg, Ffm. (1. 4. 62); Katharina Fluck, Ffm. (1. 4. 62); Emmy Hübner, Hanau (1. 4. 62); Auguste Schütz, Wiesbaden (1. 3. 62); Elis. Kurzenberger, Ffm. (1. 4. 1962); Hildegard Sinn, Bad Soden Mts. (1. 6. 62); Kath. Kämmerer, Großauheim/Hanau (1. 10. 62); Margarete Paul, Wetzlar (1. 10. 62);

die Realsch.L'innen Gertrud Busse, Wiesbaden (1. 4. 62); Else Bergweiler, Ffm. (1. 4. 62); Justine Frey, Ffm. (1. 4. 1962); Maria Schneider, Ffm. (1. 6. 62); Max Kratz, Dillenburg (1. 9. 62); Wilhelmine Marion, Ffm. (1. 10. 62); Elfriede Hühn, Wiesbaden (1. 10. 62); Martha Giebeler, Wiesbaden (1. 10. 62); Waltraud Eckes, Ffm. (1. 9. 62); Agnes Hininger, Ffm. (1. 10. 62);

Hptl.'in Margarete Schwarz, Mammolshain/Obert. (1. 2. 62); Konrektorin Anna Schell, Bad Homburg/Obert. (1. 4. 62); Realsch.-Rekt. Käthe Weimer, Wiesbaden (1. 4. 62);

IV. Entlassungen

die apl. L. Horst Großmann, Ffm. (1. 8. 62); Erich Schultchen, Idstein/Hanau (1. 4. 62); Dietrich Piehl, Ffm. (1. 7. 62); Realsch.-L. Engelbert Schickel, Ffm. (1. 4. 62); Alfred Ardel, Bad Homburg/Obert. (4. 5. 62); Eberhard Brenner, Kelkheim/Ts. (1. 4. 62); Martin Seiler, Ffm. (1. 5. 62); Franz-Xave. Lange, Ffm. (1. 10. 62); Helmuth Blumenröther, Ffm. (1. 10. 62); Lehrer Erich Geißler, Ffm. (1. 4. 1962); die apl. L'innen Ingrid Gries, Sulzbach/Maint. (1. 1. 62); Brigitte Kritzler, Aßlar/Wetzlar (1. 1. 62); Renate Lasson, Ffm. (1. 2. 62); Christel Schmitt, Neuengronau/Schlücht. (1. 4. 62); Elisabeth Sturm, Aßmannshausen/Rhg. (1. 4. 62); Hedwig Krzywanek, Ffm. (1. 4. 62); Beatrix Laube, Oberursel/Obert. (1. 5. 62); Ursula Brauburger, Obertiefenbach (Oberl.) (1. 3. 62); Hildeg. Lasch, Ffm. (1. 4. 62); Ingrid

Grieshammer, Wiesbaden (1. 4. 62), Helga Krischer, Ffm. (1. 4. 62), Johanna Köhlmann, Birstein/Gelnh. (1. 5. 62), Edith Detke, Wiesbaden (1. 5. 62), Karla Ruebsam, Biskirchen/Wetzlar (15. 8. 62), Mechthild Gies, Ffm. (1. 6. 1962), Brigitte Haber, Flörsheim/Mts. (1. 8. 62), Ingeborg Hiller, Bad Homburg/Obert. (1. 6. 62), Ursula Wake, Ffm. (1. 8. 62), Elisabeth Schmitt, Erbach/Rhg. (1. 10. 62);

die apl. techn. L'innen Rosa Elliessen, Ffm. (1. 9. 62), Hildegard Arlinghausen, Ffm. (1. 10. 62), Ingeborg Morschbach, Ffm. (1. 2. 62), Irmgard Bauer, Katzenfurt/Wetzlar (1. 4. 62), Erika Hübel, Ffm. (1. 5. 62);

die apl. Realsch.-L'innen Regina Eberhardt, Rüdeshelm/Rhg. (1. 3. 62), Lieselotte Dern, Ffm. (1. 4. 62), Ursula Thürnagel, Rüdeshelm/Rhg. (1. 4. 62), Ilse Flötenmeier, Ffm. (1. 5. 62), Ilse Schubert, Ffm. (1. 10. 62);

Realschul'in Hildegard Werdermann, Ffm. (1. 10. 62); Sonderschul.L'in Liesel Ploch, Ffm. (1. 4. 62);

die L'innen Renate Brach, Ffm. (1. 1. 62), Maria Möller, Ffm. (1. 12. 61), Helga Bonerz, Wiesbaden (1. 4. 62), Marianne Schneider, Wetzlar (1. 4. 62), Gertrud Müller, Herborn/Dillkrs. (1. 1. 62), Elis.-Charl. Horn, Bad Homburg (Obert.) (1. 5. 62), Waltraut Baumann, Wachenbuchen (1. 4. 1962), Ilse Otto, Ffm. (1. 4. 62), Paula Funk, Ffm. (1. 4. 62), Erika Walzik, Hadamar/Limburg (1. 5. 62), Gerlinde Kocanda, Schwalbach/Mts. (1. 8. 62), Hildegunde Link, Eppstein/Mts. (1. 8. 62), Ursula Friedrich, Wallau/Bied. (6. 5. 1962), Marg. Werner, Ffm. (1. 10. 62), Gisela Opitz, Ffm. (1. 10. 62), Ilse-Elis. Schön, Niederreifenberg/Mts. (1. 8. 1962), Gertrud Scheuermann, Ffm. (15. 9. 62), Lieselotte Schweitzer, Ffm. (1. 10. 62), Rosemarie Eschenauer, Ffm. (1. 10. 62); Margarete Lutz, Königstein/Obert. (1. 10. 62), Lieselotte Weber, Ffm. (1. 10. 62), Helga Büschentfeld, Wiesbaden (1. 9. 62), Irmgard Walther, Wetzlar (1. 10. 62).

Wiesbaden, 31. 8. 1962

Der Regierungspräsident
II 2 (I) / II 2 (I) 2
StAnz. 38/1962 S. 1286

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen (Nachgeordnete Behörden)

ernannt bzw. befördert:

Angestellter Kurt Grimm zum Amtsgehilfen — Sozialgericht Marburg/Lahn — (8. 1. 1962);

Regierungsobersekretär Bruno von Schuckmann zum Regierungshauptsekretär — Sozialgericht Frankfurt/Main — (31. 1. 1962);

Regierungssekretär Ernst Rühl zum Regierungsobersekretär — Sozialgericht Gießen — (27. 2. 1962);

Regierungsobersekretär Oswald Baldus zum Regierungshauptsekretär — Arbeitsgericht Wiesbaden — (26. 2. 1962); Regierungsobersekretär Karl Lehr zum Regierungsinspektor — Hessisches Landessozialgericht Darmstadt — (28. 2. 1962);

Oberamtsgehilfe Andreas Rumpf zum Hauptamtsgehilfen — Sozialgericht Kassel — (12. 3. 1962);

Verwaltungsangestellte Brigitta Krämer zur Regierungsinsp.-Anwärterin — Arbeitsgericht Wiesbaden — (1. 4. 1962);

Arbeitsgerichtsvorsitzender Karl Debus zum Arbeitsgerichtsrat, unter gleichzeitiger Ernennung zum Berufsrichter auf Lebenszeit — Arbeitsgericht Kassel — (2. 5. 1962);

Landessozialgerichtsrat Heinz Raschert zum Senatspräsidenten — Hessisches Landessozialgericht Darmstadt — (4. 6. 1962);

ernannt zum Berufsrichter auf Lebenszeit:

Sozialgerichtsrat Dr. Hermann Götz — Sozialgericht Frankfurt/Main — (10. 8. 1962);

Sozialgerichtsrat Hans-Joachim Fährdrich — Sozialgericht Gießen — (13. 8. 1962);

in den Ruhestand versetzt:

Regierungshauptsekretär Karl Aulbach — Hessisches Landessozialgericht Darmstadt — mit Wirkung vom 1. April 1962;

Landessozialgerichtsrat Dr. Erich Bernhardt — Hessisches Landessozialgericht Darmstadt — mit Wirkung vom 1. November 1962;

Regierungsinspektor Bernhard Kolbe — Sozialgericht Kassel — mit Wirkung vom 1. November 1962;

Senatspräsident Otto Sauer — Hessisches Landessozialgericht Darmstadt — mit Wirkung vom 1. Dezember 1962.

Wiesbaden, 7. 9. 1962

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Z 2 c — 7 0 16

StAnz. 38/1962 S. 1291

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

a) Ministerium:

ernannt zum Ministerialrat Regierungsdirektor (BaL) Karl Hermann, 18. 7. 1962, Regierungsrat (BaP) Verw.-Ang. Franz Thomae, 18. 7. 1962, Oberamtsgehilfen Amtsgehilfe (BaL) Karl Bachofner, 16. 8. 1962;

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Regierungsrat Franz Fiedler, 9. 7. 1962, Regierungsrat Hans-Joachim Pöhl, 13. 7. 1962;

b) Landeskulturverwaltung:

ernannt zum ap. Regierungssekretär (BaP) Regierungssekretäranwärter Werner Schmidt, Kulturamt Marburg, 12. 7. 1962, Regierungsbauamtmann Regierungsbauinspektor (BaL) Otto Wirths, Landeskulturamt, 20. 8. 1962;

in den Ruhestand versetzt:

Verm.-Oberinspektor Georg Bentlage, Kulturamt Fulda, mit Ablauf des Monats August 1962;

Verm.-Obersekretär Adolf Schuchardt, Kulturamt Lauterbach — ASt. Schotten — mit Ablauf des Monats August 1962;

c) Wasserwirtschaftsverwaltung

ernannt

zum Oberregierungsbaurat Regierungsbaurat (BaL) Helmut Duda, Wasserwirtschaftsamt Kassel 10. 7. 1962;

zum Regierungsbaurat, Regierungsbauassessor (BaP) Kurt Beissert, Reg.-Präs. Kassel, 10. 7. 1962;

zur Regierungsobersekretärin Regierungsssekretärin (BaL) Marie Fey, Reg.-Präs. Darmstadt, 30. 7. 1962;

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Regierungsbauinspektor Horst Hartert, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg, 31. 7. 1962;

Regierungsbauinspektor Hans Schramm, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg, 31. 7. 1962;

Regierungsbauinspektor Artur Knipp, Wasserwirtschaftsamt Wiesbaden — ASt. Hanau — 27. 8. 1962;

d) Hess. Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim/Rhg.

ernannt

zum Direktor und Professor (BaL) Professor Dr. Kurt Hennig, 10. 8. 1962;

zum Professor (BaP) Dipl.-Chemiker Dr. Karl Wucherpfennig, 10. 7. 1962.

Wiesbaden, 8. 9. 1962

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

I b 7 0 16 03

Forstverwaltung

ernannt

zum Direktor der Landesforstschule Oberforstmeister (BaL) Rudolf Immel, Forstschule Schotten, 6. 8. 1962;

zum Oberforstrat Oberforstmeister (BaL) Dr. Heinz Leyendecker, RP Darmstadt, 27. 6. 1962;

zum Forstmeister (BaL) Forstassessor Philipp Rudolph, Ober-Ramstadt, 15. 8. 62;

zum Regierungsrat (BaP) Hildmar Poenicke, FEA Gießen, 15. 8. 62;

zu Forstassessoren (BaP) Ass. im Forstdienst Karl-Eckart, Bänfer, RP Darmst., 10. 7. 62, Ass. im Forstd. Udo Hanstein, RP Wiesb., 27. 6. 62, Ass. im Forstd. Gerhard Homburg, Fo.-Sch. Schotten, 27. 6. 62, Ass. im Forstd. Rüdiger Riebeling, Bez. Kassel, 27. 6. 62;

zum Forstamtmann Oberförster (BaL) Kurt Beitzel, Göringen, 12. 7. 62;

zum Oberförster Revierförster (BaL) Heinrich Berthold, B.-Wildungen, 16. 8. 62, Revierförster (BaL) Paul Freyer, Ehlen, 16. 8. 62, Revierförster (BaL) Erich Gruschka, Melsungen, 16. 8. 62, Revierförster (BaL) Karl Klatt, Krodorf, 10. 7. 62, Revierförster (BaL) Hans Klingauf, Frankenberg, 16. 8. 62, Revierförster (BaL) Konrad Koß, Fulda-Süd, 16. 8. 62, Revierförster (BaL) Rudolf Sachse, Korbach-Nord, 16. 8. 62, Revierförster (BaL) Heinrich Scharf, Rhoden, 16. 8. 62, Revierförster (BaL) Bruno Springs, Fulda-Süd, 16. 8. 62;

zum Revierförster ap. Revierförster (BaP) Gerhard Jurkowiak, Beerfelden, 27. 8. 62;

zum Revierförster (BaL) ap. Revierförster Erich Schäfer, B.-Sooden-A., 16. 8. 62;

zum Reg.-Inspektor (BaL) ap. Reg.-Inspekt. Heinz Lorum, Dornberg, 27. 8. 62;

in den Ruhestand versetzt:

Oberförster Karl Trostmann, Reichensachsen, August 1962;
Oberförster Paul Roempler, Salmünster, August 1962;
Forstmeister Walter Mackeldey, Hofgeismar, September 62;
Forstmeister Walter Schettler, Friedewald, September 62;
Oberförster Alfons Brüger, Neuhoof-West, September 1962;
Revierförster Paul Müller, Bad Homburg, Oktober 1962;

entlassen wurde auf eigenen Antrag:

Revierförsteranwärter Dieter Klipstein, mit Wirkung vom 16. 7. 1962.

Wiesbaden, 8. 9. 1962

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
Ib — 7 0 16/03

StAnz. 38/1962 S. 1291

1063 WIESBADEN

Regierungspräsidenten

Anordnung zum Schutze der Trinkwasserversorgungsanlage der Gemeinde Niedertiefenbach, Oberlahnkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Niedertiefenbach, Oberlahnkreis, ordne ich gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 27. 7. 1957 — BGBl. I S. 1110 — in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 — GVBl. S. 69 — folgendes an:

§ 1

Zum Schutze der Trinkwasserversorgungsanlage der Gemeinde Niedertiefenbach, Oberlahnkreis wird ein Wasserschutzgebiet festgesetzt. Der Fassungsgebiet und die engere Schutzzone umfassen die in dem zugehörigen Verzeichnis aufgeführten Flurstücke. Im übrigen ergeben sich die Grenzen und die Gliederung des Wasserschutzgebietes aus seinem Plan.

§ 2

Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in:

- I. den Fassungsgebiet,
- II. eine engere Schutzzone und
- III. eine weitere Schutzzone.

§ 3

Es gelten die folgenden Schutzbestimmungen:

I. Im Fassungsgebiet:

1. Eingriffe aller Art unter die Erdoberfläche, das Einbringen von schädlichen Stoffen in den Boden sowie alle sonstigen Betätigungen und Maßnahmen, durch die das Grundwasser erfahrungsgemäß verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften nachteilig verändert werden kann, sind verboten, ausgenommen notwendige Arbeiten an den Wassergewinnungsanlagen selbst.

2. Das unbefugte Betreten oder Befahren des Fassungsgebietes durch betriebsfremde Personen ist verboten. Der Fassungsgebiet ist in geeigneter Weise, etwa durch einen Zaun oder eine Hecke, einzufriedigen und durch Warntafeln in ausreichender Zahl zu kennzeichnen. Die nicht für die Wassergewinnungsanlagen benutzten Flächen sind möglichst als Rasen anzulegen und dürfen weder mit künstlichem noch mit natürlichem Dünger gedüngt werden.

II. In der engeren Schutzzone:

1. Eingriffe aller Art unter die Erdoberfläche wie Errichtung oder Veränderung von Bauwerken im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung, Grabungen, Ausschachtungen, Planierungen, Dränungen, Rohrführungen, Bohrungen und sonstige Erdaufschlüsse einschließlich der Anlegung von Kies- und Sandgruben sind verboten.

2. Das Einbringen in den Boden und das Lagern von festen oder flüssigen Stoffen und Abfallstoffen sowie alle

Betätigungen und Maßnahmen, durch die das Grundwasser erfahrungsgemäß verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften nachteilig verändert werden kann, sind verboten.

3. Ausnahmen von den Bestimmungen zu Nr. 1 und 2 dürfen nur zugelassen werden, wenn durch im einzelnen zu bestimmende Maßnahmen und Auflagen jede schädliche Einwirkung auf das Grundwasser mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Über solche Ausnahmen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde.

4. Friedhöfe, Tankstellen, Treibstoff- und Öllager, Gewerbebetriebe mit Anfall von Abwasser jeglicher Art oder von sonstigen schädlichen Stoffen, die Anlage von offenen Gewässern (wie Stauanlagen, Gräben, Teichen, Weihern und anderen Überflutungen), Wassergewinnungsanlagen (Brunnen, Sickeranlagen und dgl.), Kläranlagen, Müllplätze und ähnliche Ablagerungen von schädlichen Stoffen (wie Bau- und Industrieschlacken, Chemikalien und dgl.), das Vergraben von Tierleichen sowie die Verrieselung oder Verregnung von Abwasser sind in der engeren Schutzzone ohne Ausnahme verboten.

5. Eine Düngung der Grundstücke in der engeren Schutzzone ist nur mit solchen Kunstdüngern zugelassen, die keine schädliche Einwirkung auf das Grundwasser haben können. Auch Naturdünger darf verwendet werden, wenn er sofort nach der Anfuhr ausgebreitet wird, desgl. Jauche.

6. Die Anlage von Sportplätzen sowie Zelt- und anderen Lagerplätzen und das Baden in offenen Gewässern sind in der engeren Schutzzone verboten.

Staatsanzeiger — Ben — 14. 9.

III. In der weiteren Schutzzone:

1. In der weiteren Schutzzone sind alle Maßnahmen verboten, die eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nach sich ziehen können.

2. Insbesondere sind Bauwerke und sonstige Anlagen aller Art, die — durch ihren Verwendungszweck bedingt — das Grundwasser schädlich verunreinigen oder sonst seine Eigenschaften nachteilig verändern können, nur zulässig, wenn geeignete Vorkehrungen getroffen werden, die dies verhindern (z. B. wasserdichter Anschluß an die Ortskanalisation oder, wo dies nicht möglich ist, Abführung des Abwassers in dichten Leitungen aus dem Schutzgebiet hinaus oder in undurchlässige, dicht schließende Behälter oder Sammelgruben ohne Überlauf, soweit sie nach der Hessischen Bauordnung zulässig sind).

3. Nicht zugelassen sind Kläranlagen und Müllplätze.

4. Das Einbringen von sonstigen festen oder flüssigen Stoffen in den Boden ist verboten, soweit dadurch die in Nr. 1 erwähnten schädlichen Folgen zu befürchten sind. Die Düngung mit natürlichen oder künstlichen Stoffen ist zulässig, nicht jedoch die Verrieselung oder Verregnung von Abwasser.

5. Die Lagerung bzw. Beförderung durch Leitungen von festen, flüssigen oder gasförmigen gewässerschädlichen Stoffen ist nur zulässig, wenn durch bauliche Maßnahmen sichergestellt wird, daß diese Stoffe auf keinen Fall in den Boden bzw. in ein Gewässer gelangen können.

6. Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, sowie ähnliche Erdaufschlüsse sind wenigstens einen Monat vor Beginn der Arbeiten der unteren Wasserbehörde (Landrat) anzuzeigen und können von dieser, falls durch die Maßnahme das Grundwasser verunreinigt werden kann, verboten werden. Wird das Verbot nicht binnen einem Monat nach Eingang der Anzeige ausgesprochen, so gilt die angezeigte Maßnahme als genehmigt. Derartige Anlagen dürfen nicht mit Müll und anderen gewässerschädlichen Stoffen aufgefüllt werden.

§ 4

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen (insbesondere §§ 26 und 34 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 26 des Hessischen Wassergesetzes) und ihre Ausführungsvorschriften bleiben unberührt.

§ 5

(1) Diejenigen Behörden, die nach den gesetzlichen Bestimmungen für einschlägige Genehmigungen zuständig sind, z. B. die Bauaufsichtsbehörde, die untere Wasserbehörde usw., haben bei den von ihnen zu erteilenden Genehmigungen die besonderen Grundwasserschutzbestimmungen zu beachten, die in dieser Anordnung enthalten sind.

(2) Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat der Landrat des Oberlahnkreises in Weilburg (Lahn) als untere Wasserbehörde die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen.

§ 6

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 (1) Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 116 (3) des Hessischen Wassergesetzes als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

Wiesbaden, 14. 6. 1962

Der Regierungspräsident

III 5 — 25 (N/15)

StAnz. 38/1962 S. 1292

1064

Anordnung zum Schutze der Trinkwasserversorgungsanlage der Gemeinde Wirbelau/Oberlahnkreis

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Wirbelau, Oberlahnkreis, ordne ich gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 27. 7. 1957 — BGBl. I S. 1110 — in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 — GVBl. S. 69 — folgendes an:

§ 1

Zum Schutze der Trinkwasserversorgungsanlage der Gemeinde Wirbelau, Oberlahnkreis, wird ein Wasserschutzgebiet festgesetzt. Der Fassungsbereich und die engere Schutzzone umfassen die in dem zugehörigen Verzeichnis aufgeführten Flurstücke. Im übrigen ergeben sich die Grenzen und die Gliederung des Wasserschutzgebietes aus seinem Plan.

§ 2

Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in:

- I. den Fassungsbereich,
- II. eine engere Schutzzone und
- III. eine weitere Schutzzone.

§ 3

Es gelten die folgenden Schutzbestimmungen:

I. Im Fassungsbereich:

1. Eingriffe aller Art unter die Erdoberfläche, das Einbringen von schädlichen Stoffen in den Boden sowie alle sonstigen Betätigungen und Maßnahmen, durch die das Grundwasser erfahrungsgemäß verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften nachteilig verändert werden kann, sind verboten, ausgenommen notwendige Arbeiten an den Wassergewinnungsanlagen selbst.

2. Das unbefugte Betreten oder Befahren des Fassungsgebietes durch betriebsfremde Personen ist verboten. Der

Fassungsbereich ist in geeigneter Weise, etwa durch einen Zaun oder eine Hecke, einzufriedigen und durch Warntafeln in ausreichender Zahl zu kennzeichnen. Die nicht für die Wassergewinnungsanlagen benutzten Flächen sind möglichst als Rasen anzulegen und dürfen weder mit künstlichem noch mit natürlichem Dünger gedüngt werden.

3. Der durch den Fassungsgebiet führende Vorfluter ist dicht zu verrohren.

II. In der engeren Schutzzone:

1. Eingriffe aller Art unter die Erdoberfläche wie Errichtung oder Veränderung von Bauwerken im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung, Grabungen, Ausschachtungen, Planierungen, Dränungen, Rohrführungen, Bohrungen und sonstige Erdaufschlüsse einschließlich der Anlegung von Kies- und Sandgruben sind verboten.

2. Das Einbringen in den Boden und das Lagern von festen oder flüssigen Stoffen und Abfallstoffen sowie alle Betätigungen und Maßnahmen, durch die das Grundwasser erfahrungsgemäß verunreinigt oder sonst in seinen Eigenschaften nachteilig verändert werden kann, sind verboten.

3. Ausnahmen von den Bestimmungen zu Nr. 1 und 2 dürfen nur zugelassen werden, wenn durch im einzelnen zu bestimmende Maßnahmen und Auflagen jede schädliche Einwirkung auf das Grundwasser mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Über solche Ausnahmen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde.

4. Friedhöfe, Tankstellen, Treibstoff- und Öllager, Gewerbebetriebe mit Anfall von Abwasser jeglicher Art oder von sonstigen schädlichen Stoffen, die Anlage von offenen Gewässern (wie Stauanlagen, Gräben, Teichen, Weihern und anderen Überflutungen), Wassergewinnungsanlagen (Brunnen, Sickeranlagen und dgl.), Kläranlagen, Müllplätze und ähnliche Ablagerungen von schädlichen Stoffen (wie Bau-schutt, Industrieschlacken, Chemikalien und dgl.), das Vergraben von Tierleichen sowie die Verrieselung oder Verregnung von Abwasser sind in der engeren Schutzzone ohne Ausnahme verboten.

5. Eine Düngung der Grundstücke in der engeren Schutzzone ist nur mit solchen Kunstdüngern zugelassen, die keine schädliche Einwirkung auf das Grundwasser haben können. Auch Naturdünger darf verwandt werden, wenn er sofort nach der Anfuhr ausgebreitet wird, desgl. Jauche.

6. Die Anlage von Sportplätzen sowie Zelt- und anderen Lagerplätzen und das Baden in offenen Gewässern sind in der engeren Schutzzone verboten.

III. In der weiteren Schutzzone:

1. In der weiteren Schutzzone sind alle Maßnahmen verboten, die eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nach sich ziehen können.

2. Insbesondere sind Bauwerke und sonstige Anlagen aller Art, die — durch ihren Verwendungszweck bedingt — das Grundwasser schädlich verunreinigen oder sonst seine Eigenschaften nachteilig verändern können, nur zulässig, wenn geeignete Vorkehrungen getroffen werden, die dies verhindern (z. B. wasserdichter Anschluß an die Ortskanalisation oder, wo dies nicht möglich ist, Abführung des Abwassers in dichten Leitungen aus dem Schutzgebiet hinaus oder in undurchlässige, dicht schließende Behälter oder Sammelgruben ohne Überlauf, soweit sie nach der Hessischen Bauordnung zulässig sind).

3. Nicht zugelassen sind Kläranlagen und Müllplätze.

4. Das Einbringen von sonstigen festen oder flüssigen Stoffen in den Boden ist verboten, soweit dadurch die in Nr. 1 erwähnten schädlichen Folgen zu befürchten sind. Die Düngung mit natürlichen oder künstlichen Stoffen ist zulässig, nicht jedoch die Verrieselung oder Verregnung von Abwasser.

5. Die Lagerung bzw. Beförderung durch Leitungen von festen, flüssigen oder gasförmigen gewässerschädlichen Stoffen ist nur zulässig, wenn durch bauliche Maßnahmen sichergestellt wird, daß diese Stoffe auf keinen Fall in den Boden bzw. in ein Gewässer gelangen können.

6. Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, sowie ähnliche Erdaufschlüsse sind wenigstens einen Monat vor Be-

ginn der Arbeiten der unteren Wasserbehörde (Landrat) anzuzeigen und können von dieser, falls durch die Maßnahme das Grundwasser verunreinigt werden kann, verboten werden. Wird das Verbot nicht binnen einem Monat nach Eingang der Anzeige ausgesprochen, so gilt die angezeigte Maßnahme als genehmigt. Derartige Anlagen dürfen nicht mit Müll und anderen gewässerschädlichen Stoffen aufgefüllt werden.

§ 4

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen (insbesondere §§ 26 und 34 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 26 des Hessischen Wassergesetzes) und ihre Ausführungsvorschriften bleiben unberührt.

§ 5

(1) Diejenigen Behörden, die nach den gesetzlichen Bestimmungen für einschlägige Genehmigungen zuständig sind, z. B. die Bauaufsichtsbehörde, die untere Wasserbehörde

usw., haben bei den von ihnen zu erteilenden Genehmigungen die besonderen Grundwasserschutzbestimmungen zu beachten, die in dieser Anordnung enthalten sind.

(2) Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat der Landrat des Oberlahnkreises in Weilburg (Lahn) als untere Wasserbehörde die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen.

§ 6

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 (1) Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 116 (3) des Hessischen Wassergesetzes als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

Wiesbaden, 30. 8. 1962

III 5 — 25 (W/48)

Der Regierungspräsident
StAnz. 38/1962 S. 1293

Buchbesprechungen

Hueck-Nipperdey-Dietz, **Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts.** (Arbeitsrechtliche Praxis) Kurzausgabe 1954 — 1961. XX, 989 u. 364 S., Register 8°. In Leinen 68,— DM (Subskriptionspreis bis 15. 10. 1962 58,— DM). Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Wie die amtlichen Entscheidungssammlungen des Bundesgerichtshofes durch das Nachschlagewerk von Lindenmaier-Möhning ergänzt werden, so tritt die Loseblattsammlung „Arbeitsrechtliche Praxis“ (AP) neben die im de Gruyter Verlag, Berlin, herausgegebenen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (BAG) und macht alle seit der Eröffnung des BAG im April 1954 für das Amtliche Nachschlagewerk dieses Gerichts bestimmten Entscheidungen der Öffentlichkeit zugänglich. Die AP enthält aber nicht nur die für die Rechtsentwicklung bedeutsamen Urteile und Beschlüsse des BAG mit kritischen Anmerkungen hervorragender Sachkenner aus Wissenschaft und Praxis, sondern berücksichtigt darüber hinaus auch arbeitsrechtlich wichtige Entscheidungen der anderen oberen Bundesgerichte, der Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte sowie der Gerichte anderer Gerichtszweige. Auf diese Weise verschafft das Werk seinen Benutzern einen umfassenden Überblick über die gesamte grundsätzliche arbeitsrechtliche Judikatur. Die AP, die vom Präsidenten des BAG, Professor Nipperdey, gemeinsam mit den Professoren Hueck und Dietz herausgegeben wird, umfaßt z. Z. 19 Bände und einen Registerband.

Da die Anschaffung dieser umfangreichen Sammlung naturgemäß nicht allen arbeitsrechtlich Interessierten möglich ist, haben sich die Herausgeber nunmehr entschlossen, nach dem Vorbild des Lindenmaier-Möhning eine Kurzausgabe ihres Werkes herauszubringen. Die Kurzausgabe enthält die Leitsätze aller Entscheidungen, die in der AP von der Begründung der Sammlung an bis zum 31. Dezember 1961 veröffentlicht worden sind. Die Anordnung der Leitsätze ist dieselbe wie im Hauptwerk; sie sind geordnet nach den arbeitsrechtlichen Gesetzen, innerhalb der einzelnen Gesetze nach Paragraphen und bei diesen nach laufenden Nummern. Paragraphen, zu denen besonders viele Entscheidungen ergangen sind, sind durch Stichworte untergegliedert. Bei jedem Leitsatz findet sich außer dem Hinweis auf eine eventuelle Anmerkung im Hauptwerk die Angabe etwaiger weiterer Fundstellen in Fachzeitschriften und Entscheidungssammlungen. Hierbei sind die Herausgeber mit besonderer Sorgfalt zu Werke gegangen; sie führen mitunter 12 und mehr derartige Fundstellen an. Wie das Hauptwerk enthält auch die Kurzausgabe zu zahlreichen Bestimmungen erläuternde Hinweise. Auf 364 Seiten bringt die Kurzausgabe das chronologische Fundstellenverzeichnis aller abgedruckten Leitsätze und das sehr ausführliche Sachregister aus dem Hauptwerk. Dadurch wird ein schnelles Auffinden der Entscheidungen ermöglicht.

Vom 1. Juli 1962 an erscheint die AP in einer neuen Serie „AP Ausgabe 1962 ff.“. Durch die Bestellung dieser Serie kann der Erwerber der Kurzausgabe auch über die künftige arbeitsrechtliche Rechtsprechung auf dem laufenden bleiben.

Die Kurzausgabe wird nicht nur, wie Nipperdey in seiner Einführung sagt, den bisherigen Bezieher eine wesentliche Hilfe bei der Benutzung des Gesamtwerkes sein, sondern der AP vor allem auch viele neue Freunde gewinnen. Regierungsrat Gantz

Die steuerliche Betriebsprüfung der öffentlichen Versorgungsbetriebe von Steuerrat Johann Krost. Zweite erweiterte Auflage 128 S., Glanzfolienband 11,80 DM. Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied a. Rhein.

Nach dem Körperschaftsteuergesetz sind nicht die Körperschaften des öffentlichen Rechts (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände u. a.), sondern nur ihre Betriebe gewerblicher Art für ihre Einkommen aus privatwirtschaftlicher Tätigkeit steuerpflichtig, ohne daß es bei ihnen auf eine eigene Rechtspersönlichkeit oder auf die Absicht der Gewinnerzielung ankommt. Die öffentlichen Versorgungsbetriebe unterliegen daher der regelmäßigen turnusmäßigen Betriebsprüfung.

Als Betriebe der öffentlichen Hand müssen sie aber nicht nur die steuerlichen Vorschriften und handelsrechtlichen Bestimmungen, sondern auch die für ihre Verwaltung ergangene Eigenbetriebsverordnung beachten. In Hessen ist an deren Stelle das Eigenbetriebsgesetz vom 9. März 1957 getreten. Daneben sind wichtig die Konzessionsabgabenordnung — Energie, die Ausführungsan-

ordnung hierzu und die ergangenen Durchführungsbestimmungen zu beiden Ordnungen.

Steuerrat Johann Krost stellt in der nunmehr vorliegenden zweiten erweiterten Auflage in übersichtlicher und leicht verständlicher Form die maßgeblichen Bestimmungen aus allen diesen verstreuten Rechtsvorschriften zusammen, die für die Bearbeitung der steuerrechtlichen Angelegenheiten und für die Verwaltung und Rechnungslegung der öffentlichen Versorgungsbetriebe als umfassende Arbeitsgrundlage gelten können. Seine Erläuterungen bringen in den Hauptabschnitten Buchführung, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer ausreichende Darlegungen aller zu beachtenden Gesichtspunkte und der sich jeweils aufwerfenden Probleme, z. B. steuerliche Abgrenzungsmerkmale, die Besteuerung der kleinen Körperschaften, die Zusammenfassung eines Betriebs gewerblicher Art mit einem Hohelheitsbetrieb, die neuerdings oft erörterte Einbringung in eine Kapitalgesellschaft, die maßgeblichen ausführlichen Abschreibungstabellen, Fragen zur Pensionsrückstellung, zur verdeckten Gewinnausschüttung und die steuerlichen Bestimmungen für die Behandlung der Konzessionsabgaben für den Zeitraum vor dem 1. April 1959 und für die Zeit danach gemäß dem neuesten Ländererlaß. Die dankenswerte Zusammenstellung und Erläuterung kann jedem öffentlichen Versorgungsbetrieb recht empfohlen werden. Ministerialrat Erier

Finanzwissenschaft III. Besondere Steuerlehre. von Prof. Dr. Heinz Kolms, Sammlung Götschen, Band 776, 178 S., 1962, 3,60 DM. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin.

Im dritten Band seiner Gesamtdarstellung der Finanzwissenschaft behandelt Kolms die besondere Steuerlehre. Als Gliederungskriterium hat er das Steuerobjekt gewählt, da ihm dieses bei der Vielfalt der bestehenden Steuerarten für eine Systematisierung am förderlichsten erscheint. Besonders betont Kolms — damit wiederholt er seine Auffassung, die er in den beiden vorausgegangenen Bänden schon vertreten hat —, daß „in den Staatsfinanzen vor allem ein Instrument zur Erreichung politischer Zielsetzung zu sehen“ sei. Unter diesem Gesichtspunkt werden die einzelnen Steuern gewürdigt. Der Frage der Steuerwirkungen wird aus demselben Grunde eine besondere Bedeutung beigemessen.

Kolms läßt der Darstellung nach Begriff und Arten der Steuergruppen eine Würdigung der einzelnen Steuern folgen. Dann geht er auf ihre geschichtliche Entwicklung ein, wobei er zum Beispiel bei der Einkommensteuer die Einkommensbesteuerung in Deutschland, Frankreich, Groß-Britannien und den USA in ihrem zeitlich und inhaltlich unterschiedlichen Verlauf knapp und übersichtlich schildert. Allerdings wird bei diesem Ländervergleich die Sowjetunion mit einem Satz abgetan; bei den Verkehrsteuern jedoch macht Kolms auf die besondere Bedeutung einer „allgemeinen“ Umsatzsteuer in der Sowjetunion aufmerksam, die dort nach seiner Darstellung zusammen mit den Gewinnabführungen der Staatsunternehmungen die weitaus wichtigste staatsfinanzielle Einnahmequelle ist, da sie die Funktion einer Lenkungssteuer habe. Kolms weist darauf hin, daß man in Mitteleuropa dem sowjetischen Beispiel gefolgt sei.

Im Vordergrund seiner Betrachtungen stehen jedoch die deutschen Steuern und die besonderen steuerlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik einschließlich der im dauernden Wandel begriffenen Steuergesetzgebung. Dabei ist hervorzuheben, daß Kolms neben der Lehre von den Steuerwirkungen auch die institutionellen Gegebenheiten zum wesentlichen Bestandteil seiner Darlegungen macht.

Der Band ist anschaulich und gegenwartsnahe geschrieben und regt zur Auseinandersetzung an, zumal es Kolms versteht, die Problematik der einzelnen Steuerarten aufzudecken. In einem Tabellenanhang werden die kassenmäßigen Steuereinnahmen aus Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern von 1950, 1953—1960 aufgeführt und in Relation zum gesamten Steueraufkommen und zum Nettosozialprodukt gebracht. Es folgt eine Aufgliederung der Einkommen-, Vermögen-, Ertragsteuern sowie der Zuwachs-, Verkehrs-, Verbrauchsteuern und Zölle und der kommunalen Aufwandsteuern mit dem jeweiligen Steueraufkommen in den schon angeführten Jahren. Der Band schließt mit umfangreichen Literaturhinweisen, gegliedert nach den behandelten Steuergruppen, und einem Namen- und Sachregister ab. Regierungsrat Dr. Dichtl

Der Anspruch auf Entschädigung bei Aufopferung und Enteignung von Dr. jur. Günter Janssen. Verwaltung und Wirtschaft. 1961, 223 S. Kart. 22.— DM. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

„Auf den vom RG gelegten Grundlagen aufbauend, aber auch neue Wege beschreitend, ist (der BGH) im Begriffe, den Schutz der privaten Vermögenssphäre noch weiter auszudehnen und dabei das bisherige System der öffentlich-rechtlichen Entschädigung erheblich umzugestalten. Diese Entwicklung ist einmal durch die Verschiebung der Trennungslinie zwischen Enteignung und Aufopferung, zum anderen und in erster Linie durch eine Auflösung der Grenzen zwischen Enteignungs- und Aufopferungsrecht einerseits und Amtshaftungsrecht andererseits gekennzeichnet“ (Hans J. Wolff, Verwaltungsrecht 4. Auflage, S. 370).

So spricht Evers (JuS 61, 125, 127) von der verwirrenden Systematik des BGH. „Mit dieser Rechtsprechung hat der BGH eine Entwicklung eingeleitet, deren dogmatisch-systematische Konsequenzen heute noch nicht abzusehen sind“ (Wolff a. a. O. S. 372). Schon jetzt hat dies zu einem dogmatisch nicht mehr meßbaren und daher oft zufälligen Richterrecht geführt (Rupp, NJW 61, 811, 812), sodaß z. B. Forsthoff die entsprechenden Teile seines Lehrbuchs weitgehend umgestaltet hat (StAnz. 1956 S. 717). Unklar ist vor allem geworden, welcher Anwendungsbereich für den Aufopferungsanspruch verblieben ist (Schack, JZ 56, 425) und wie er sich zum Anspruch auf Entschädigung wegen Enteignung und enteignungsähnlichen Eingriffes verhält (Wolff a. a. O. S. 340). Kennzeichnend ist z. B. OLG Celle JZ 61, 372. Es fragt, ob die Klägerin enteignet oder enteignungsähnlich belastet sei und verneint dies mit der Begründung, es habe die typische Opferlage gefehlt. Dabei sind verschiedene Begriffe (Enteignung, Aufopferung) nicht auseinandergehalten. Im Revisionsurteil billigte der BGH (NJW 62, 1439) dagegen Schadensersatz wegen enteignungsähnlichen Eingriffes zu, weil die hoheitliche Maßnahme „unmittelbar Auswirkungen auf das Eigentum“ hatte. Der BGH spricht also weder von Enteignung noch von Aufopferung, sondern von enteignungsähnlichem Eingriff, obwohl, wie Wolff (a. a. O. S. 372) mit Recht sagt, in diesem Fall weder ein Eingriff vorliegt noch eine enteignungsähnliche Lage gegeben ist, sondern ein Schaden sich als Folge rechtmäßigen Verwaltungshandelns eingestellt hat (Wolff a. a. O. S. 371; vgl. allgem. Lerche & Scheuner, JuS 61, 237).

Der Frage, wie Aufopferung und Enteignung voneinander abzugrenzen sind, geht Janssen in dem hier zu besprechenden Buch nach. Mit besonders umfangreich dokumentierten Ausführungen schildert er die historische Entwicklung und die inneren Zusammenhänge. Dabei weist er mit Recht auf Problemverschiebungen (S. 45) hin, die durch Änderung verfassungsrechtlicher Grundanschauungen veranlaßt waren. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das Wesensmerkmal der Enteignung in deren finalen Funktion liege. Dieses auf Rechtsetzung zielgerichtete Handeln fehle bei der Aufopferung. Darin hat der Verfasser bereits Zustimmung gefunden (Schack, JZ 61, 373; vgl. Wolff a. a. O. S. 340, 344, 349; Hamann, BB 62, 505), aber auch Kritik (Kreft, JZ 61, 767; vgl. JuS 61, 237).

Sehr eingehend setzt sich der Verfasser auch mit der Junktim-Klausel des Art. 14 III 2 GG auseinander, aus der sich weitgehende verfassungsrechtliche Konsequenzen ergeben (S. 178). Problematisch ist vor allem der Fall, daß der Gesetzgeber glaubte, mit dem Erlaß eines Gesetzes den Inhalt von Rechten allgemein zu umschreiben, daß sich später aber herausstellt, daß das Gesetz enteignend wirkt (S. 179, 184 f.). Der Verfasser löst das Problem so (S. 195 ff.): Ist der Eingriff des Gesetzgebers objektiv final, war das bei Erlaß des Gesetzes aber nicht erkannt, so ist das Gesetz nichtig. Ggf. ist Ersatz wegen enteignungsähnlichen Eingriffes zu leisten. Hiergegen hat Hamann (BB 62, 506) eingewandt, das Erfordernis der Finalität führe hier dazu, Art. 14 III 2 GG ungerechtfertigterweise auf solche Gesetze zu beschränken, die bewußt auf eine Enteignung abzielen, so daß die rechtsstaatliche Funktion dieser Klausel erheblich abgeschwächt würde. Ich verstehe Janssen demgegenüber so, daß er — und zwar betont — auf die objektive Finalität des Gesetzes abstellt. Der Gesetzgeber braucht also gar nicht subjektiv gewußt zu haben, daß er (final) enteignet. Gerade daraus ergibt sich ja das Problem.

Ziele des Gesetz nicht objektiv final auf eine Enteignung, treten aber später bei der Anwendung des Gesetzes durch den Gesetzgeber objektiv nach der ratio legis nicht voraussehbare Beeinträchtigungen Einzelner auf, so sind diese Wirkungen keine Enteignung oder enteignungsähnlichen Eingriffe. Sie sind als Aufopferung zu entschädigen (S. 198).

Auf Grund und mit Hilfe dieser Arbeit wird es der Praxis leichter fallen, zwischen Aufopferung und Enteignung zu unterscheiden, d. h. eine Frage zu klären, von der Art und Maß der Entschädigung abhängen. Bei der Fülle der Gedanken, die der Verfasser hat, und bei der Ausführlichkeit, mit der er seine Thesen begründet, wird man einige Fragen, die der Verfasser erörtert, anders sehen können. Auf jeden Fall bietet das Buch des Verfassers einen beachtlichen Beitrag zu der Diskussion um die Regelung der Staatshaftung, zu der der 41. Deutsche Juristentag in Berlin 1955 noch keine Vorschläge machen konnte (DÖV 55, 632, 635; JZ 55, 649, 651; NJW 55, 1467). Neuestens hat der Verfasser den Kern seiner Thesen in einem Aufsatz kürzer dargelegt (NJW 62, 939).

Oberregierungsrat Dr. Reuss

Rückforderung zuviel gezahlter Dienst- oder Versorgungsbezüge 2. neu bearbeitete Auflage 1962, Ausgabe Bund und Länder. Ausführlich erläuterte Handausgabe mit zahlreichen Beispielen, bearbeitet von Oberregierungsrat Kauffmann und Justizamtmann Hieber, Bayer. Staatsministerium der Justiz, Umfang 132 S. DIN A 5, kartoniert 8.— DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München 5, Rumfordstraße 21.

Die im StAnz. 1960 S. 101 von Regierungsrat Berg besprochene erste Auflage der Darstellung von Hieber über die Rückforderung zuviel gezahlter Dienst- oder Versorgungsbezüge war schon bald nach ihrem Erscheinen vergriffen. Diese Tatsache beweist am besten, daß die Schrift den Bedürfnissen der Praxis entspricht und ihren Zweck erfüllt, die Anwendung der maßgebenden, rechtlich nicht einfachen Vorschriften zu erleichtern, die zu verschiedenen Rechtsgebieten gehören und den Sachbearbeitern nicht ohne weiteres zugänglich sein können.

Die Neuauflage hat Hieber gemeinsam mit Oberregierungsrat Kauffmann bearbeitet und um 24 Seiten erweitert. Sie behandelt wie die erste Auflage ausführlich und klar alle Fragen, die mit dem Widerruf von Verwaltungsakten auf den Gebieten des Besoldungs- und Versorgungsrechts, dem Rückforderungsverfahren und der Schadensersatzpflicht des Beamten zusammenhängen. Gesetzgebung und Rechtsprechung sind bis in die jüngste Zeit nachgetragen. So ist das neue Hessische Bamtengesetz vom 21. 3. 1962 (GVBl. S. 173) bereits berücksichtigt. Auch die Rechtslage bei der Rückforderung zuviel gezahlter Vergütungen und Löhne der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ist eingehend dargestellt. Von großem praktischen Nutzen dürfte es sein, daß die Verfasser an den Schluß des systematischen Teils eine Zusammenfassung aller Fragen gestellt haben, die bei Überzahlungen von Dienst- oder Versorgungsbezügen in der angeführten Reihenfolge zu prüfen sind. Die Zusammenstellung zeigt, wie vielfältig und schwierig die dabei auftretenden Rechtsfragen sind.

Mit Dank muß vermerkt werden, daß die Verfasser in den Anhang, der die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder enthält, auch die einschlägigen hessischen Erlasse aufgenommen haben, insbesondere die von Berg, a. a. O., vermißten Erlasse des Finanzministers vom 10. 8. 1959 (StAnz. S. 977) und des Innenministers vom 28. 8. 1959 — I e 3 Az. 15 h/f (allg.) — (Nr. 22 und 23 des Anhangs). Der Praktiker wird es begrüßen, daß der Anhang Formblattemuster für das Erstattungsverfahren bringt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich auch die neue Auflage als wertvolles Hilfsmittel für alle Dienststellen, Sachbearbeiter und sonstigen Interessenten erweisen wird, die sich mit der Rückforderung zuviel gezahlter Dienst- oder Versorgungsbezüge befassen müssen.

Regierungsrat Gantz

Kühne-Wolff: Die Gesetzgebung über den Lastenausgleich, Ausgabe A — Ausgleichsabgaben —, 18. Ergänzungslieferung. 158 Blatt Berichtigungen und Ergänzungen. Stand Juni 1962. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Mit einer umfangreichen Ergänzungslieferung ist im Anschluß an die bereits Mitte 1961 erschienene 17. Ergänzungslieferung, die das Werk auf den Stand vom März 1961 brachte, nunmehr auf den Stand vom Juni 1962 gebracht worden. U. a. enthält die vorliegende 18. Ergänzungslieferung:

a) die **K o m m e n t i e r u n g :**

der durch das 14. ÄndG LAG geänderten bzw. neu eingefügten Vorschriften der §§ 39, 55a, 55b und 199b LAG,

des durch das 15. ÄndG LAG eingefügten § 55c LAG, der das Ehegattenurteil des Bundesverfassungsgerichts zur VA vom 21. 2. 1961 — 1 BvL 29/57, 1 BvL 20/60 (BSBl. I S. 53) — berücksichtigt, der 26. AbgabendV — LA vom 28. 3. 1962 (die VO enthält in § 1 Bestimmungen zu den §§ 55a, 55b, LAG und regelt in den §§ 2—10 die Verrechnung der LA-Abgaben mit HE-Ansprüchen nach § 199 b LAG,

des 2. DMBeG, insbesondere des die Heranziehung des Auslandsvermögens zur VA und KGA regelnden § 14; siehe Anhang I zu § 21 LAG.

b) folgende **T e x t e :**

Zusatzprotokoll zum deutsch-französischen Doppelbesteuerungsabkommen mit dazu ergangenen BdF-Erlaß; BdF-Erlaß zu § 55c LAG vom 26. 1. 1962;

Verwaltungsanordnung vom 25. 5. 1962 zu § 131 LAG in der ab 1. 1. 1959 geltenden Fassung; Verwaltungsanordnung vom 26. 4. 1962 zu § 203 Abs. 5 LAG betr. den Erlaß von VA bei zusammenveranlagten Ehegatten;

§§ 228 ff. LAG (unter Berücksichtigung der Änderungen durch das 14. und 15. ÄndG LAG);

14. und 15. ÄndG LAG;

3. VO zur Änderung der 1. AbgabendV-LA mit der ab 1. 4. 1962 maßgeblichen Ablösungstabelle;

25. AbgabendV-LA vom 23. 8. 1961 mit Übergangsregelung zu § 1 dieser VO.

Damit ist auch die Ausgabe A zeitgerecht wieder auf den neuesten Stand gebracht worden. Dieses stete Bestreben von Verfassern und Verlag kommt den Wünschen derer, die auf eine schnellstmögliche erschöpfende Kommentierung von Novellierungen und Ergänzungen zur Lastenausgleichsgesetzgebung angewiesen sind, und den Erfordernissen der Praxis sehr entgegen. Auf die bisherigen Würdigungen der Ergänzungslieferungen zur Ausgabe wird, um Wiederholungen zu vermeiden, Bezug genommen; sie werden allenthalben aufrechterhalten und erneut bestätigt. Verwaltungsgerichtsrat Rein

Verwaltungsprozeßrecht. Ein Studienbuch. Von Dr. Carl Hermann Ule, o. Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Oberverwaltungsgerichtsvizepräsident a. D. 2., ergänzte und erweiterte Auflage 1961. XVI, 244 S. 8°. Kartonierte 10,80 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Schon kurze Zeit nach dem Inkrafttreten der Verwaltungsgerichtsordnung hat Ule dem Lernenden und dem Praktiker mit seinem Studienbuch „Verwaltungsprozeßrecht“ eine Darstellung zur Verfügung gestellt, die sich durch gute Systematik und klare Diktion auszeichnet. Zugleich hat er mit seinem Werk einen Beitrag zur wissenschaftlichen Durchdringung einer Rechtsmaterie geleistet, die in der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. 1. 1960 erstmalig einheitlich geregelt worden ist. Da auf diese Art eine Lücke im verfassungsrechtlichen Schrifttum geschlossen wurde, kann es nicht überraschen, daß die erste Auflage des Buches (vgl. Reuss, StAnz. 1960, 1051) schnell vergriffen war. Die zweite Auflage ist vom Verfasser ergänzt und erweitert worden. Sie berücksichtigt insbesondere die Ausführungsgesetze der Länder zur Verwaltungsgerichtsordnung. Das erst am 6. 2. 1962 erlassene Hessische Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (GVBl. S. 13) konnte der Verfasser noch nicht einarbeiten; er verweist jeweils auf den seinerzeit von der Hessischen Landesregierung vorgelegten Entwurf des Ausführungsgesetzes. Der wesentliche Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem vom Landtag verabschiedeten Gesetz liegt in der

Ausgestaltung des Vorverfahrens. Während die Regierungsvorlage die Aufhebung der bisherigen Einspruchs- und Beschwerdeausschüsse §§ 40 a, 48a VGG vorsah (Ule S. 73), hat das Hessische Ausführungsgesetz in seinen §§ 6 bis 9 beratende Anhörungsausschüsse eingeführt, die in dieser Form in keinem anderen Bundesland existieren. Es wäre von wissenschaftlichem und praktischem Interesse, in einer Neuauflage eine Stellungnahme des Verfassers dazu zu erhalten, ob die hessische Regelung durch § 73 Abs. 2 VwGO gedeckt ist, welche Rechtsfolgen eine Verletzung der §§ 6 ff HessAGVwGO hat und wie weit ein nur vorschlagsberechtigter Ausschuss zweckmäßig erscheint.

Den Wert des Studienbuches für fortgeschrittene Studenten und Referendare hat bereits Reuss in der Besprechung der ersten Auflage hervorgehoben. Ule widmet den für die Ausbildung wichtigen Fragen besondere Aufmerksamkeit. Als Beispiel hierfür sei § 31 des Buches genannt, der sich mit den Sachurteilsvoraussetzungen befaßt. In Übereinstimmung mit der neueren verwaltungsrechtlichen Lehre (Klein JuS 1962, 229; Schröder, Die verwaltungsrechtliche Entscheidung, 1961, S. 10; Müller DVBl. 59, 694) empfiehlt Ule, das Bestehen der deutschen Gerichtsbarkeit an erster Stelle zu prüfen. Die Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung, die nach Auffassung von Klein (a. a. O., S. 230) und Müller (a. a. O., S. 698) an die zweite Stelle gehört, will er dagegen erst nach der Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges und der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit untersuchen. Seinem Argument, daß die Voraussetzungen der Ordnungsmäßigkeit der Klage in den einzelnen Verfahrensgesetzen verschieden geregelt seien, wird man die Berechtigung grundsätzlich nicht absprechen können; diese an sich sachlogische Reihenfolge wird jedoch dann nicht eingehalten werden können, wenn der Streitgegenstand so unklar bezeichnet ist, daß auch über die Zulässigkeit des Rechtsweges nicht entschieden werden kann.

Zur Zulässigkeit eines Vergleichs im Verwaltungsprozeß (S. 142) ist auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. 3. 1962 (DVBl. 62, 600 mit abl. Anm. v. Mellwitz) hinzuweisen. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat die Anfechtbarkeit eines gerichtlichen Vergleichs im Gegensatz zur Ansicht Ules auf S. 143 im Urteil vom 3. 10. 1961 — OS I 127/61 — bejaht.

Ob das Einverständnis mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung unwiderruflich ist, wie Ule auf S. 152 annimmt, ist neuerdings durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 23. 11. 1961 (AP Nr. 2 zu § 128 ZPO m. v. Anm. Böttcher — JZ 62, 495) zweifelhaft geworden.

So gibt es kaum eine praktische oder theoretisch bedeutsame Frage, die in Ules Buch keinen Platz gefunden hätte.

Regierungsrat Gantz

Fundheft für Öffentliches Recht. Systematischer Nachweis der deutschen Rechtsprechung, Zeitschriftenaufsätze und selbständigen Schriften. Band XII, 1. bis 31. 12. 1961. Bearbeitet von Ministerialrat Otto Ströbenreuther, 1962, XI, 251 S. DIN A 4. Kartoniert 32.— DM. Vorzugspreis für Bezahler der NJW 28.— Deutsche Mark. Bei gleichzeitigem Bezug von Heft II—IV und VI—XII ermäßigter Serienpreis 125.— DM. Vorzugspreis für Bezahler der NJW 108.— DM. Heft VI—XII ermäßigter Serienpreis 100.— DM. Vorzugspreis für Bezahler der NJW 88.— DM. Heft II—IV und VI—XII mit 3 Stabsammelordnern ermäßigter Serienpreis 138.— DM. Vorzugspreis für Bezahler der NJW 120.— Deutsche Mark. Heft VI—XII mit 2 Stabsammelordnern ermäßigter Serienpreis 108.— DM. Vorzugspreis für Bezahler der NJW 95.— DM. (Heft I und V sind vergriffen.) Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Der vorliegende Band XII stellt für jeden Bearbeiter von Rechtsfragen aus dem kaum noch überschaubaren Gebiet des Öffentlichen Rechts wiederum ein wertvolles und unentbehrliches Hilfsmittel dar. Die Fülle der Entscheidungen der Verfassungs- und Verwaltungsgerichte, die große Zahl von Monographien und Aufsätzen ruft geradezu nach einem „Kompaß“, mit dem man den für den Einzelfall notwendigen Überblick lückenlos gewinnen kann.

Das neue Heft enthält fast 4900 Leitsätze und Nachweise von Entscheidungen, Büchern und Aufsätzen aus 70 Zeitschriften, Amtsblättern und Urteilssammlungen. Ferner findet man ein Entscheidungsregister und ein vorzügliches Sachverzeichnis für die Hefte V—XII. Der Inhalt aller seit 1. 4. 1948 erschienenen 12 Fundhefte wird vollständig verwertbar, wenn man das Sachverzeichnis in Heft IV mit heranzieht.

Im vorliegenden Fundheft wird erstmals für das selbständige Schrifttum angegeben, in welchen Zeitschriften oder Amtsblättern und von wem die einzelnen Schriften besprochen wurden.

Bei den Entscheidungen, die mehrfach veröffentlicht sind, werden alle Fundstellen, auch die früherer Jahre, angeführt. Soweit die Entscheidungsleitsätze mehrere Rechtsfragen behandeln, sind sie auf die einzelnen Rechtsgebiete aufgeteilt. Ist die in einem Leitsatz behandelte Rechtsfrage für mehrere Rechtsgebiete einschlägig, so wird dieser bei jedem einschlägigen Rechtsgebiet wiederholt. Die Besprechung von Entscheidungen in Form von Anmerkungen wird jeweils unter Angabe des Verfassers mit aufgeführt.

Schaeffers Grundriß, Bd. 252: Strafrecht, Besonderer Teil, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart.

Der Verfasser stellt das umfangreiche Gebiet des Besonderen Teils des Strafrechts in sehr gedrängter, aber klarer und systematischer Form dar. Die knappe Übersicht über das geltende Strafrecht ist bereichert durch Hinweise auf die Änderungen, die durch den dem Bundestag vorliegenden Entwurf des neuen Strafrechts zu erwarten sind.

Aus Umfang und Charakter des Werkes ergibt sich von selbst, daß es kein eigentliches Lehrbuch und auch kein Strafrechtskommentar sein will und kann.

Kriminalrat Vorbeck

Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen unter Verwertung der gesamten Rechtsprechung und Rechtslehre begründet von Dr. Hs. Th. Soergel, 9. Auflage neu herausgegeben von Dr. W. Siebert, o. Professor der Rechte in Heidelberg, II. Band: Einzelne Schuldverhältnisse §§ 433 bis 853 Stand: Frühjahr 1962. 1962, XVI und 1453 S., W. Kohlhammer Verlag Stuttgart.

Als Auszug hieraus ist erschienen: Erläuterungen zu §§ 611 bis 630 BGB von Regierungsrat Dr. O. Wlotzke, Bundesarbeitsministerium, und A. Volze, Bundeswirtschaftsministerium, 192 Seiten Lexikonformat, kartoniert 13,80 DM.

Im Zuge der Neuauflage des von Siebert neu herausgegebenen BGB-Kommentars von Soergel ist der Band II erschienen. Er umfaßt das Recht der Einzelnen Schuldverhältnisse und erläutert §§ 433 bis 853 BGB sowie das Gesetz über Abzahlungsgeschäfte (S. 63 ff.), die Viehmängelverordnung (S. 116 ff.), den deutschen Einheitsmietvertrag (S. 187 ff.) und die schadensersatzrechtlichen Vorschriften des Bundesjagdgesetzes (S. 1303 ff.). Die entsprechenden Bestimmungen des Atom- und Wasserrechts (Anm. 14 vor § 823, 165 zu § 823) und des Bundesseuchengesetzes (Anm. 20, 32 vor § 823, 23 zu § 839) sind im Zusammenhang allgemeiner Ausführungen erörtert. Die Bearbeiter haben mithin die neuesten Gesetze berücksichtigt. Sie haben auch Literatur und Rechtsprechung umfassend eingearbeitet. Stichproben ergaben, daß neue Aufsätze nicht nur an der Stelle des Kommentars angeführt wurden, an die sie nach ihrer Überschrift gehören. Sie sind vielmehr auch dort eingearbeitet, wo sie ihrem Inhalt nach ebenfalls von Bedeutung sind, auch wenn es sich um wichtige Nebenfragen handelt: ein Zeichen für die Sorgfalt, mit der die Bearbeiter das zitierte Schrifttum gelesen, verarbeitet und eingearbeitet haben. Diese Mühe und Arbeit hat zu einem auch äußerlich respektablen Band geführt. Aber trotz der Fülle der Nachweise und obwohl auf so viele Einzelfragen eingegangen und auf so viele Urteile hingewiesen ist, hat der Kommentator an Übersichtlichkeit noch gewonnen. Das ist Siebert zu danken, der der Neuauflage das besondere Gesicht gegeben hat. Auch an diesem Band zeigt sich wiederum (vgl. bereits StAnz. 60, 212 und 1490, 1961 S. 1239), wie gut es hier gelungen ist, großen Umfang der Rechtsprechungsnachweise, wissenschaftliche Vertiefung und klare Übersichtlichkeit glücklich miteinander zu verbinden.

Aus der Fülle des Materials sei auf folgendes hingewiesen: In Anm. 124 zu § 823 weist Schröder bereits auf den bedeutsamen Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz zur Reform des Schadenersatzrechts hin. In Anm. 22 zu § 839 unterrichtet er über Antiquiertheit und Unbilligkeit der Verknüpfung von Art. 34 GG mit § 839 BGB, sagt aber nicht, daß der oben genannte Entwurf die Staatshaftung anders als bisher und unmittelbar sowie vollständig in § 839 BGB regeln will. Der Entwurf will die kritisierte Rechtslage ändern. Kann diese Frage des Landesstaatsrechts aber überhaupt im BGB geregelt werden (Art. 74 Nr. 1 GG)? Die Amtshaftung ist sehr klar systematisch dargestellt. Ihr folgt unter 17 Punkten die Erörterung der Einzelfälle. Das System der öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen ist in Anm. 5 ff. zu § 839 kurz aufgewiesen. Näheres über enteignungsähnlichen Eingriff und Aufopferung ergibt sich aus Anm. 19 ff. vor § 823, die Anm. 26 ff. vor § 903 aus Band III ergänzen. Dabei fällt auf, daß die Bearbeiter der BGH-Rechtsprechung lange nicht so kritisch gegenüberstehen wie andere Wissenschaftler (vgl. StAnz. 1962 S. 555, 556). Auch bei § 847 wäre vielleicht ein kritischer Hinweis auf die dogmatische Begründung der neuen Rechtsprechung des BGH (Hartmann, Persönlichkeitsrecht und Schmerzensgeld, NJW 62, 12; Mertens, Persönlichkeitsrecht und Schadensersatz, JUS 62, 261; Löffler, Steht die Zuerkennung von Schmerzensgeld bei Persönlichkeitsverletzung mit dem geltenden Recht in Einklang?) sowie auf die Übersteigerungen möglich, die diese Rechtsprechung mit sich gebracht hat. Das gleiche gilt für die Diskrepanz der Beträge für körperliche und für seelische Schmerzen (vgl. Anm. 37 zu § 823; Gantz, StAnz. 62, 719, 720). Und wohin die Rechtsprechung zum eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als absolutem Recht (Anm. 50 ff. zu § 823) geführt hat, zeigt z. B. Der Markenartikel 1961 S. 788: die öffentlich geäußerten Ansichten des Präsidenten des Bundeskartellamts über die Erwürfnisheit einer Einschränkung der Preisbindung 2. Hand als Eingriff in dieses Recht der betroffenen Markenartikelkfirmen; S. 800: Modekritik am Mantelschnitt einer Firma im Fernsehen!

Die den Dienstvertrag betreffenden Erläuterungen dieses Kommentars können als selbständiger Band bezogen werden. Es gibt sicher viele am Arbeitsrecht Interessierte, die diesen Teil oft benötigen, die aber auf die anderen Teile des Kommentars nicht so sehr zurückgreifen. Von Staudinger und der Reichsgerichtsräte-Kommentar (StAnz. 1959 S. 1149) sind ebenso verfahren. Das ist zweckmäßig. Auch diese Erläuterungen geben den neuesten Stand wieder. Z. B. sind das Bundessozialhilfegesetz (Anm. 30 vor § 611) und der BAT (Anm. 68 vor § 611) berücksichtigt. Folgendes erscheint erwähnenswert: An die Stelle des personenrechtlichen Verhältnisses als der Grundlage des Arbeitsverhältnisses setzen Wlotzke und Volze die bloße Personenbezogenheit. Die persönliche Verbundenheit erscheint fraglich, zumal ein Interessenwiderstreit besteht (Anm. 12 vor § 611). Zur Begründung der Beschäftigungspflicht berufen sie sich allerdings noch auf das personenrechtliche Gemeinschaftsverhältnis (Anm. 186 zu § 611). Dieses Rückgriffs bedarf es wohl nicht. Fürsorgepflicht und Schutz der Persönlichkeit dürften zur Begründung der Beschäftigungspflicht ausreichen, wenn sonst der Arbeitnehmer an der „Selbstverwirklichung seiner Persönlichkeit in der Arbeit“ gehindert wäre. Die Verfasser kritisieren mit Recht (Anm. II zu § 612), daß der Tariflohn als übliche Vergütung im Sinne des § 612 angesehen wird. Im übrigen hält sich die Kommentierung weitgehend an die Rechtsprechung des BAG. Z. B.: Angabe von Kündigungsgründen (Anm. 23 vor § 620), Verhältnis von § 242 zum Kündigungsschutz (Anm. 23 vor § 620), Anhörung des Betriebsrats vor der Kündigung (Anm. 50 vor § 620).

Auch dieser Band beweist erneut das wissenschaftlich hohe Niveau und die hervorragende praktische Verwendbarkeit dieses ganz ausgezeichneten Kommentars. Mit ihm zu arbeiten ist Freude und Genuß zugleich.

Staatssekretär Prof. Dr. Reuss

Die hier besprochenen Bücher können durch den Verlag Kultur und Wissen GmbH, Abt. Buchvertrieb, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, zu Originalpreisen bezogen werden.

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN“

1962

Montag, den 24. September 1962

Nr. 38

Veröffentlichungen

2442

Wegeeinzichung in der Gemarkung Braunfels (Kreis Wetzlar)

Der in der Gemarkung Braunfels gelegene Gemeindeweg, Flur 25, Flurstück Nr. 58/2, soll eingezogen werden, da ein Bedürfnis für dessen Beibehaltung nicht mehr besteht.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben hiermit bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Braunfels, 6. 9. 1962

**Der Bürgermeister
als Wegeaufsichtsbehörde**
gez.: Hermans

2443

Einzichung von Wegen in der Gemarkung Büdingen (Oberhessen)

Gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Büdingen soll die in der Gemarkung Büdingen gelegene Wegeparzelle, Flur 13, Nr. 230, 2,53 Ar, eingezogen werden, da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung des Weges nicht mehr besteht.

Einsprüche hiergegen können binnen zwei Wochen, von dem auf die Bekanntmachung im Staatsanzeiger folgenden Tage an gerechnet bei dem Magistrat der Stadt Büdingen erhoben werden.

Büdingen, 4. 9. 1962

Der Magistrat der Kreisstadt Büdingen
Zinnkann, Bürgermeister

2444

Veröffentlichung einer geplanten Wegeeinzichung

Die Gemeinde Nauheim, Kreis Limburg, beabsichtigt den Fußweg Ktbl. 30, Parz. Nr. 95, und Weg, Ktbl. 32, Parz. Nr. 216, einzuziehen, da ein öffentliches Bedürfnis dieser Wege nicht mehr vorliegt.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 gebe ich dies mit dem Hinzufügen bekannt, daß etwaige Einsprüche gegen diese Wegeeinzichungen innerhalb einer Ausschlussfrist von vier Wochen bei der unterzeichneten Wegebehörde erhoben werden können.

Nauheim, 12. 9. 1962

Der Bürgermeister als Wegebehörde

Gerichtsangelegenheiten

2445

Aufgebote

F 7/62 — **Aufgebot:** Landwirt Christian Reutzel in Kefenrod hat gem. § 927 BGB beantragt, den Landwirt Adam Sinner II. in Wolferborn bezüglich des Grundstücks Grundbuch von Kefenrod Band 6, Blatt 475, Flur 1 Nr. 376 Ackerland im Hitzkeller = 17,75 Ar, sowie den Landwirt

Adam Sinner II. und dessen Witwe Marie Sinner geb. Reutzel, zuletzt Ehefrau des Landwirts Jakob Sinner, in Wolferborn, bezüglich des Grundstücks Grundbuch von Kefenrod Band 6, Blatt 476, Flur 1 Nr. 375 Ackerland im Hitzkeller = 11,73 Ar, Unland daselbst = 3,48 Ar, als Eigentümer auszuschließen.

Die Vorgenannten, im Grundbuch als Eigentümer Eingetragenen werden aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 12. Dezember 1962, vorm. 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 10, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Büdingen, 11. 9. 1962

Amtsgericht

2446

F 5/62 — **Aufgebot:** Frau Martha Kretz, geb. Schäfer, in Bieber, Kreis Gelnhausen, Bahnhofstraße 76, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers der im Grundbuch von Bieber, Band XIII, Artikel 521, auf den Namen des Schreineres Heinrich Büttner in Bieber eingetragenen Hälfte des Grundstücks, Flur 4, Flurstück 22, Gemarkung Bieber, Hof- und Gebäudefläche, Ziegelgasse 76 und 76½, Größe 3,40 Ar, beantragt.

Der eingetragene Miteigentümer oder seine Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte auf die Grundstücks-hälfte spätestens in dem auf Mittwoch, den 28. November 1962 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Gelnhausen, 10. 9. 1962

Amtsgericht

2447

F 7/62 — **Aufgebot:** Der Rottenführer i. R. Wilhelm Dönges aus Lieblos, Kreis Gelnhausen, Faltergartenstraße Nr. 3, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Gelnhausen Band 23, Artikel 1034 auf den Namen der Wwe. Catharina Bernhardt geb. Roth in Frankfurt am Main eingetragenen Grundstücks, Flur 10, Flurstück 20, Grünland, beim hintersten Faltergarten = 4,20 Ar beantragt.

Die eingetragene Eigentümerin oder ihre Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte auf das Grundstück spätestens in dem auf Mittwoch, den 5. Dezember 1962, um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Gelnhausen, 14. September 1962

Amtsgericht

2448

Ausschlussurteil

2 F 3/62: In der **Aufgebotssache** der Frau Dorothea Diehl geb. Dürheimer, Wwe. des Philipp Ludwig Diehl, wohnhaft in Goddelau, Hospitalstraße 6, vertreten durch Rechtsanwälte Dr. Keil und Dr. Arnold, Groß-Gerau, hat das Amtsgericht Groß-Gerau für Recht erkannt:

I. Die Briefe über die folgenden Grundpfandrechte, eingetragen im Grundbuch für Goddelau, Band 1, Blatt 15 in Abteilung III zugunsten der Groß-Gerauer Volksbank eGmbH in Groß-Gerau, werden für kraftlos erklärt: lfd. Nr. 7 — 2000,— GM, Hypothek nebst 6 v. Hundert Zinsen jährlich, lfd. Nr. 9 — 3000,— RM Hypothek nebst 6 v. Hundert Zinsen jährlich, lfd. Nr. 9 — 500,— RM Grundschuld nebst 6 v. Hundert Zinsen jährlich.

II. Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Groß-Gerau, 31. 8. 1962

Amtsgericht

2449

2 F 5/62 — **Aufgebot:** Der Heinrich Kückler 4., Mörfelden, Darmstädter Straße Nr. 6, vertreten durch Rechtsanwälte Höfle & Stosch in Groß-Gerau, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Mörfelden, Band 11, Blatt 849 eingetragenen Grundstücks: Flur 3 Nr. 111 Ackerland (Obstbaumstücke), Übern Raunheimer Weg, Größe 5,62 Ar beantragt.

Im Grundbuch sind Philipp Kückler 4., Invalide und dessen Ehefrau Sophie geb. Rosenthal als Eigentümer eingetragen. Die bisherigen Eigentümer werden aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 2. Januar 1963, um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 19 anberaumten Aufgebotstermin ihr Recht anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Groß-Gerau, 6. 9. 1962

Amtsgericht

2450

Ausschlussurteil

2 F 3/57: In der **Aufgebotssache** 1. des Metzgermeisters Otto Anger, Rüsselsheim, Richard-Wagner-Str. 9; 2. des Schmiedes Franz Anger, Flörsheim, Untermainstraße 9; 3. des Bäckermeisters Georg Anger, Flörsheim (Main), Hauptstraße 42; 4. der Frau Margareta Dienst, geb. Anger, Flörsheim (Main), Untermainstraße 9; 5. der Frau Anna Karbach, geb. Anger, Kestert (Kreis St. Goarshausen), Kirchstraße 17; 6. des Kaufmanns Herbert Kotte, Flörsheim (Main), Untermainstraße 9, hat das Amtsgericht Hochheim durch Amtsgerichtsrat Dr. Kolbe für Recht erkannt:

Der Gläubiger der im Grundbuch von Flörsheim, Band 16, Blatt 760, in Abt. III unter Nr. 8 für die Volksbank Flörsheim eGmbH in Flörsheim (Main) eingetragenen Grundschuld von 1500,— GM nebst 11 v. H. Zinsen wird mit seinem Rechte ausgeschlossen.

Die Antragsteller tragen die Kosten des Verfahrens.

Hochheim (Main), 4. 9. 1962

Amtsgericht

2451

F 12/61: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Gensungen, Band 17, Blatt 633 in Abt. III Nr. 2 für die Stadtparkasse Felsberg in Felsberg eingetragene Grundschuld von 2900,— GM nebst 8 v. H. Jahreszinsen ist für kraftlos erklärt. (Urt. v. 27. 7. 1962)

Melsungen, 4. 9. 1962

Amtsgericht

2452

4 F 2/62 — **Aufgebot:** Die Witwe Katharina Weissmüller geborene Meuser in Essen-Altenessen, Philippstraße 32, vertreten durch Rechtsanwalt Langner in Weilburg (Lahn) hat beantragt, im Wege des Aufgebotsverfahrens die Eigentümer des im Grundbuch von Mengerskirchen, Band 20, Blatt 577, lfd. Nr. 26 Flur 39, Flurstück 100, Acker Goß, groß 18,54 Ar mit ihren Rechten auszuschließen.

Eingetragene Eigentümerin: Anna Strieder in Mengerskirchen.

Alle Personen, welche ein Eigentumsrecht an dem genannten Grundstück zu haben glauben, werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf den 13. Dezember 1962, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 24 anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Weilburg, 11. 9. 1962

Amtsgericht

2453 Güterrechtregister

GR 951 — 24. August 1962: Die Eheleute Bruno Maruhn, Kaufmann, Darmstadt, und Sigrid, geb. Gatzmaga, haben durch Vertrag vom 1. August 1962 Gütertrennung vereinbart.

GR 952 — 29. August 1962: Die Eheleute Dipl.-Braumeister Willi Wagner und Hildegard, geb. Lütkehus, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 3. August 1962 Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Darmstadt

2454

GR 78 — 12. September 1962: Reinhard, Reinhold, Nieder-Roden, und Theodora Lorc, geb. Grimm.

Durch Vertrag vom 7. Juni 1962 ist die Gütertrennung aufgehoben worden.

Amtsgericht Dieburg

2455

41 GR 930 — 11. 9. 1962: Der Betriebsassistent Heinz-Henning Prey und Ursula geb. Engels in Bruchköbel haben durch Vertrag vom 25. 4. 1962 Gütertrennung vereinbart.

Hanau (Main), 14. 9. 1962

Amtsgericht

2456

GR 118 — 5. September 1962: Gummiarbeiter Fritz Rohmeyer und Ehefrau Lieselotte, geb. Euler, Langendiebach, Eugen-Kaiser-Straße 4.

Gemäß Antrag vom 4. 9. 1962 wurde folgendes eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Langenselbold, 5. 9. 1962

Amtsgericht

2457

GR 44 — 13. Sept. 1962: Eckhardt, Johannes Ludwig, Postschaffner a. D. in Gensungen und Elisabeth, geb. Wittekind.

Durch Vertrag vom 8. Mai 1962 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Recht der Gesamtgutsverwaltung steht dem Ehemann zu.

Amtsgericht Melsungen
Zweigstelle Felsberg

2458

GR 113 A — 17. September 1962: Dietward Kulicke, Kaufmann, und dessen Ehefrau Siegrid Ingeburg geb. Kaiser, beide in Ueberau.

Durch notariellen Vertrag vom 2. 1. 1962 haben die Obengenannten Gütertrennung nach Maßgabe des BGB vereinbart.

Amtsgericht Reinheim

2459

GR 135 — 7. 8. 1962: Stein, Albert, Kaufmann, Weißenhasel, Bachstraße 6 und Aloisia, geb. Proksch.

Durch Vertrag vom 4. April 1962 — UR 107/62 Notar Gerlach, Bebra — ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Sontra

2460

GR 136 — 7. 8. 1962: Oguntke, Günther, Maler, Cornberg, Kurze Ecke 4 und Regina, geb. Rammoth.

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Amtsgericht Sontra

2461

GR 137 — 16. 8. 1962: Hermann Prinz und Landgraf von Hessen in Herleshäusen und Monika Prinzessin und Landgräfin von Hessen, geb. Gräfin Strachwitz von Groß-Zauche und Caminetz.

Durch Vertrag vom 27. April 1962 — UR 111/62 Notar Weiß in Kassel — ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Sontra

2462

GR 2433 A — 28. 8. 1962: Eheleute Kiessling, Johann Gustav Robert, Architekt, und Lydia Charlotte, geb. Rettkowski, in Wiesbaden-Blebrich.

Durch Ehevertrag vom 24. April 1962 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2434 A — 7. September 1962: Eheleute Goetze, Heinz, Angestellter, und Rosalie, geb. Elias, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 21. Juli 1962 ist die vertragliche Gütertrennung aufgehoben und Zugewinngemeinschaft vereinbart.

Wiesbaden, 7. 9. 1962

Amtsgericht

2463 Neueintragung

4 GR 122 — 29. 8. 1962: Eheleute Bäcker Wigbert Ballmeier und Ursula, geborene Saager, in Wolfhagen.

Durch Vertrag vom 14. Dezember 1961 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Wolfhagen

2464 Vereinsregister

5 VR 249 — 10. 9. 1962: Sportgemeinschaft Viktoria 1915/45 Bronnzell e. V. Bronnzell.

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

2465 Neueintragung

5 VR 156 — 8. August 1962: Betriebsunterstützungseinrichtung der Klein-Eisenwarenfabrik Franz Hammer GmbH in Niederreifenberg (Taunus).

Die Satzung ist am 31. 3. 1962 errichtet.

Amtsgericht Königstein (Taunus)

2466 Neueintragung

In das Vereinsregister wurde eingetragen:

VR 113: Tierschutz-Verein Hess.-Lichtenau u. Umgebung Hess.-Lichtenau.

Die Satzung ist am 16. März 1962 errichtet.

Witzenhausen, 4. 9. 1962

Amtsgericht

2467

VR 114: Verkehrs- und Heimatverein Kleinalmerode in Kleinalmerode.

Die Satzung wurde am 2. April 1962 errichtet.

Witzenhausen, 3. 9. 1962

Amtsgericht

2468 Vergleiche — Konkurse

4 N 14/62: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Otto Rößler & Co. in Bensheim, Rheinstr. 8, ist Rechtsanwalt und Notar Erich Wunderle in Bensheim, Bahnhofstraße 33, auf seinen Antrag aus seinem Amt als Konkursverwalter entlassen. An seiner Stelle ist Rechtsanwalt Dr. Peter Reinhold in Bensheim, Hochstraße 1, zum Konkursverwalter ernannt.

Der auf Mittwoch, den 3. Oktober 1962 um 15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bensheim, Wilhelmstraße 28, Zimmer 203 (Altbau), bestimmte Termin dient auch zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters.

Bensheim, 10. 9. 1962

Amtsgericht

2469

4 N 9/59: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Paul Neuhäuser in Lorsch (Hessen) ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses ist auf 1500,— DM, ihre Auslagen sind auf 286,84 DM festgesetzt.

Bensheim, 11. 9. 1962

Amtsgericht

2470**Beschluß**

N 2/62: **Anschlußkonkurs** über das Vermögen des „Eisenwerks Carlshütte Lahn R. Schmidt und R. Bieck“ in Carlshütte (Lahn), vertreten durch die beiden alleinigen und vertretungsberechtigten Gesellschafter Fabrikant Richard Schmidt und Dipl.-Ing. Rudolf Bieck, beide wohnhaft in Carlshütte (Lahn).

Die Vergütung des Rechtsanwalts Karl Plitt für seine Tätigkeit als Konkursverwalter wird auf 8000,— (achttausend) Deutsche Mark festgesetzt, nachdem das Landgericht in Marburg am 13. Juli 1962 das Verfahren aufgehoben hat.

Biedenkopf, 12. 9. 1962

Amtsgericht

2471

5 N 4/60: In dem bei dem Amtsgericht Herborn unter 5 N 4/60 anhängigen Konkursverfahren über das Vermögen des Heinrich König in Burg/Dillkreis hat das Amtsgericht Herborn Schlußtermin auf den 8. Oktober 1962 anberaumt.

Die Summe der festgestellten Forderungen beträgt 311 913,17 DM. Die Masse beträgt 2373,42 DM. Hiervon sind noch die Massekosten zu befriedigen. Die Gläubiger der übrigen Rangklassen fallen aus Herborn, 12. 9. 1962

Der Konkursverwalter:

Erhard Pfeiffer, Rechtsanwalt

2472 **Beschluß**

81 N 28-29/59: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 16. 10. 1957 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Glauburgstraße 54, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Edgar Sally Bernhard Meyer, Inhabers der Firma Italfell, Frankfurt (Main), Düsseldorfstraße 14, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Frankfurt (Main), 7. 9. 1962

Amtsgericht — Abt. 81

2473 **Beschluß**

81 N 20662/2: Über das Vermögen der Kauffrau Friedel Hochsinger, Frankfurt (Main), Neue Kräme 30, alleinige Inhaberin eines Kaffee-Spezialgeschäftes und Rösterei in Frankfurt (M.), Große Eschenheimer Straße 1 und Radilostr. 2, wird heute, am 13. September 1962, um 10.45 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. R. Weinmann, Frankfurt (Main), Wolfsgangstraße 88, Tel. 559597.

Konkursforderungen sind bis zum 12. Oktober 1962 beim Gericht zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ Nr. 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 19. Oktober 62 um 10.30 Uhr und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 9. November 1962, um 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (M.), Gerichtsstr. 2, III. Stockwerk, Zimmer 337.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 12. Oktober 1962 anzeigen.

Frankfurt (Main), 13. 9. 1962

Amtsgericht, Abt. 81

2474

5 N 4/60: In der Konkursache über das Vermögen des Fabrikanten Heinrich König in Burg (Dillkreis), Alleininhaber der Firma König, Fabrik feuerfester Produkte in Burg (Dillkreis), wird der Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters auf Montag, den 8. Oktober 1962 um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, bestimmt.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 600,— DM festgesetzt. Die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 76,80 DM festgesetzt.

Herborn (Dillkreis), 10. 9. 1962

Amtsgericht

2475 **Beschluß**

81 N 93/62 — Konkursverfahren. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 15. 9. 1961 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (M.) Rotenburger Straße 11, wohnhaft gewesenen Fritz Christian Scheel ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 19. Oktober

1962 um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 11. 9. 1962

Amtsgericht, Abt. 81

2476 **Beschluß**

3 N 23/54 — 3 N 24/54: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Fabrikanten Heinrich Hofmann, Garbenheim (Kreis Wetzlar) und das Vermögen der Witwe Martha Hofmann geb. Amend, Garbenheim (Kreis Wetzlar) wird Schlußtermin auf den 24. Oktober 1962 um 9 Uhr, Saal 49, vor dem Amtsgericht Wetzlar bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters Dr. Dr. Beier wird unter Anrechnung des bereits entnommenen Betrages von 10 500 Deutsche Mark auf 16 000 DM, die Vergütung des Konkursverwalters Rechtsanwalt Rückert wird auf 30 000 DM festgesetzt.

Die Festsetzung der Auslagen bleibt vorbehalten.

Wetzlar, 11. 9. 1962

Amtsgericht

2477 **Beschluß**

62 N 40/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bierverlegers Hans Donath von Sigsfeld in Wiesbaden, Assmannshäuser Straße 18, ist der allgemeine Prüfungstermin vertagt auf den 1. Oktober 1962 um 10.30 Uhr vor dem Amtsgericht Wiesbaden, Saal 240.

Anstelle des bisherigen Konkursverwalters ist Herr Rechtsanwalt Dr. Schauss in Wiesbaden; Moritzstraße 56, zum Konkursverwalter bestellt.

Wiesbaden, 10. 9. 1962

Amtsgericht

2478 **Beschluß**

62 N 12/62: In dem Nachlaßkonkursverfahren über das Vermögen des am 12. Oktober 1961 verstorbenen Kaufmanns Hasso Maaß, Inhaber der „Wäscherei Trumpf“ in Wiesbaden, Nerostraße 38, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 22. Oktober 1962, um 9 Uhr vor dem Amtsgericht Wiesbaden, Zimmer 304, bestimmt.

Wiesbaden, 14. 9. 1962

Amtsgericht

Zwangsvolleistungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen las-

sen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2479 **Beschluß**

6 K 7/61: Das im Grundbuch von Bad Homburg v. d. H., Band 34, Blatt 1447, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 8, Gemarkung Bad Homburg v. d. H., Flur 34, Flurstück 157/1, Lieg.-B. Nr. 2411, Geb.-B. 439, Hof- und Gebäudefläche, Hessenring 62, Größe 2,70 Ar, soll am 9. November 1962 um 13 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstr., Zimmer 28, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. April 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): Spenglermeister Fritz Ettliger.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 26 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Bad Homburg v. d. H., 29.8./11. 9. 1962

Amtsgericht

2480

K 7/62: Die im Grundbuch von Leun, Band 32, Blatt 1 eingetragenen Grundstücke Nr. 6, Gemarkung Leun, Flur 23, Flurstück 32, Nr. 7, Gemarkung Leun, Flur 15, Flurstück 115, sollen am Mittwoch, d. 14. 11. 62, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Braunfels (Lahn) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Juni 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Anstreicher Fritz Schmidt und Käthe geb. Fürst in Leun.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Braunfels (Lahn), 13. 9. 1962

Amtsgericht

2481

K 7/62 — **Zwangsvolleistungen:** Die im Grundbuch von Haingründau, Band 21, Blatt 1148 eingetragenen und in der Gemarkung Haingründau gelegenen Grundstücke lfd. Nr. 1, Fl. 1 Nr. 26, Grünland in der Spiege = 9,36 Ar, lfd. Nr. 2, Fl. 4 Nr. 7, Ackerland im Jundengrund = 28,98 Ar, sollen am 15. November 1962, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 5. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Christiane Hofmann geb. Glock, Ehefrau des Gärtners Kurt Hofmann, Haingründau.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 3254,— DM, und zwar lfd. Nr. 1 auf 936,— DM, lfd. Nr. 2 auf 2318,— DM, festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Büdingen, 10. 9. 1962

Amtsgericht

2482

61 K 20/62: Das im Grundbuch von Eberstadt, Band 53, Blatt 3197, eingetragene Grundstück: Fl. 10, Nr. 390/1, Hof- und Gebäudefläche, Gärtnerei, Schloßstr. Nr. 64, Größe 21,25 Ar, Schätzwert:

17 457,50 DM, soll am Donnerstag, dem 8. November 1962, vorm. 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 7. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Herbert Wille, Darmstadt-Eberstadt, b) Elisabeth Wille, Darmstadt-Eberstadt — zu je $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 7. 9. 1962

Amtsgericht, Abt. 61

2483

K 7/62: Das im Grundbuch von Allendorf Band 34, Blatt 1602 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 18, Flur 10, Flurstück Nr. 320/1, Hof- und Gebäudefläche auf dem Heimling, = 8,95 Ar, soll im Wege der Zwangsvollstreckung am 13. November 1962, um 10 Uhr an der Gerichtsstelle versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. Juni 1962 (Tag der Eintragung des Zwangsvollstreckungsvermerks): Schreinermeister Hermann Gross in Allendorf Kr. Wetzlar und dessen Ehefrau Käthe Groß geb. Schneppe, daselbst zu je $\frac{1}{2}$ Idealanteil.

Der Wert des Grundstücks (Verkehrswert) ist gem. § 74 a ZVG auf 50 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Ehringshausen (Krs. Wetzlar), 5. 9. 1962

Amtsgericht

2484

K 2/62: Die im Grundbuch von Dreisbach Kr. Wetzlar, Band 12, Blatt 572 eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 6, Flur Nr. 8, Flurstück 74, Acker, auf dem Heckburn, 12,05 Ar, lfd. Nr. 19, Flur 10, Flurstück 91, Grünland, auf dem Kirchenacker 14,00 Ar, lfd. Nr. 21, Flur 6, Flurstück 19, Hof- und Gebäudefläche, im Dorf, 11,29 Ar, sollen im Wege der Zwangsvollstreckung am 20. November 1962, um 10 Uhr an der Gerichtsstelle versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. April 1962 (Tag der Eintragung des Zwangsvollstreckungsvermerks): Handelsvertreter Walter Henrich in Dreisbach Kr. Wetzlar.

Der Wert der Grundstücke (Verkehrswert) ist gem. § 74a ZVG für das Grundstück, lfd. Nr. 6 auf 600,— DM, lfd. Nr. 19 auf 2000,— DM, lfd. Nr. 21 auf 25 000,— Deutsche Mark, festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Ehringshausen (Kr. Wetzlar), 14. 9. 1962

Amtsgericht

2485 Beschuß

6 K 4/61: Der 9/40-Anteil des Kaufmanns Wilhelm Krach, Waldkappel, Leipziger Straße 71, an dem im Grundbuch von Waldkappel, Band 44, Blatt 356 eingetragenen Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Waldkappel, Flur 26, Flurstück 33, Hof- u. Gebäudefläche, Leipziger Str. 71, Größe 6,50 Ar, soll am Donnerstag, 8. November 1962, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer 109,

durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. April 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Ehefrau Auguste Hollstein geb. Furchner zu $\frac{1}{10}$, 2. Eheleute prakt. Arzt Ernst Krach und Dorothea geb. Hunger je zu $\frac{1}{2}$ zu 18/40, 3. Kaufmann Wilhelm Krach zu 9/40, 4a) Kaufmann Wilhelm Krach, b) Brigitte Krach, geb. am 16. 6. 1939, c) Manfred Wilhelm Krach, geb. am 20. 8. 1940, d) Werner Krach, geb. am 13. 4. 1946, zu 4a—d) in ungeteilter Erbengemeinschaft zu 9/40. —

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch rechtskräftigen Beschluß vom 6. Februar 1962 auf 15 007,50 Deutsche Mark festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 27. 8. 1962

Amtsgericht

2486 Beschuß

K 5/62: Das im Grundbuch von Laisa, Band 29, Blatt 957 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Laisa, Flur 9, Flurstück 36/2, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße, Hs. Nr. 36, Größe 2,23 Ar, soll am 3. Dezember 1962, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Frankenberg (Eder) Geismarer Straße Nr. 22, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Mai 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Karl Spors in Frankenberg (Eder), geb. am 7. 9. 1934.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 13 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankenberg (Eder), 13. 9. 1962

Amtsgericht

2487 Beschuß

K 1/62: Die im Grundbuch von Gumpersberg (Odw.), Band 3, Blatt 87, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Gumpersberg, Flur 1, Flurstück 175, Lieg.-B. 18, Ackerland, Ober den Grundwiesen, 25,56 Ar; lfd. Nr. 16, Gemarkung Gumpersberg, Flur 1, Flurstück 178, Lieg.-B. 18, Grünland daselbst, 23,75 Ar; lfd. Nr. 29, Gemarkung Gumpersberg, Flur 1, Flurstück 300/1, Lieg.-B. 18, Ackerland, Auf der Fraurotzhöhe, 21,75 Ar, Wald, Auf der Fraurotzhöhe, 85,50 Ar; lfd. Nr. 30, Gemarkung Gumpersberg, Flur 1, Flurstück 309, Lieg.-B. 18, Ackerland, Auf der Fraurotzhöhe, 25,87 Ar; lfd. Nr. 37, Gemarkung Gumpersberg, Flur 2, Flurstück Nr. 41, Lieg.-B. 18, Ackerland, Heiligenwiesen — Wäldchen — 18,25 Ar; lfd. Nr. 43, Gemarkung Gumpersberg, Flur 2, Flurstück 118, Lieg.-B. 18, Ackerland, Im Rommetshaag, 36,25 Ar; lfd. Nr. 45, Gemarkung Gumpersberg, Flur 2, Flurstück Nr. 150/1, Lieg.-B. 18, Ackerland, Die Steinacker, 40,31 Ar; lfd. Nr. 52, Gemarkung Gumpersberg, Flur 3, Flurstück 33, Lieg.-B. 18, Ackerland, Ober den Fernewiesen, 25,46 Ar; Unland, Ober den Fernewiesen, 2,10 Ar, sollen am 28. November 1962 um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Höchst (Odw.), Schulstraße 2, Sitzungs-

saal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 14. 3. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Franz Kreißl und Marie, geb. Hübner, in ehelicher Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG unter Zugrundelegung der Schätzungen des Ortsgerichts Ober-Kinzig (Odw.) bzw. des Forstamtes Höchst (Odw.) wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 15 700,— DM; lfd. Nr. 16 600,— DM; lfd. Nr. 29 Acker 400,— DM; Wald 2560,— Deutsche Mark; lfd. Nr. 30 500,— DM; lfd. Nr. 37 500,— DM; lfd. Nr. 43 400,— DM; lfd. Nr. 45 1250,— DM; lfd. Nr. 52 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Höchst (Odw.), 3. 9. 1962

Amtsgericht

2488

3 K 14/61: Die im Grundbuch von Frickhofen, Bezirk Hadamar, Band 25, Blatt Nr. 962, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Frickhofen, Flur 45, Flurstück 17, Hof- und Gebäudefläche Marktstraße 6, Größe 2,95 Ar; Nr. 4, Gemarkung Frickhofen, Flur 45, Flurstück Nr. 18, Gartenland, Marktstraße 6, Größe 2,63 Ar; Nr. 5, Gemarkung Frickhofen, Flur 34, Flurstück 30, Ackerland auf dem Silberberg, Größe 20,41 Ar; sollen am 23. November 1962 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden und zwar hinsichtlich des halben Anteils des Josef Noll.

Eingetragene Eigentümer am 30. Oktober 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Steinrichter Josef Noll und Pauline, geb. Bill, Frickhofen, zu je eine Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hadamar, 7. 9. 1962

Amtsgericht

2489 Beschuß

K 4/62 — Zwangsvollstreckung: Der halbe Anteil der Schuldnerin an den im Grundbuch von Rai-Breitenbach, Band 5, Blatt 192 eingetragenen Grundstück: lfd. Nr. 1, Gemarkung Rai-Breitenbach, Flur 1, Flurstück 540/10, Lieg.-B. 43, Geb.-B. 62, Hof- und Gebäudefl., Straße von Raibach nach Breitenbach, Haus Nr. 59 8 10, Größe 7,29 Ar, soll am 6. 3. 1963, um 14 Uhr im Gerichtsgebäude Höchst (Odw.), Schulstr. Nr. 2, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 5. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Maurer Wilhelm Hartmann in Kai-Breitenbach zu $\frac{1}{2}$, b) Schuldnerin Katharina Hartmann geb. Weber, daselbst, zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG unter Zugrundelegung der ortsgewöhnlichen Schätzung festgesetzt auf 11 250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Höchst (Odenwald), 10. 9. 1962

Amtsgericht

2490

51 K 24/62: Das im Grundbuch von Kassel, Band 125, Blatt 2604, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur GG,

Flurstück 863/29, Lieg.-B. 2195, Hof- und Gebäudfläche, Kölnische Straße 108, Gr.: 9,01 Ar, soll am 7. November 1962 um 8 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. Juli 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Albin Wolke in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 10. 9. 1962

Amtsgericht

2491

K 14/62: Das im Grundbuch von Obbornhofen, Band 11, Blatt 668, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Obbornhofen, Flur 3, Flurstück 275/3, Hof- und Gebäudfläche, Unter den Linden, 19,37 Ar, soll am Freitag, dem 18. November 1962 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. August 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): bzw. 11. August 1961 (Tag des Zwangsverwaltungsvermerks): Deuko, Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L. in Obbornhofen, Kreis Gießen.

Das Grundstück wurde seither als Fabrik- und Wohngrundstück genutzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Nidda (Oberhessen), 11. 9. 1962

Amtsgericht

2492

7 K 21/62 — **Zwangsvolleistellung**: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Klein-Steinheim (Main), Band 15, Blatt 855, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (4. 5. 1962) auf die Namen Dornhecker und Germer in Erbengemeinschaft eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Steinheim, Flur 1, Nummer 335/1, Lieg.-B. 411, Hof- und Gebäudfläche, Gartenstraße 32, Größe 3,03 Ar, am Freitag, dem 2. November 1962 um 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 49, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 6. 9. 1962

Amtsgericht — Abt. 7

2493

Beschluß

K 6/62: Das im Grundbuch von Seligenstadt, Band 13, Blatt 832 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 3, Fl. 7, Flst. 133, Hof- und Gebäudfläche, Lessingstr. 1, Größe 2,57 Ar, soll am 12. November 1962, um 11 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastr. 1, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 5. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Margarete Salome Sommer, geb. Sommer, in Seligenstadt, Lessingstr. 1.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 27 170 Deutsche Mark. Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt (Hessen), 10. 9. 1962

Amtsgericht

2494

K 14/61: Die im Grundbuch von Löhrbach, Band I, Blatt 61, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 6, Gemarkung Löhrbach, Flur 8, Flurstück 42/1, Hof- und Gebäudfläche, Ortsstraße 21, Größe 2,44 Ar; Nr. 7, Gemarkung Löhrbach, Flur 8, Flurstück Nr. 43/1, Hof- und Gebäudfläche, Ortsstraße 21, Größe 2,01 Ar; Nr. 8, Gemarkung Löhrbach, Flur 8, Flurstück 46, Grünland, Im Buchklingen, Größe 3,44 Ar, sollen am 27. November 1962 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude in Wald-Michelbach, Ludwigstraße 32 — Sitzungssaal — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 1. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Müller, Werner, in Buchklingen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden für das Grundstück lfd. Nr. 6 auf 20 074,50 Deutsche Mark, für das Grundstück lfd. Nr. 7 auf 381,90 DM, für das Grundstück lfd. Nr. 8 auf 653,60 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Wald-Michelbach, 5. 9. 1962

Amtsgericht

2495

61 K 15/62 — **Zwangsvolleistellung**: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Bd. Nr. 178, Blatt 2677, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstückshälfte am Montag, dem 12. November 1962 um 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden. Lfd. Nr. 2, Flur 129, Flurstück Nr. 157/17, Hof- u. Gebäudfläche, Abeggstraße 9, Größe 3,69 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. 6. 1962 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümerin der Grundstückshälfte war damals die Witwe Anna Ehrengart, geb. Ullrich, in Wiesbaden eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 31. 8. 1962

Amtsgericht

2496

61 K 12/62 — **Zwangsvolleistellung**: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen am 19. November 1962 um 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden die im Grundbuche von Kastel, Band 64, Blatt 2509 (eingetragene Eigentümer am 28. Mai 1962, dem Tage der Eintragung des Versteige-

rungsvermerks: Eheleute Fischhändler Vill und Frau Eva, geb. Peter, in Mainz-Weisenau — zu je $\frac{1}{4}$ — und Eheleute Fischhändler Georg Schweitzer und Frau Barbara, geb. Ranzenberger, in Mainz-Kostheim — zu je $\frac{1}{4}$), eingetragenen Grundstücke: lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 140, Hof- und Gebäudfläche, Groh-anlage 1, Größe 1,43 Ar; lfd. Nr. 2, Flur Nr. 1, Flurstück 341, Straße Groh-anlage, 0,06 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 11. 9. 1962

Amtsgericht

2497

Beschluß

61 K 2/61: Die im Grundbuch von Schierstein, Band 88, — Blatt 2340 eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 1, Flur Nr. 26, Flurstück 173/28, Hof- u. Gebäudfläche = 1,94 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 26, Flurstück 173/29, Gartenland Lehrstraße 4, = 2,13 Ar, lfd. Nr. 3, Flur 26, Flurstück Nr. 173/74, Hofraum, Lehrstraße 4, = 0,17 Ar, sollen am 12. November 1962 um 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 250, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. März 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Karl Kreuter in Wiesbaden-Schierstein.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 13. 9. 1962

Amtsgericht

NACHTRAG

Veröffentlichungen

2498

Baulandumlegung in der Gemarkung Dillenburg/Vogelstange Flur 26 und 39 teilweise

Im Baulandumlegungsverfahren in der Gemarkung Dillenburg, Flur 26 und 39 teilweise, Lage Vogelstange, ist der Termin gemäß § 33 Abs. 3 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer im Lande Hessen vom 25. 10. 1948 und in Verbindung mit § 174 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 zur Verhandlung mit den Beteiligten über den Verteilungsplan auf Freitag, den 12. Oktober 1962 von 8 bis 17 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses in Dillenburg anberaumt.

Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß bei ihrem Ausbleiben auch ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Bisher im Verfahren noch nicht geltendgemachte Rechte und Ansprüche sind spätestens in dem vorgenannten Termin anzumelden, widrigenfalls sie in dem Verfahren unberücksichtigt bleiben.

Zu dem Termin erscheinende Vertreter müssen mit einer amtlich beglaubigten Vollmacht ausgestattet sein.

Dillenburg, 19. 9. 1962

Der Magistrat der Stadt Dillenburg als Umlegungsbehörde

2199

Aufforderung: Frau Martha Holzmann geb. Weinreich, Witzenhausen, Schützenhof 7, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 10002, lautend auf ihren Namen, beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Witzenhausen, 7. 9. 1962

Kreissparkasse Witzenhausen
Der Vorstand

2500

Aufforderung: Die nachstehend aufgeführten Personen haben die Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern beantragt: 1. Margarete Geiß geb. Keil, Egelsbach, Weedstraße 1, für das auf die Eheleute Heinrich Geiß lautende Sparkassenbuch Nr. 109 943, 2. Karl-Heinz Wagner, Langen, Vor der Höhe 38, für das auf seinen Namen lautende Sparkassenbuch Nr. 123 831.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Langen, 12. 9. 1962

Bezirkssparkasse Langen
Der Vorstand

2501

Aufforderung: Herr Helmut Peter Most, Hausen, Kreis Gießen, Anneröderstraße 20, hat als Erbe nach den verstorbenen Eheleuten Bauer die Kraftloserklärung der auf den Namen der Eheleute Peter und Philippine Bauer, geb. Sorg, zuletzt wohnhaft Ffm.-Oberrad, Buchrainstraße 55, ausgestellten Sparkassenbücher Nummer 19-8712 und 19-7902 beantragt.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Frankfurt (Main), 12. 9. 1962

Stadtparkasse Frankfurt am Main

2502

Aufforderung: Frau Anna Hohmann, geb. Mihm, Frankfurt am Main, Leipziger Straße 70, hat die Kraftloserklärung des auf ihren Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 09-17 540 und des auf den Namen Karl Hohmann lautenden Sparkassenbuches Nr. 09-16 781 beantragt.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Frankfurt (Main), 11. 9. 1962

Stadtparkasse Frankfurt am Main

2503

Aufforderung: Die nachstehend aufgeführten Personen haben die Kraftloserklärung ihrer Sparkassenbücher beantragt:

Hauptstelle: 1. Frau Anneliese Prassel, Bensheim, Sparkassenbuch Nr. 23 054 und 29 413; 2. Frau Selma Bihn als Vormund für Elisabeth Vogt, Bensheim, Sparbuch Nr. 32 272.

Hauptzweigstelle Lorsch: 1. Frau Elise Schneider, Langwaden, Sparkassenbuch Nr. 1766; 2. Frau Elise Schneider, Langwaden, Sparkassenbuch Nr. 8874 Gerhard Rothermel, Langwaden; 3. Philipp Schmitt, Lorsch, als Vormund für Nik. Rothenheber, Lorsch, Sparkassenbuch Nr. 14 042.

Hauptzweigstelle Reichenbach: Karl Römer, Reichenbach, Sparkassenbuch Nr. 772.

Hauptzweigstelle Zwingenberg: Ludwig Engel, Alsbach, Sparkassenbuch Nr. 20 160 Marg. Engel, Alsbach.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Bensheim, 23. 8. 1962

Bezirkssparkasse Bensheim — Der Vorstand

2504

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 14. Sept. 1962 ist das Sparkassenbuch Nr. 14 784, lautend auf Hans Jürgen Döll, Stockhausen, ausgestellt von der Hauptstelle Lauterbach für kraftlos erklärt worden.

Lauterbach (Hessen), 14. 9. 1962

Kreissparkasse Lauterbach in Hessen
Der Vorstand

Andere Behörden und Körperschaften

2505

Bei der Stadt Salmünster, Kreis Schlüchtern, Ortsklasse B, ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre. Die Besoldung richtet sich nach Gruppe W 3 des Wahlbeamten-Besoldungsgesetzes vom 29. Oktober 1953 und den hierzu ergangenen Änderungsgesetzen.

Die Stadt Salmünster hat rund 2800 Einwohner und ist eine aufstrebende Industriestadt mit größeren Bauvorhaben. Es ist erwünscht, daß der Bewerber entsprechende Kenntnisse in der Kommunalverwaltung besitzt.

Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, bgl. Zeugnisabschriften und Nachweis über die bisherige Tätigkeit sind bis spätestens 15. Oktober 1962 an den Stadtverordneten-Vorsteher August Betz, Salmünster, Bad-Sodener-Straße 21, zu richten. Der Umschlag ist mit dem Kennwort: „Bürgermeister-Bewerbung“ zu versehen.

Der Stadtverordneten-Vorsteher

2506

Bei der Gemeindevertretung Nieder-Eschbach, Landkreis Friedberg/Hessen ist zum 1. 11. 1962 die Stelle eines

Sachbearbeiters (Allg. Verwaltung) (Gemeindesekretärs)

zu besetzen. Besoldung nach Bes.Gr. A 6, Ortsklasse B, Anhebung nach A beantragt.

Nieder-Eschbach ist eine aufstrebende Arbeiterwohnsitzgemeinde mit z. Z. 4400 Einwohnern und liegt zwischen Frankfurt/Main und Bad Homburg an der Straßenbahnlinie 25. Nach Fertigstellung der im Bau befindlichen Siedlung wird die Einwohnerzahl auf 5500—6000 Einwohner anwachsen. Die Stelle ist deshalb ausbaufähig.

Interessanten, die die Verwaltungsprüfung I abgelegt haben müssen, werden gebeten, sich mit den üblichen Unterlagen beim Gemeindevorstand Nieder-Eschbach, Bahnstraße 8, zu bewerben.

Der Gemeindevorstand
Nuding
Bürgermeister

REKLAMATIONEN bei Ausbleiben oder unpünktlicher Zustellung des Staats-Anzeiger immer
an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt

2507
Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden zur Durchführung von Sozialhilfearbeiten (Teildelegation)

„Gemäß § 96 Bundessozialhilfegesetz (BGBl. I 1961 S. 832) in Verbindung mit § 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes (GVBl. I 1962 S. 273) hat der Kreisausschuß des Kreises Bergstraße in seiner Sitzung am 10. 9. 1962 wie folgt beschlossen:

1. Auf Antrag werden die kreisangehörigen Städte/Gemeinden Bensheim, Bürstadt, Heppenheim, Lampertheim, Lorsch und Viernheim zur teilweisen Durchführung der dem Kreis als örtlichem Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben herangezogen.
2. Die Heranziehung erstreckt sich auf die
 - a) Hilfe zum Lebensunterhalt nach Abschnitt 2 des BSHG,
 - b) vorbeugende Gesundheitshilfe gemäß § 36 BSHG; ausgenommen Erholungs- und Heilkuren für Kinder und Jugendliche, soweit diese von unserem Jugendamt durchgeführt werden, sowie die Altenerholungshilfe.
 - c) Krankenhilfe gemäß § 37 BSHG,
 - d) Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen gemäß § 38 BSHG.
 - e) Gewährung von einmaligen Beihilfen bis zu 300,— DM,
 - f) Vorarbeiten für die Einleitung von Kostenerstattungsverhandlungen mit anderen Sozialhilfeträgern.
3. Das Sozialamt des Kreises kann für die Durchführung der Aufgaben Weisungen erteilen.
4. Die Zuständigkeit des Kreises für Maßnahmen der Kriegsofferfürsorge bleibt hiervon unberührt.
5. Die Heranziehung tritt für die bisherigen Delegationsgemeinden Bensheim, Heppenheim, Lampertheim, Lorsch, Viernheim ab 1. 6. 1962 und für die Gemeinde Bürstadt ab 1. 1. 1963 in Kraft.“

Heppenheim (Bergstraße), September 1962

Kreisausschuß des Kreises Bergstraße

2508 Öffentliche Ausschreibung

FULDA: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Umgehungsstraße Böckels — im Zuge der B 458 zwischen Fulda und Batten, km 6,989—km 5,556 = 1433 lfdm (Minderlänge 120 lfdm) — Baulänge 1313 lfdm vergeben werden.

Auszuführen sind:

- 8 600 cbm Mutterboden nach DIN 18 300 — 2.21
- 27 000 cbm Bodenmassen nach DIN 18 300 — 2.24 bis 2.26 lösen, einbauen und verdichten
- 23 000 cbm Bodenmassen aus Seitenentnahme lösen, einbauen und verdichten
- 20 600 t Basaltmaterial d. K. 0/35 mm als Frostschuttschicht
- 20 100 qm Schotterunterbau (Rüttelschotter) nach RU bit 60
- 20 100 qm Mischmakadam-Unterschicht 12/35 mm nach den TV bit 2/56
- 20 100 qm Mischmakadam-Oberschicht 0/12 mm nach den TV bit 2/56 (Heißeinbau B 200 oder B 300)
- 2 320 lfdm Sickerleitungen Ø 150/220 mm — Betonfilterrohre — 450 lfdm Sickerleitungen Ø 125/185 mm — Betonfilterrohre — sowie Ausführung aller anfallenden Nebenarbeiten.

Die Bieter müssen nachweisbar Arbeiten gleicher oder ähnlicher Art bereits ausgeführt haben und über die geeigneten Geräte und Maschinen verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort abgeholt werden (Abgabe erfolgt, solange der Vorrat reicht). Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für je zwei Ausfertigungen, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist vorzulegen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. 6749 zu erfolgen mit Angabe „Ausbau und Verlegung der B 458 — Umgehungsstraße Böckels — Titel 310, Kennz. 1091, lfd. Nr. 36“.

Selbsthalter erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8—12 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14.

Der Eröffnungstermin findet am Freitag, den 12. Oktober 1962, 10.00 Uhr bei o. a. Dienststelle statt. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktagen und endet am 10. 11. 1962.

Fulda, 13. 9. 1962

Hessisches Straßenbauamt

Ihre Postleitzahl

geben Sie bitte in allen Zuschriften an den Staats-Anzeiger, insbesondere bei der Einsendung von Bekanntmachungen usw. an, damit die Zusendung der Veröffentlichungsbelege beschleunigt erfolgen kann.

Staats-Anzeiger - 62 Wiesbaden

Herrnmühlgasse 11 A — Telefon 5 96 67



DRÖLL & SCHEUERMANN

Ffm., Roßmarkt 15
 Tel. Sa.-Nr. 20056

Immobilien
 Vermietungen
 Aufbau-Organisation

Hypothesen
 Beteiligungen
 Geschäftsverkäufe

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

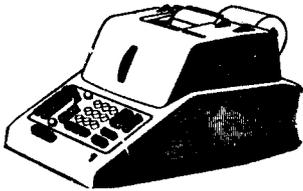
ROTE WARNFLAGGEN
 für Überstehende Ladungen
 neutral oder mit Firmenaufdruck

ELASTIC K.G.
ALFRED SIMON
 Frankfurt am Main
 Mainzer Landstraße 315—321

SKANDEX-Regale
 verstellbar, schwed. Patent
 Für Bibliotheken, Büros, Läden
 Skandex-Organisation H. Neumann, Frankfurt/Main, Zeil 77

Verwaltungsvereinfachung
 durch  HINZ Buchhaltungen
 HINZ Registraturen
 HINZ Kartelen
 Paul Brunner & Co., Frankfurt/M., Bleichstr. 55, Ruf 2 8341

olivetti Generalvertretung
 Fachunternehmen für Büromaschinen
 Reparatur u. Wartung aller Fabrikate
Karl Roeder
 FULDA · Heinrichstraße 10
 I. Etage Fernruf 2028




TAPETEN · LINOLEUM
 TEPPICHE · GARDINEN



NEUE MAINZER STR. 38 · TEL.-SA.-NR. 28751
 FRANKFURT AM MAIN

2509

Bad Hersfeld: Die Bauarbeiten zur Errichtung der Fuldaabrücke mit anschließender Hochstraße im Zuge der Verlegungsstrecke der L.I.O. Nr. 3208 in der Ortsdurchfahrt Rotenburg a/F. sollen vergeben werden.

Das Bauwerk (Brückenklasse 60) hat eine Gesamtlänge von ca. 230 m und 3450 qm Brückenfläche.

Die Ausschreibungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die durch Referenzen nachweisen können, daß sie bereits gleichwertige oder größere Brückenbauwerke in Spannbeton ausgeführt haben.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 25. September 1962 anzufordern mit der Angabe, ob Postversand erfolgen soll. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 8,00 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt a/M. Nr. 6753, mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen Fuldaabrücke Rotenburg a/F.

Selbstabholer erhalten die Unterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht ab 8. 10. 1962 in der Zeit von 9—10 Uhr in Zimmer 15 (Registrator).

Eröffnung: 30. Oktober 1962.

Zuschlags- und Bindefrist: 31. Dezember 1962, Ausführungsfrist: 15 Monate.

Bad Hersfeld, 13. 9. 1962

Hessisches Straßenbauamt

2510

WIESBADEN: Die Arbeiten zum Ausbau der L II O 618 zwischen Rüdeshelm und Ransel (km 6,400 bis km 6,900) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

400 cbm Erdarbeiten, Lieferung von 380 cbm Frostschutzkies, Herstellung von 3000 qm Streumakadamdecke mit Schotterunterbau.

Bauzeit: 50 Arbeitstage (Fünftageweche).

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 4,50 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 68 30 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Ausbau der L II O 618 im Rheingaukreis“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 17. 9. 1962 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 47.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 1. 10. 1962 um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

Wiesbaden, 10. 9. 1962

Hess. Straßenbauamt

2511

WIESBADEN: Die Arbeiten zum Ausbau der L II O 775 zwischen L I O 3016 und Eppenhain (km 5,432 bis km 6,500) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

8500 cbm Erdarbeiten, Lieferung von 1700 cbm Frostschutzkies, Herstellung von 6500 qm Streumakadamdecke mit Schotterunterbau.

Bauzeit: 100 Arbeitstage (Fünftageweche).

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 4,50 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 68 30 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Ausbau der L II O 775 im Maintaunuskreis“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab sofort in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer Nr. 47.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 28. 9. 1962 um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

Wiesbaden, 10. 9. 1962

Hess. Straßenbauamt

Günstige langfristige Darlehen für Beamte a. L.

bis 15000,- DM — 6% Jahreszinsen ohne
übliche Raten, Laufzeit bis zu 20 Jahren.

- Steuervorteile
- Versicherungsschutz
- Restschuld-Ablösung

Kostenlose Beratung durch

TH. FRANKENBERG, Wiesbaden, Postfach

Mitarbeiter, auch nebenberuflich, gesucht.

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten**W. Schleenbecker**

Verbandstoffe · Verbandkästen
alles für die erste Hilfe

Frankfurt/M., Robert-Mayer-Str. 57 · Ruf 77 38 63

DR.-ING. TRAUPE K. G.

ELEKTROTECHNIK

Frankfurt/Main, Bornheimer Landstr. 38 · Tel. Sa.-Nr. 49 41 44

Licht- und Kraftanlagen · Hochspannungs-, Kraft- u. Verteilungsanlagen · Signal-, Steuer- u. Meßanlagen · wirtschaftliche Raumbeleuchtung · Elektrowärme u. Hochfrequenzanlagen · Neonanlagen · Öffentlich bestellter und beeidigter Sachverständiger



DEUTSCHE REINIGUNGSWERKE

Filialen im gesamten
Rhein-Main-Gebiet

TRIUMPH - BÜROMASCHINEN

Büroeinrichtungen - Bürobedarf

Ernst Baums oHG., Gießen

Ruf 26 00 u. 26 34

Bahnstraße 26

FRIEDRICH BISCHOFF - DRUCKEREI

Frankfurt/M., Sophienstraße 75

Telefon 77 31 51

Wir drucken für staatliche und kommunale Verwaltungen und Behörden.

Illustration - Werkdruck - Formulare - Blocks etc.

Uniformen für Bedienstete
aller Berufe

Georg Blitz KLEIN-UMSTADT
Ruf: Groß-Umstadt 288

GIESSEN TEIPEL MARKT 2
GROSSHANDELS-KG. · TELEFON 2388

● **Komplette Einrichtungen einschl.**
● **Möbel, Betten, Matratzen u. Gardinen**

Der Staats-Anzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 4,80 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 1173 37. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr.: 5 98 67. Fernschreiber: 04-186 648.

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,- und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,50 und DM —,30, über 40 Seiten DM 2,- und DM —,30. Lieferung gegen Vorauszahlung (auch Briefmarken in Einzelwerten bis DM —,70) oder auf das Postscheckkonto des Verlages: Anzeigenschluß: montags 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 40 Seiten.